Bundesgesetzblatt

Teil II Z 1998 A

1983 Ausgegeben zu Bonn am 23. Februar 1983 Nr. 4

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 6. April 1974 über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen

Vom 17. Februar 1983

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

(1) Dem in New York am 30. Juni 1975 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 6. April 1974 über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

(2) Das Übereinkommen findet auf Linienkonferenzen Anwendung, soweit sie den Außenhandel zwischen Vertragsparteien des Übereinkommens bedienen.

Artikel 2

(1) Der Bundesminister für Verkehr wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung durch Rechtsverordnung die Voraussetzungen und das Verfahren zur Anerkennung eines Seeschiffahrtsunternehmens als nationale Linienreederei im Sinne der Begriffsbestimmung in Kapitel I des Übereinkommens zu regeln und dafür zusätzliche Anforderungen aufzustellen, um die deutsche Handelsflotte im gesamtwirtschaftlichen Interesse zu fördern und um die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung von

a) natürlichen Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind oder ihren Wohnsitz nicht im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben, mit Ausnahme von Staatsangehörigen eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, oder

b) juristischen Personen oder Personenvereinigungen, die ihren Sitz nicht im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben, mit Ausnahme von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gegründet sind und ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung in der Gemeinschaft haben,

an solchen Seeschiffahrtsunternehmen zu beschränken, wenn die Gegenseitigkeit nicht gewährleistet ist.

(2) Der Bundesminister für Verkehr wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung

1. die Voraussetzungen und das Verfahren zur Anerkennung einer Verladerorganisation im Sinne der Begriffsbestimmung in Kapitel I des Übereinkommens zu regeln;

2. festzustellen, in bezug auf welche Linienkonferenzen, soweit sie den Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bedienen, auch die Artikel 2, 3 und 14 Abs. 9 des Übereinkommens ganz oder teilweise angewendet werden, wenn diese Mitgliedstaaten der OECD die entsprechenden Artikel des Übereinkommens auf die betreffenden Linienkonferenzen anwenden.

Artikel 3

Führen die kaufmännischen Verhandlungen der nationalen Linienreedereien darüber, welche von ihnen an einer Konferenz teilnehmen, nicht zu einer Einigung, so entscheidet der Bundesminister für Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft auf Antrag einer der betroffenen Linienreedereien nach Anhörung aller betroffenen Linienreedereien im Interesse eines regelmäßigen und leistungsfähigen Liniendienstes über die Mitgliedschaft. Bei der Entscheidung werden berücksichtigt: der Tonnagebedarf im betroffenen Verkehr, die Auswirkung der Mitgliedschaft des Antragstellers auf die Leistungsfähigkeit des Konferenzdienstes, der bisherige Verkehrsanteil des Antragstellers, die Vereinbarkeit der Grundlagen für den Geschäftsbetrieb des Antragstellers mit denen, die auf marktwirtschaftlichen Grundsätzen beruhen, der Umfang der von den nationalen Linienreedereien eingesetzten Chartertonnage.

Artikel 4

Linienreedereien, Verladerorganisationen, Verladervertreter oder Verlader mit Sitz in Vertragsstaaten, die nicht Mitglied der Europäischen Gemeinschaft sind, können Rechte nach dem Übereinkommen nicht geltend machen, wenn der Bundesminister für Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft feststellt, daß die Gegenseitigkeit nicht gewährleistet ist.

Artikel 5

(1) Zuständige Behörde im Sinne der Begriffsbestimmung in Kapitel I des Übereinkommens und zur Durchführung von Vorschriften, die auf Grund von Artikel 2 dieses Gesetzes erlassen werden, ist der Bundesminister für Verkehr.

(2) Der Bundesminister für Verkehr wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die ihm nach Absatz 1 obliegenden Aufgaben auf eine Behörde seines Geschäftsbereiches zu übertragen.

Artikel 6

Die im Verfahren der internationalen Zwangsschlichtung nach Kapitel VI des Übereinkommens abgegebenen Empfehlungen werden nach Maßgabe des Artikels 39 des Übereinkommens anerkannt und vollstreckt. Für die gerichtliche Zuständigkeit und das Verfahren gelten die §§ 722, 723 Abs. 1 der Zivilprozeßordnung entsprechend.

Artikel 7

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 8

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 49 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 17. Februar 1983

Der Bundespräsident
Carstens

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr
Dr. W. Dollinger

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

Übereinkommen über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen

Convention on a Code of Conduct for Liner Conferences

Convention relative à un Code de conduite des conférences maritimes

Objectives and principles

The Contracting Parties to the present Convention,

desiring to improve the liner conference system,

recognizing the need for a universally acceptable code of conduct for liner conferences,

taking into account the special needs and problems of the developing countries with respect to the activities of liner conferences serving their foreign trade,

agreeing to reflect in the Code the following fundamental objectives and basic principles:

(a) The objective to facilitate the orderly expansion of world sea-borne trade;

(b) The objective to stimulate the development of regular and efficient liner services adequate to the requirements of the trade concerned;

(c) The objective to ensure a balance of interests between suppliers and users of liner shipping services;

(d) The principle that conference practices should not involve any discrimination against the shipowners, shippers or the foreign trade of any country;

(e) The principle that conferences hold meaningful consultations with shippers' organizations, shippers' representatives and shippers on matters of common interest, with, upon request, the participation of appropriate authorities;

(f) The principle that conferences should make available to interested parties pertinent information about

Objectifs et principes

Les Parties contractantes à la présente Convention,

désirant améliorer le système de conférences maritimes,

reconnaissant la nécessité d'un code de conduite des conférences maritimes qui soit universellement acceptable,

tenant compte des besoins et des problèmes propres aux pays en voie de développement sur le plan des activités des conférences maritimes qui assurent leur trafic extérieur,

convenant d'exprimer dans le Code les objectifs fondamentaux et les principes de base ci-après:

a) L'objectif consistant à faciliter l'expansion ordonnée du trafic maritime mondial;

b) L'objectif consistant à stimuler le développement de services maritimes réguliers et efficaces, adaptés aux besoins du trafic considéré;

c) L'objectif consistant à assurer l'équilibre entre les intérêts des fournisseurs et ceux des utilisateurs de services réguliers de transport maritime;

d) Le principe selon lequel les pratiques des conférences maritimes ne devraient entraîner aucune discrimination à l'encontre des armateurs, des chargeurs ou du commerce extérieur d'aucun pays;

e) Le principe selon lequel les conférences ont des consultations sérieuses avec les organisations de chargeurs, les représentants des chargeurs et les chargeurs sur les questions d'intérêt commun, avec la participation, sur demande, des autorités compétentes;

f) Le principe selon lequel les conférences devraient mettre à la disposition des parties intéressées des rensei-

(Übersetzung)

Ziele und Grundsätze

Die Vertragsparteien dieses Übereinkommens –

von dem Wunsch geleitet, das System der Linienkonferenzen zu verbessern,

in Erkenntnis der Notwendigkeit eines weltweit annehmbaren Verhaltenskodexes für Linienkonferenzen,

unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse und Probleme der Entwicklungsländer in bezug auf die Tätigkeit der ihrem Außenhandel dienenden Linienkonferenzen,

darin übereinstimmend, folgende grundlegende Ziele und wesentliche Grundsätze in dem Kodex zum Ausdruck zu bringen:

a) das Ziel, die geordnete Ausweitung des Welt-Seehandels zu erleichtern;

b) das Ziel, die Entwicklung regelmäßiger und leistungsfähiger Liniendienste entsprechend den Erfordernissen des in Betracht kommenden Handels anzuregen;

c) das Ziel, einen Interessenausgleich zwischen den Anbietern und den Nutzern von Schiffsliniendiensten sicherzustellen;

d) den Grundsatz, daß die Konferenzpraktiken keine Diskriminierung von Schiffseigentümern, Verladern oder des Außenhandels eines Landes zur Folge haben sollen;

e) den Grundsatz, daß die Konferenzen ernsthafte Konsultationen mit den Verladerorganisationen, Verladervertretern und Verladern über gemeinsam interessierende Angelegenheiten durchführen, wobei auf Verlangen die zuständigen Behörden zu beteiligen sind;

f) den Grundsatz, daß die Konferenzen den interessierten Parteien einschlägige Informationen über ihre Tätigkeit,

their activities which are relevant to those parties and should publish meaningful information on their activities,

have agreed as follows:

Part one

Chapter I

Definitions

Liner conference or conference

A group of two or more vessel-operating carriers which provides international liner services for the carriage of cargo on a particular route or routes within specified geographical limits and which has an agreement or arrangement, whatever its nature, within the framework of which they operate under uniform or common freight rates and any other agreed conditions with respect to the provision of liner services.

National shipping line

A national shipping line of any given country is a vessel-operating carrier which has its head office of management and its effective control in that country and is recognized as such by an appropriate authority of that country or under the law of that country.

Lines belonging to and operated by a joint venture involving two or more countries and in whose equity the national interests, public and/or private, of those countries have a substantial share and whose head office of management and whose effective control is in one of those countries can be recognized as a national line by the appropriate authorities of those countries.

Third-country shipping line

A vessel-operating carrier in its operations between two countries of which it is not a national shipping line.

Shipper

A person or entity who has entered into, or who demonstrates an intention to enter into, a contractual or other arrangement with a conference or shipping line for the shipment of goods in which he has a beneficial interest.

Shippers' organization

An association or equivalent body which promotes, represents and protects

gnements pertinents sur celles de leurs activités qui concernent ces parties et publier des renseignements concrets sur leurs activités,

sont convenues de ce qui suit:

Première partie

Chapitre premier

Définitions

Conférence maritime ou conférence

Un groupe d'au moins deux transporteurs-exploitants de navires qui assure des services internationaux réguliers pour le transport de marchandises sur une ligne ou des lignes particulières dans des limites géographiques déterminées et qui a conclu un accord ou un arrangement, quelle qu'en soit la nature, dans le cadre duquel ces transporteurs opèrent en appliquant des taux de fret uniformes ou communs et toutes autres conditions de transport concertées pour la fourniture de services réguliers.

Compagnie maritime nationale

Une compagnie maritime nationale d'un pays donné est un transporteur-exploitant de navires qui a son siège social et dont le contrôle effectif est exercé dans ce pays et qui est reconnu comme tel par une autorité compétente dudit pays ou par sa législation.

Les compagnies qui sont la propriété et sous la gestion d'une entreprise commune comportant au moins deux pays, dont le capital social est détenu pour une part substantielle par des intérêts nationaux, publics et/ou privés, de ces pays, et dont le siège social est situé et effectivement contrôlé dans l'un de ces pays, peuvent être reconnues comme compagnie nationale par les autorités compétentes desdits pays.

Compagnie maritime d'un pays tiers

Un transporteur-exploitant de navires dans ses opérations entre deux pays dont il n'est pas compagnie maritime nationale.

Chargeur

Personne physique ou morale qui a conclu ou qui manifeste l'intention de conclure un accord contractuel ou autre avec une conférence ou une compagnie maritime en vue du transport de marchandises sur lesquelles elle a un titre privilégié.

Organisation de chargeurs

Association ou organisation équivalente qui soutient, représente et protège

soweit sie für die Parteien von Belang ist, zur Verfügung stellen und sachdienliche Informationen über ihre Tätigkeit veröffentlichen sollen –

sind wie folgt übereingekommen:

Teil eins

Kapitel I

Begriffsbestimmungen

Linienkonferenz oder Konferenz

Eine Gruppe von zwei oder mehr Unternehmen der Seeschiffahrt, die internationale Liniendienste für die Beförderung von Ladung in einem bestimmten Fahrtgebiet innerhalb fester geographischer Grenzen zur Verfügung stellt und die eine Vereinbarung oder Abmachung gleich welcher Art getroffen hat, in deren Rahmen sie auf der Grundlage einheitlicher oder gemeinsamer Frachtraten und etwaiger sonstiger vereinbarter Bedingungen hinsichtlich der Bereitstellung von Liniendiensten arbeitet.

Nationale Linienreederei

Eine nationale Linienreederei eines bestimmten Landes ist ein Unternehmen der Seeschiffahrt, das den Hauptsitz seiner Geschäftsleitung und seine tatsächliche Kontrolle in diesem Land hat und das von einer zuständigen Behörde des betreffenden Landes oder nach dessen Recht als nationale Linienreederei anerkannt wird.

Linienreedereien, die einem zwei oder mehr Länder umfassenden gemeinsamen Unternehmen gehören und von ihm betrieben werden und an deren Gesellschaftskapital nationale öffentliche und/oder private Interessen dieser Länder einen wesentlichen Anteil haben und deren Hauptsitz der Geschäftsleitung und tatsächliche Kontrolle sich in einem dieser Länder befinden, können von den zuständigen Behörden dieser Länder als nationale Linienreederei anerkannt werden.

Drittland-Linienreederei

Ein Unternehmen der Seeschiffahrt in seinen Geschäften zwischen zwei Ländern, deren nationale Linienreederei es nicht ist.

Verlader

Eine natürliche oder juristische Person, die mit einer Konferenz oder Linienreederei eine vertragliche oder sonstige Abmachung für den Versand von Gütern, an denen sie ein wirtschaftliches Interesse hat, getroffen hat oder welche die Absicht bekundet, eine solche Abmachung zu treffen.

Verladerorganisation

Eine Vereinigung oder entsprechende Organisation, welche die Interessen von

the interests of shippers and, if those authorities so desire, is recognized in that capacity by the appropriate authority or authorities of the country whose shippers it represents.

Goods carried by the conference

Cargo transported by shipping lines members of a conference in accordance with the conference agreement.

Appropriate authority

Either a government or a body designated by a government or by national legislation to perform any of the functions ascribed to such authority by the provisions of this Code.

Promotional freight rate

A rate instituted for promoting the carriage of non-traditional exports of the country concerned.

Special freight rate

A preferential freight rate, other than a promotional freight rate, which may be negotiated between the parties concerned.

Chapter II

Relations among Member Lines

Article 1

Membership

1. Any national shipping line shall have the right to be a full member of a conference which serves the foreign trade of its country, subject to the criteria set out in article 1, paragraph 2. Shipping lines which are not national lines in any trade of a conference shall have the right to become full members of that conference, subject to the criteria set out in article 1, paragraphs 2 and 3, and to the provisions regarding the share of trade as set out in article 2 as regards third-country shipping lines.

2. A shipping line applying for membership of a conference shall furnish evidence of its ability and intention, which may include the use of chartered tonnage, provided the criteria of this paragraph are met, to operate a regular, adequate and efficient service on a long-term basis as defined in the conference agreement within the framework of the conference, shall undertake to abide by all the terms and conditions of the conference agreement, and shall deposit a financial guar-

les intérêts des chargeurs et que l'autorité compétente ou les autorités compétentes du pays dont elle représente les chargeurs reconnaissent à ce titre si elles le désirent.

Marchandises transportées par la conférence

Cargaisons transportées par les compagnies maritimes membres d'une conférence conformément à l'accord de conférence.

Autorité compétente

Un gouvernement ou un organisme désigné par un gouvernement ou par voie de législation nationale pour s'acquitter de l'une quelconque des fonctions que les dispositions du présent Code assignent à ladite autorité.

Taux de fret promotionnel

Taux établi pour promouvoir le transport d'exportations non traditionnelles du pays considéré.

Taux de fret spécial

Taux de fret préférentiel, autre qu'un taux de fret promotionnel, susceptible de négociation entre les parties intéressées.

Chapitre II

Relations entre les compagnies maritimes membres d'une conférence

Article premier

Composition de la conférence

1. Toute compagnie nationale a le droit d'être membre à part entière d'une conférence qui assure le trafic extérieur de son pays, sous réserve des critères énoncés au paragraphe 2 de l'article premier. Les compagnies maritimes qui ne sont compagnies nationales dans aucun des trafics assurés par une conférence ont le droit de devenir membres à part entière de cette conférence, sous réserve des critères énoncés aux paragraphes 2 et 3 de l'article premier et des dispositions relatives à la participation au trafic énoncées à l'article 2 en ce qui concerne les compagnies maritimes de pays tiers.

2. La compagnie maritime qui demande son admission à une conférence doit prouver qu'elle est en mesure et qu'elle a l'intention d'assurer, y compris le cas échéant, en exploitant des navires affrétés, à condition que les critères énoncés dans le présent paragraphe soient respectés, un service régulier, suffisant et efficace, à long terme, selon la définition donnée dans l'accord de conférence dans le cadre de la conférence; elle s'engage à respecter toutes les conditions et moda-

Verladern fördert, vertritt und schützt und die auf Wunsch der zuständigen Behörden des Landes, dessen Verlader sie vertritt, von diesen Behörden in dieser Eigenschaft anerkannt wird.

Von der Konferenz beförderte Güter

Ladung, die von den einer Konferenz angehörenden Linienreedereien nach dem Konferenzvertrag befördert wird.

Zuständige Behörde

Eine Regierung oder eine von einer Regierung oder aufgrund innerstaatlicher Rechtsvorschriften bestimmte Stelle, die eine der einer solchen Behörde nach diesem Kodex zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen hat.

Förderungsfrachtrate

Eine Rate, die zur Unterstützung der Beförderung nicht-herkömmlicher Ausfuhren des betreffenden Landes festgesetzt wurde.

Sonderfrachtrate

Eine Vorzugsfrachtrate, die keine Förderungsfrachtrate ist und die zwischen den betreffenden Parteien ausgehandelt werden kann.

Kapitel II

Beziehungen zwischen den Mitgliedlinien

Artikel 1

Mitgliedschaft

(1) Jede nationale Linienreederei hat vorbehaltlich der in Absatz 2 aufgeführten Kriterien das Recht, Vollmitglied einer Konferenz zu sein, die dem Außenhandel ihres Landes dient. Linienreedereien, die keine nationalen Reedereien in einem von einer Konferenz erfaßten Fahrtgebiet sind, haben vorbehaltlich der in den Absätzen 2 und 3 aufgeführten Kriterien und der in Artikel 2 für Drittland-Linienreedereien vorgesehenen Bestimmungen über den Verkehrsanteil das Recht, Vollmitglieder der Konferenz zu werden.

(2) Eine Linienreederei, welche die Aufnahme in eine Konferenz beantragt, hat ihre Fähigkeit und Absicht – gegebenenfalls unter Benutzung gecharterter Tonnage, sofern die Voraussetzungen dieses Absatzes erfüllt sind – langfristig einen regelmäßigen, angemessenen und leistungsfähigen Dienst im Sinne des im Rahmen der Konferenz geschlossenen Konferenzvertrags zu betreiben, nachzuweisen und sich zu verpflichten, alle Bedingungen des Konferenzvertrags einzu-

antee to cover any outstanding financial obligation in the event of subsequent withdrawal, suspension or expulsion from membership, if so required under the conference agreement.

3. In considering an application for membership by a shipping line which is not a national line in any trade of the conference concerned, in addition to the provisions of article 1, paragraph 2, the following criteria, inter alia, should be taken into account:

(a) The existing volume of the trade on the route or routes served by the conference and prospects for its growth;

(b) The adequacy of shipping space for the existing and prospective volume of trade on the route or routes served by the conference;

(c) The probable effect of admission of the shipping line to the conference on the efficiency and quality of the conference service;

(d) The current participation of the shipping line in trade on the same route or routes outside the framework of a conference; and

(e) The current participation of the shipping line on the same route or routes within the framework of another conference.

The above criteria shall not be applied so as to subvert the implementation of the provisions relating to participation in trade set out in article 2.

4. An application for admission or readmission to membership shall be promptly decided upon and the decision communicated by a conference to an applicant promptly, and in no case later than six months from the date of application. When a shipping line is refused admission or readmission the conference shall, at the same time, give in writing the grounds for such refusal.

5. When considering applications for admission, a conference shall take into account the views put forward by shippers and shippers' organizations of the countries whose trade is carried by the conference, as well as the views of appropriate authorities if they so request.

6. In addition to the criteria for admission set out in article 1, paragraph 2, a shipping line applying for readmission shall also give evidence of having fulfilled its obligations in accordance with article 4, paragraphs 1 and 4. The conference may give special scrutiny to the circumstances under which the line left the conference.

lités de l'accord de conférence, et dépose une caution financière destinée à garantir toute obligation financière en cours en cas de retrait, suspension ou expulsion ultérieure, si l'accord de conférence l'exige.

3. Lors de l'examen d'une demande d'admission présentée par une compagnie maritime qui n'est compagnie nationale dans aucun des trafics assurés par la conférence intéressée, doivent notamment être pris en considération, outre les dispositions du paragraphe 2 de l'article premier, les critères ci-après:

a) Le volume effectif et les perspectives d'accroissement du trafic sur la ligne ou les lignes desservies par la conférence;

b) Le rapport entre le tonnage disponible et le volume effectif et prévisible du trafic sur la ligne ou les lignes desservies par la conférence;

c) L'effet probable de l'admission de la compagnie maritime à la conférence sur l'efficacité et la qualité des services fournis par la conférence;

d) La participation actuelle de la compagnie maritime au trafic sur la même ligne ou les mêmes lignes hors conférence;

e) La participation actuelle de la compagnie maritime au trafic sur la même ligne ou les mêmes lignes dans le cadre d'une autre conférence.

Les critères ci-dessus sont appliqués sans préjudice de la mise en œuvre des dispositions de l'article 2 relatives à la participation au trafic.

4. Une conférence statue rapidement sur une demande d'admission ou de réadmission et communique sa décision à la compagnie postulante rapidement et, au plus tard, dans les six mois suivant la date de la demande. En rejetant la demande d'admission ou de réadmission, la conférence donne en même temps par écrit les motifs de son refus.

5. En examinant une demande d'admission, une conférence tient compte des vues présentées par les chargeurs et les organisations de chargeurs des pays dont elle assure le trafic ainsi que des vues des autorités compétentes, si celles-ci le demandent.

6. Outre les critères d'admission énoncés au paragraphe 2 de l'article premier, la compagnie maritime qui fait une demande de réadmission fournit également la preuve qu'elle a rempli ses obligations conformément aux paragraphes 1 et 4 de l'article 4. La conférence peut procéder à une enquête minutieuse sur les circonstances dans lesquelles la compagnie a quitté la conférence.

halten, sowie eine finanzielle Bürgschaft zu hinterlegen, um im Fall eines späteren Austritts, vorläufigen Ausschlusses oder Ausschlusses etwaige finanzielle Verbindlichkeiten zu decken, wenn dies nach dem Konferenzvertrag erforderlich ist.

(3) Bei der Prüfung eines Aufnahmeantrags einer Linienreederei, die nicht eine nationale Linienreederei in einem von der betreffenden Konferenz erfaßten Fahrtgebiet ist, sollen außer Absatz 2 unter anderem auch folgende Kriterien berücksichtigt werden:

a) das vorhandene Verkehrsaufkommen auf der Strecke oder den Strecken, die von der Konferenz bedient werden, und die Aussichten für sein Wachstum;

b) die Angemessenheit des Schiffsraums für das vorhandene und in Zukunft erwartete Verkehrsaufkommen auf der Strecke oder den Strecken, die von der Konferenz bedient werden;

c) die voraussichtliche Auswirkung der Aufnahme der Linienreederei in die Konferenz auf die Leistungsfähigkeit und Qualität des Konferenzdienstes;

d) die derzeitige Beteiligung der Linienreederei am Verkehr auf derselben Strecke oder denselben Strecken außerhalb einer Konferenzverbindung und

e) die derzeitige Beteiligung der Linienreederei auf derselben Strecke oder denselben Strecken innerhalb einer anderen Konferenzverbindung.

Diese Kriterien sind nicht so anzuwenden, daß sie die Durchführung der Bestimmungen des Artikels 2 über die Beteiligung am Verkehr aushöhlen.

(4) Anträge auf Aufnahme oder Wiederaufnahme werden umgehend entschieden, und die Entscheidung wird einem Antragsteller von einer Konferenz umgehend, spätestens jedoch sechs Monate nach dem Antragsdatum, übermittelt. Wird die Aufnahme oder Wiederaufnahme einer Linienreederei abgelehnt, so hat die Konferenz gleichzeitig eine schriftliche Begründung dafür abzugeben.

(5) Bei der Prüfung von Aufnahmeanträgen berücksichtigt eine Konferenz die von Verladern und Verladerorganisationen der Länder, deren Handel von der Konferenz befördert wird, vorgebrachten Ansichten sowie die Ansichten der zuständigen Behörden, wenn diese es wünschen.

(6) Außer der Erfüllung der in Absatz 2 enthaltenen Aufnahmekriterien hat eine Linienreederei, die Wiederaufnahme beantragt, auch nachzuweisen, daß sie ihre Verpflichtungen nach Artikel 4 Absätze 1 und 4 erfüllt hat. Die Konferenz kann die Umstände, unter denen die Reederei die Konferenz verlassen hat, eingehend prüfen.

Article 2
Participation in trade

1. Any shipping line admitted to membership of a conference shall have sailing and loading rights in the trades covered by that conference.

2. When a conference operates a pool, all shipping lines members of the conference serving the trade covered by the pool shall have the right to participate in the pool for that trade.

3. For the purpose of determining the share of trade which member lines shall have the right to acquire, the national shipping lines of each country, irrespective of the number of lines, shall be regarded as a single group of shipping lines for that country.

4. When determining a share of trade within a pool of individual member lines and/or groups of national shipping lines in accordance with article 2, paragraph 2, the following principles regarding their right to participation in the trade carried by the conference shall be observed, unless otherwise mutually agreed:

(a) The group of national shipping lines of each of two countries the foreign trade between which is carried by the conference shall have equal rights to participate in the freight and volume of traffic generated by their mutual foreign trade and carried by the conference;

(b) Third-country shipping lines, if any, shall have the right to acquire a significant part, such as 20 per cent, in the freight and volume of traffic generated by that trade.

5. If, for any one of the countries whose trade is carried by a conference, there are no national shipping lines participating in the carriage of that trade, the share of the trade to which national shipping lines of that country would be entitled under article 2, paragraph 4 shall be distributed among the individual member lines participating in the trade in proportion to their respective share.

6. If the national shipping lines of one country decide not to carry their full share of the trade, that portion of their share of the trade which they do not carry shall be distributed among the individual member lines participating in the trade in proportion to their respective shares.

7. If the national shipping lines of the countries concerned do not participate in the trade between those countries covered by a conference, the shares of trade carried by the conference between those countries shall be allocated be-

Article 2
Participation au trafic

1. Toute compagnie maritime admise à une conférence aura des droits de desserte et de chargement dans les trafics assurés par cette conférence.

2. Si une conférence exploite un pool, toutes les compagnies maritimes membres de la conférence qui assurent le trafic faisant l'objet du pool auront le droit de participer au pool pour le trafic en question.

3. Pour déterminer les parts de trafic auxquelles les compagnies membres ont droit, les compagnies maritimes nationales de chaque pays, quel que soit leur nombre, sont réputées constituer un seul groupe de compagnies maritimes pour ce pays.

4. Pour déterminer une part de trafic dans un pool de compagnies membres et/ou de groupes de compagnies maritimes nationales conformément au paragraphe 2 de l'article 2, les principes ci-après, relatifs à leur droit de participer au trafic assuré par la conférence, sont appliqués, à moins qu'il n'en soit convenu autrement:

a) Chacun des groupes de compagnies maritimes nationales de deux pays entre lesquels la conférence assure des transports au titre du commerce extérieur a un droit égal de participer au fret et au volume des cargaisons composant leurs échanges extérieurs mutuels et transportés par la conférence;

b) Les compagnies maritimes de pays tiers, s'il en est, ont le droit d'obtenir une part appréciable, 20 p. 100 par exemple, du fret et du volume des cargaisons composant ces échanges.

5. Si, dans l'un quelconque des pays dont les cargaisons sont transportées par une conférence, il n'y a pas de compagnie maritime nationale participant au transport des cargaisons en question, la part du trafic à laquelle les compagnies maritimes nationales de ce pays auraient droit conformément au paragraphe 4 de l'article 2 est répartie entre les diverses compagnies membres participant au trafic, au prorata de leurs parts respectives.

6. Si les compagnies maritimes nationales d'un pays décident de ne pas transporter en totalité leur part du trafic, la fraction de leur part du trafic qu'elles ne transportent pas sera répartie entre les diverses compagnies membres participant au trafic, au prorata de leurs parts respectives.

7. Si les compagnies maritimes nationales des pays intéressés ne participent pas au trafic entre ces pays qui est assuré par une conférence, les parts de trafic transportées par la conférence entre ces pays seront réparties entre les compa-

Artikel 2
Beteiligung am Verkehr

(1) Jede in eine Konferenz aufgenommene Linienreederei hat Abfahrt- und Laderechte in dem von dieser Konferenz erfaßten Fahrtgebiet.

(2) Betreibt eine Konferenz einen Pool, so haben alle Linienreedereien, die Mitglieder der Konferenz sind, welche dem von dem Pool erfaßten Verkehr dient, das Recht, sich an dem Pool für diesen Verkehr zu beteiligen.

(3) Für die Bestimmung des Verkehrsanteils, den die Mitgliedreedereien zu erwerben berechtigt sind, gelten die nationalen Linienreedereien jedes Landes unabhängig von der Anzahl der Reedereien als eine einzige Gruppe von Linienreedereien für das betreffende Land.

(4) Bei der Bestimmung eines Verkehrsanteils einzelner Mitgliedreedereien und/oder Gruppen nationaler Linienreedereien nach Absatz 2 innerhalb eines Pools werden folgende Grundsätze hinsichtlich ihres Rechts auf Beteiligung an dem von der Konferenz beförderten Handel beachtet, sofern nicht etwas anderes vereinbart wurde:

a) Die Gruppe nationaler Linienreedereien jedes der beiden Länder, deren gegenseitiger Außenhandel von der Konferenz befördert wird, hat gleiche Rechte auf Beteiligung an der Fracht und an der Ladungsmenge, die sich aus dem gegenseitigen Außenhandel, soweit er von der Konferenz befördert wird, ergeben.

b) Drittland-Linienreedereien, sofern vorhanden, haben das Recht, einen erheblichen Teil, z. B. 20 v. H., an der Fracht und der Ladungsmenge zu erwerben, die sich aus diesem Handel ergeben.

(5) Gibt es in einem der Länder, deren Handel durch eine Konferenz befördert wird, keine nationale Linienreederei, die an der Beförderung dieses Handels beteiligt ist, so wird der Verkehrsanteil, auf den nationale Linienreedereien dieses Landes nach Absatz 4 Anspruch hätten, unter den einzelnen Mitgliedreedereien, die an dem Verkehr beteiligt sind, im Verhältnis ihres jeweiligen Anteils aufgeteilt.

(6) Beschließen die nationalen Linienreedereien eines Landes, nicht ihren gesamten Verkehrsanteil zu befördern, so wird der Teil, den sie nicht befördern, unter den einzelnen Mitgliedreedereien, die an dem Verkehr beteiligt sind, im Verhältnis ihres jeweiligen Anteils aufgeteilt.

(7) Beteiligen sich die nationalen Linienreedereien der betreffenden Länder nicht an dem Verkehr zwischen diesen Ländern, der von einer Konferenz erfaßt wird, so werden die Anteile des von der Konferenz zwischen diesen Ländern be-

tween the participating member lines of third countries by commercial negotiations between those lines.

8. The national shipping lines of a region, members of a conference, at one end of the trade covered by the conference, may redistribute among themselves by mutual agreement the shares in trades allocated to them, in accordance with article 2, paragraphs 4 to 7 inclusive.

9. Subject to the provisions of article 2, paragraphs 4 to 8 inclusive regarding shares of trade among individual shipping lines or groups of shipping lines, pooling or trade-sharing agreements shall be reviewed by the conference periodically, at intervals to be stipulated in those agreements and in accordance with criteria to be specified in the conference agreement.

10. The application of the present article shall commence as soon as possible after entry into force of the present Convention and shall be completed within a transition period which in no case shall be longer than two years, taking into account the specific situation in each of the trades concerned.

11. Shipping lines members of a conference shall be entitled to operate chartered ships to fulfil their conference obligations.

12. The criteria for sharing and the revision of shares as set out in article 2, paragraphs 1 to 11 inclusive shall apply when, in the absence of a pool, there exists berthing, sailing and/or any other form of cargo allocation agreement.

13. Where no pooling, berthing, sailing or other trade participation agreements exist in a conference, either group of national shipping lines, members of the conference, may require that pooling arrangements be introduced, in respect of the trade between their countries carried by the conference, in conformity with the provisions of article 2, paragraph 4; or alternatively they may require that the sailings be so adjusted as to provide an opportunity to these lines to enjoy substantially the same rights to participate in the trade between those two countries carried by the conference as they would have enjoyed under the provisions of article 2, paragraph 4. Any such request shall be considered and decided by the conference. If there is no agreement to institute such a pool or adjustment of sailings among the members of the conference, the groups of national shipping lines of the countries at both ends of the trade shall have a majority vote in deciding to establish such a pool or adjustment of sailings. The matter shall be decided

gnies membres participantes de pays tiers par voie de négociations commerciales entre ces compagnies.

8. Les compagnies maritimes nationales d'une région, membres d'une conférence, à une extrémité du trafic assuré par la conférence, pourront redistribuer entre elles d'un commun accord les parts de trafic qui leur sont attribuées, conformément aux dispositions des paragraphes 4 à 7 inclus de l'article 2.

9. Sous réserve des dispositions des paragraphes 4 à 8 inclus de l'article 2 relatives aux parts de trafic attribuées à des compagnies maritimes ou groupes de compagnies maritimes, les accords de pool ou de participation au trafic seront revus par la conférence périodiquement, à des intervalles qui seront stipulés dans ces accords et conformément à des critères qui seront spécifiés dans l'accord de conférence.

10. La mise en application du présent article commencera aussitôt que possible après l'entrée en vigueur de la présente Convention et sera achevée à l'expiration d'une période de transition dont la durée ne dépassera en aucun cas deux ans, compte tenu de la situation particulière dans chacun des trafics considérés.

11. Les compagnies maritimes membres d'une conférence ont le droit d'exploiter des navires affrétés pour s'acquitter de leurs obligations de membres de la Conférence.

12. Les critères de participation au trafic et de révision des parts énoncés aux paragraphes 1 à 11 inclus de l'article 2 s'appliquent quand, en l'absence de pool, il existe un accord d'accostage, de desserte et/ou de répartition du trafic sous toute autre forme.

13. Quand il n'existe dans une conférence aucun accord de pool, d'accostage, de desserte ou autre accord de participation au trafic, l'un quelconque des groupes de compagnies maritimes nationales membres de la conférence peut demander que des accords de pool soient conclus en ce qui concerne le trafic entre leur pays assuré par la conférence conformément aux dispositions du paragraphe 4 de l'article 2, ou il peut demander que les dessertes soient ajustées de façon à donner à ces compagnies la possibilité de bénéficier substantiellement des mêmes droits à participer au trafic entre ces deux pays assuré par la conférence que ceux dont elles auraient bénéficié en application des dispositions du paragraphe 4 de l'article 2. Toute demande en ce sens sera examinée et tranchée par la conférence. Si l'accord ne se fait pas sur la création d'un pool ou l'ajustement des dessertes entres les membres de la conférence, les groupes de compagnies nationales des pays situés aux deux extrémités du trafic dis-

förderten Handels den teilnehmenden Mitgliedreedereien dritter Länder durch kaufmännische Verhandlungen zwischen diesen Reedereien zugeteilt.

(8) Die einer Konferenz angehörenden nationalen Linienreedereien einer Region an einem Endpunkt des von der Konferenz erfaßten Verkehrs können die ihnen nach den Absätzen 4 bis 7 zugewiesenen Verkehrsanteile untereinander einvernehmlich neu verteilen.

(9) Vorbehaltlich der Absätze 4 bis 8 über die Verkehrsanteile zwischen einzelnen Linienreedereien oder Gruppen solcher Reedereien werden Pool- oder Verkehrsbeteiligungsvereinbarungen in regelmäßigen, in diesen Vereinbarungen festzusetzenden Abständen und in Übereinstimmung mit den in dem Konferenzvertrag zu bestimmenden Kriterien von der Konferenz überprüft.

(10) Die Anwendung dieses Artikels beginnt so bald wie möglich nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens und muß innerhalb einer Übergangszeit abgeschlossen sein, die keinesfalls länger sein darf als zwei Jahre, wobei die besondere Lage in jedem betreffenden Verkehr zu berücksichtigen ist.

(11) Linienreedereien, die Mitglieder einer Konferenz sind, haben das Recht, gecharterte Schiffe einzusetzen, um ihren Konferenzverpflichtungen nachzukommen.

(12) Die Kriterien für die Aufteilung und die Überprüfung der Anteile nach den Absätzen 1 bis 11 gelten, wenn in Ermangelung eines Pools Anlauf-, Abfahrt- und/oder sonstige Ladungszuteilungsvereinbarungen vorliegen.

(13) Liegen in einer Konferenz keine Pool-, Anlauf-, Abfahrt- oder sonstigen Verkehrsbeteiligungsvereinbarungen vor, so kann jede Gruppe nationaler Linienreedereien, die Mitglieder der Konferenz sind, beantragen, daß für den von der Konferenz beförderten Handel zwischen ihren Ländern Poolabmachungen nach Absatz 4 eingeführt werden oder daß die Abfahrten so geregelt werden, daß diese Reedereien im wesentlichen dieselben Rechte auf Beteiligung an dem von der Konferenz zwischen diesen beiden Ländern beförderten Handel wahrnehmen können, die ihnen nach Absatz 4 zugestanden hätten. Jeder derartige Antrag wird von der Konferenz geprüft und entschieden. Besteht unter den Mitgliedern der Konferenz keine Übereinstimmung über die Einführung eines solchen Pools oder die Regelung der Abfahrten, so haben die Gruppen der nationalen Linienreedereien der Länder an beiden Endpunkten des Verkehrs die Stimmenmehrheit bei dem Beschluß, einen solchen Pool oder eine Regelung der Abfahrten

upon within a period not exceeding six months from the receipt of the request.

14. In the event of a disagreement between the national shipping lines of the countries at either end whose trade is served by the conference with regard to whether or not pooling shall be introduced, they may require that within the conference sailings be so adjusted as to provide an opportunity to these lines to enjoy substantially the same rights to participate in the trade between those two countries carried by the conference as they would have enjoyed under the provisions of article 2, paragraph 4. In the event that there are no national shipping lines in one of the countries whose trade is served by the conference, the national shipping line or lines of the other country may make the same request. The conference shall use its best endeavours to meet this request. If, however, this request is not met, the appropriate authorities of the countries at both ends of the trade may take up the matter if they so wish and make their views known to the parties concerned for their consideration. If no agreement is reached, the dispute shall be dealt with in accordance with the procedures established in this Code.

15. Other shipping lines, members of a conference, may also request that pooling or sailing agreements be introduced, and the request shall be considered by the conference in accordance with the relevant provisions of this Code.

16. A conference shall provide for appropriate measures in any conference pooling agreement to cover cases where the cargo has been shut out by a member line for any reason excepting late presentation by the shipper. Such agreement shall provide that a vessel with unbooked space, capable of being used, be allowed to lift the cargo, even in excess of the pool share of the line in the trade, if otherwise the cargo would be shut out and delayed beyond a period set by the conference.

17. The provisions of article 2, paragraphs 1 to 16 inclusive concern all goods regardless of their origin, their destination or the use for which they are intended, with the exception of military equipment for national defence purposes.

Article 3

Decision-making procedures

The decision-making procedures embodied in a conference agreement shall

poseront de la majorité des voix dans la décision de créer un tel pool ou d'ajuster les dessertes. La question sera tranchée dans un délai qui ne dépassera pas six mois à compter de la réception de la demande.

14. En cas de désaccord entre les compagnies maritimes nationales des pays situés aux deux extrémités, dont le trafic est assuré par la Conférence, sur le point de savoir s'il y a ou non lieu d'adopter un accord de pool, ces compagnies peuvent demander que, à l'intérieur de la conférence, les dessertes soient ajustées de façon à donner auxdites compagnies la possibilité de bénéficier substantiellement des mêmes droits à participer au trafic entre les deux pays que ceux dont elles auraient bénéficié en vertu des dispositions du paragraphe 4 de l'article 2. S'il n'y a pas de compagnie maritime nationale dans l'un des pays dont la conférence assure le trafic, la ou les compagnies nationales de l'autre pays peuvent formuler la même demande. La conférence s'efforcera dans toute la mesure possible de faire droit à cette demande. Si toutefois la demande n'est pas satisfaite, les autorités compétentes aux deux extrémités du trafic peuvent se saisir de la question si elles le désirent et faire connaître leurs vues aux parties intéressées pour que celles-ci les examinent. Faute d'accord, le différend sera tranché suivant les procédures instituées dans le présent Code.

15. Les autres compagnies maritimes membres d'une conférence peuvent également demander l'adoption d'accords de pool ou de desserte et la demande sera examinée par la conférence conformément aux dispositions pertinentes du présent Code.

16. Une conférence doit prévoir, dans tout accord de pool, les mesures voulues pour le cas où les marchandises seraient laissées en souffrance par une compagnie membre pour une raison quelconque, sauf en cas de présentation tardive par le chargeur. Un accord de ce genre doit stipuler qu'un navire disposant d'espace non réservé et utilisable est autorisé à charger les marchandises, même en sus de la part de pool de la compagnie dans le trafic en question, si faute de cette autorisation, les marchandises risquent de rester à quai et d'être retardées au-delà d'une période fixée par la conférence.

17. Les dispositions des paragraphes 1 à 16 inclus de l'article 2 concernent toutes les marchandises quels que soient leur origine, leur destination ou l'usage auquel elles sont destinées, à l'exception du matériel militaire transporté aux fins de la défense nationale.

Article 3

Procédures d'adoption des décisions

Les procédures prescrites dans un accord de conférence pour l'adoption des

einzuführen. Die Frage wird innerhalb eines Zeitabschnitts von höchstens sechs Monaten nach Eingang des Antrags entschieden.

(14) Besteht zwischen den nationalen Linienreedereien der Länder an beiden Endpunkten, deren Handel von der Konferenz bedient wird, keine Übereinstimmung darüber, ob ein Pool eingeführt werden soll, so können sie verlangen, daß innerhalb der Konferenz die Abfahrten so geregelt werden, daß diese Reedereien im wesentlichen dieselben Rechte auf Beteiligung an dem von der Konferenz zwischen diesen beiden Ländern beförderten Handel wahrnehmen können, die ihnen nach Absatz 4 zugestanden hätten. Gibt es in einem der Länder, deren Handel von der Konferenz bedient wird, keine nationalen Linienreedereien, so können die nationale Linienreederei oder -reedereien des anderen Landes denselben Antrag stellen. Die Konferenz bemüht sich nach besten Kräften, diesem Antrag stattzugeben. Wird jedoch diesem Antrag nicht stattgegeben, so können die zuständigen Behörden der Länder an beiden Endpunkten des Verkehrs die Frage aufgreifen, wenn sie dies wünschen, und ihre Ansichten den beteiligten Parteien zur Prüfung mitteilen. Wird kein Einvernehmen erzielt, so wird die Streitigkeit nach den in diesem Kodex festgelegten Verfahren behandelt.

(15) Andere einer Konferenz angehörende Linienreedereien können ebenfalls beantragen, daß Pool- oder Abfahrtvereinbarungen eingeführt werden; der Antrag wird von der Konferenz nach den einschlägigen Bestimmungen dieses Kodexes geprüft.

(16) Eine Konferenz hat in jeder ihrer Poolvereinbarungen geeignete Maßnahmen für Fälle vorzusehen, in denen Ladung von einer Mitgliedreederei aus einem anderen Grund als der verspäteten Anlieferung durch den Verlader zurückgelassen worden ist. Eine solche Vereinbarung hat vorzusehen, daß ein Schiff mit nicht gebuchtem benutzbarem Raum die Erlaubnis erhält, die Ladung auch über den Poolanteil der Reederei an dem Verkehr hinaus aufzunehmen, wenn die Ladung sonst zurückgelassen und über eine von der Konferenz festgesetzte Frist hinaus zurückbleiben würde.

(17) Die Absätze 1 bis 16 beziehen sich auf alle Güter unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Bestimmungsort oder dem vorgesehenen Verwendungszweck, mit Ausnahme militärischer Ausrüstungen für Zwecke der nationalen Verteidigung.

Artikel 3

Beschlußverfahren

Die in einem Konferenzvertrag enthaltenen Beschlußverfahren müssen auf

be based on the equality of all the full member lines; these procedures shall ensure that the voting rules do not hinder the proper work of the conference and the service of the trade and shall define the matters on which decisions will be made by unanimity. However, a decision cannot be taken in respect of matters defined in a conference agreement relating to the trade between two countries without the consent of the national shipping lines of those two countries.

Article 4
Sanctions

1. A shipping line member of a conference shall be entitled, subject to the provisions regarding withdrawal which are embodied in pool schemes and/or cargo-sharing arrangements, to secure its release, without penalty, from the terms of the conference agreement after giving three months' notice, unless the conference agreement provides for a different time period, although it shall be required to fulfil its obligations as a member of the conference up to the date of its release.

2. A conference may, upon notice to be specified in the conference agreement, suspend or expel a member for significant failure to abide by the terms and conditions of the conference agreement.

3. No expulsion or suspension shall become effective until a statement in writing of the reasons therefor has been given and until any dispute has been settled as provided in chapter VI.

4. Upon withdrawal or expulsion, the line concerned shall be required to pay its share of the outstanding financial obligations of the conference, up to the date of its withdrawal or expulsion. In cases of withdrawal, suspension or expulsion, the line shall not be relieved of its own financial obligations under the conference agreement or of any of its obligations towards shippers.

Article 5
Self-policing

1. A conference shall adopt and keep up to date an illustrative list, which shall be as comprehensive as possible, of practices which are regarded as malpractices and/or breaches of the conference agreement and shall provide effective self-policing machinery to deal with them, with specific provisions requiring:

(a) The fixing of penalties or a range of penalties for malpractices or

décisions doivent être fondées sur le principe de l'égalité entre toutes les compagnies membres à part entière; elles seront conçues de manière que les règles de vote n'entravent pas le bon fonctionnement de la conférence et le service du trafic et elles définiront les questions sur lesquelles les décisions seront prises à l'unanimité. Toutefois, aucune décision ne pourra être prise au sujet de questions définies dans un accord de conférence concernant le trafic entre deux pays sans l'assentiment des compagnies maritimes nationales de ces deux pays.

Article 4
Sanctions

1. Une compagnie maritime membre d'une conférence a le droit, sous réserve des dispositions concernant le retrait qui figurent dans les accords de pool et/ou dans les arrangements de participation au trafic, de se libérer, sans encourir de sanctions, des obligations de l'accord de conférence après avoir donné un préavis de trois mois, à moins que l'accord de conférence ne stipule un délai différent, mais elle est tenue de remplir les obligations qui lui incombaient en tant que membre de la conférence la date à laquelle elle s'est libérée.

2. Une conférence peut, moyennant un préavis dont la durée est spécifiée dans l'accord de conférence, suspendre ou expulser un membre en cas d'infraction grave aux modalités et conditions de l'accord de conférence.

3. L'expulsion ou la suspension ne prennent pas effet avant qu'un avis motivé en ait été donné par écrit et que tout différend ait été réglé comme prévu au chapitre VI.

4. En cas de retrait ou d'expulsion, la compagnie maritime en cause est tenue de payer sa part des obligations financières en cours de la conférence, jusqu'à la date de son retrait ou de son expulsion. En cas de retrait, de suspension ou d'expulsion, elle n'est pas dégagée de ses propres obligations financières découlant de l'accord de conférence ni de ses obligations à l'égard des chargeurs.

Article 5
Discipline interne

1. Les conférences doivent adopter et tenir à jour une liste indicative, aussi complète que possible, des pratiques considérées comme des pratiques irrégulières et/ou des infractions à l'accord de conférence, et elles doivent instituer un appareil efficace de discipline interne applicable à ces pratiques avec des dispositions spécifiques prévoyant:

a) Qu'il sera fixé, pour les pratiques irrégulières ou les infractions, des sanc-

dem Grundsatz der Gleichberechtigung aller Vollmitgliedreedereien beruhen; diese Verfahren haben sicherzustellen, daß die Abstimmungsvorschriften die ordnungsgemäße Arbeit der Konferenz und die Bedienung des Handels nicht behindern, und die Gegenstände anzugeben, über die Beschlüsse einstimmig zu fassen sind. Jedoch können Beschlüsse über Gegenstände, die in einem Konferenzvertrag festgelegt sind und die sich auf den Verkehr zwischen zwei Ländern beziehen, nicht ohne Zustimmung der nationalen Linienreedereien dieser beiden Länder gefaßt werden.

Artikel 4
Sanktionen

(1) Eine Linienreederei, die Mitglied einer Konferenz ist, ist vorbehaltlich der Bestimmungen über den Austritt, die in Poolabsprachen und/oder Ladungsaufteilungsabmachungen enthalten sind, berechtigt, sich ohne Verhängung von Sanktionen unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist von den Bedingungen des Konferenzvertrags freizumachen, sofern dieser Vertrag nicht eine andere Kündigungsfrist vorsieht; jedoch hat die Reederei ihre Verpflichtungen als Mitglied der Konferenz bis zum Tag ihrer Freigabe zu erfüllen.

(2) Eine Konferenz kann mit einer in dem Konferenzvertrag festzusetzenden Frist ein Mitglied wegen einer erheblichen Verletzung der Bedingungen des Konferenzvertrags vorläufig ausschließen oder ausschließen.

(3) Ein Ausschluß oder ein vorläufiger Ausschluß wird erst dann wirksam, wenn eine schriftliche Begründung gegeben und wenn eine Streitigkeit nach Kapitel VI beigelegt worden ist.

(4) Bei einem Austritt oder Ausschluß muß die betreffende Linienreederei ihren Anteil an den bestehenden finanziellen Verpflichtungen der Konferenz bis zum Tag des Austritts oder Ausschlusses zahlen. Im Fall eines Austritts, eines vorläufigen Ausschlusses oder eines Ausschlusses wird die Reederei nicht von ihren eigenen finanziellen Verpflichtungen aufgrund des Konferenzvertrags oder von einer ihrer Verpflichtungen gegenüber Verladern befreit.

Artikel 5
Selbstkontrolle

(1) Eine Konferenz beschließt ein möglichst umfassendes erläuterndes Verzeichnis der Praktiken, die als Mißbräuche und/oder Verstöße gegen den Konferenzvertrag betrachtet werden, und hält es auf dem laufenden; sie sorgt für ein wirksames Kontrollsystem für derartige Praktiken, das besondere Vorschriften enthält über

a) die Festsetzung von Strafen oder eines Katalogs von Strafen für Mißbräu-

breaches, to be commensurate with their seriousness;

(b) The examination and impartial review of an adjudication of complaints, and/or decisions taken on complaints, against malpractices or breaches, by a person or body unconnected with any of the shipping lines members of the conference or their affiliates, on request by the conference or any other party concerned;

(c) The reporting, on request, on the action taken in connexion with complaints against malpractices and/or breaches, and on a basis of anonymity for the parties concerned, to the appropriate authorities of the countries whose trade is served by the conference and of the countries whose shipping lines are members of the conference.

2. Shipping lines and conferences are entitled to the full co-operation of shippers and shippers' organizations in the endeavour to combat malpractices and breaches.

Article 6

Conference agreements

All conference agreements, pooling, berthing and sailing rights agreements and amendments or other documents directly related to, and which affect, such agreements shall be made available on request to the appropriate authorities of the countries whose trade is served by the conference and of the countries whose shipping lines are members of the conference.

Chapter III

Relations with Shippers

Article 7

Loyalty arrangements

1. The shipping lines members of a conference are entitled to institute and maintain loyalty arrangements with shippers, the form and terms of which are matters for consultation between the conference and shippers' organizations or representatives of shippers. These loyalty arrangements shall provide safeguards making explicit the rights of shippers and conference members. These arrangements shall be based on the contract system or any other system which is also lawful.

2. Whatever loyalty arrangements are made, the freight rate applicable to loyal

tions ou une échelle de sanctions proportionnelles à leur gravité;

b) Que les arrêts et/ou les décisions rendus au sujet de plaintes formées contre des pratiques ou infractions feront, à la demande de la conférence ou de toute autre partie en cause, l'objet d'un examen et d'une révision impartiale par une personne ou un organisme n'ayant de lien avec aucune des compagnies maritimes membres de la conférence ni avec les compagnies qui leur sont affiliées;

c) Que les autorités compétentes des pays desservis par la conférence et de ceux dont les compagnies maritimes sont membres de ladite conférence seront avisées, sur demande, de la suite donnée aux plaintes formées contre des pratiques irrégulières et/ou des infractions, l'anonymat des parties en cause étant respecté.

2. Les compagnies maritimes et les conférences sont en droit de compter sur la pleine coopération des chargeurs et des organisations de chargeurs dans leurs efforts pour lutter contre les pratiques irrégulières et les infractions.

Article 6

Accords de conférence

Tous les accords de conférence, accords de pool et accords sur les droits d'accostage et de desserte, ainsi que les amendements ou autres documents se rapportant directement à ces accords et ayant une incidence sur eux, doivent être mis, sur demande, à la disposition des autorités compétentes des pays desservis par la conférence et de ceux dont les compagnies maritimes sont membres de ladite conférence.

Chapitre III

Relations avec les chargeurs

Article 7

Accords de fidélité

1. Les compagnies maritimes membres d'une conférence ont le droit de passer avec les chargeurs et d'appliquer des accords de fidélité dont le type et la teneur sont arrêtés par voie de consultations entre la conférence et les organisations de chargeurs ou représentants des chargeurs. Ces accords doivent contenir des garanties stipulant explicitement les droits des chargeurs et ceux des membres de la conférence. Ils sont fondés sur le système du contrat ou sur tout autre système également licite.

2. Quels que soient les accords de fidélité conclus, le taux de fret applicable aux

che oder Verstöße entsprechend ihrem Schweregrad;

b) die Untersuchung und unparteiische Überprüfung von Entscheidungen über Beschwerden und/oder Beschlüssen zu Beschwerden gegen Mißbräuche oder Verstöße durch eine nicht mit einer der der Konferenz angehörenden Linienreedereien oder ihren Tochtergesellschaften in Verbindung stehende natürliche oder juristische Person auf Ersuchen der Konferenz oder einer anderen beteiligten Partei;

c) die auf Verlangen erfolgende Berichterstattung über die im Zusammenhang mit Beschwerden gegen Mißbräuche und/oder Verstöße getroffenen Maßnahmen unter Wahrung der Anonymität der beteiligten Parteien an die zuständigen Behörden der Länder, deren Handel von der Konferenz bedient wird, und der Länder, deren Linienreedereien Mitglieder der Konferenz sind.

(2) Die Linienreedereien und Konferenzen haben ein Recht auf umfassende Mitarbeit der Verlader und Verladerorganisationen bei den Bemühungen zur Bekämpfung von Mißbräuchen und Verstößen.

Artikel 6

Konferenzverträge

Alle Konferenzverträge, Vereinbarungen über Pool-, Anlauf- und Abfahrtrechte und ihre Änderungen oder sonstige unmittelbar mit derartigen Übereinkünften in Verbindung stehende und sie betreffende Urkunden werden auf Verlangen den zuständigen Behörden der Länder, deren Handel von der Konferenz bedient wird, sowie der Länder, deren Linienreedereien Mitglieder der Konferenz sind, zur Verfügung gestellt.

Kapitel III

Beziehungen zu Verladern

Artikel 7

Treueabmachungen

(1) Die einer Konferenz angehörenden Linienreedereien sind berechtigt, Treueabmachungen mit Verladern zu schließen und zu unterhalten, deren Form und Bedingungen Gegenstand von Konsultationen zwischen der Konferenz und den Verladerorganisationen oder -vertretern sind. Diese Treueabmachungen enthalten Schutzklauseln, welche die Rechte der Verlader und der Konferenzmitglieder deutlich machen. Die Abmachungen beruhen auf dem Kontraktsystem oder einem anderen rechtlich zulässigen System.

(2) Unabhängig davon, welche Treueabmachungen getroffen werden, wird die

shippers shall be determined within a fixed range of percentages of the freight rate applicable to other shippers. Where a change in the differential causes an increase in the rates charged to shippers, the change can be implemented only after 150 days' notice to those shippers or according to regional practice and/or agreement. Disputes in connexion with a change of the differential shall be settled as provided in the loyalty agreement.

3. The terms of loyalty arrangements shall provide safeguards making explicit the rights and obligations of shippers and of shipping lines members of the conference in accordance with the following provisions, inter alia:

(a) The shipper shall be bound in respect of cargo whose shipment is controlled by him or his affiliated or subsidiary company or his forwarding agent in accordance with the contract of sale of the goods concerned, provided that the shipper shall not, by evasion, subterfuge, or intermediary, attempt to divert cargo in violation of his loyalty commitment;

(b) Where there is a loyalty contract, the extent of actual or liquidated damages and/or penalty shall be specified in the contract. The member lines of the conference may, however, decide to assess lower liquidated damages or to waive the claim to liquidated damages. In any event, the liquidated damages under the contract to be paid by the shipper shall not exceed the freight charges on the particular shipment, computed at the rate provided under the contract;

(c) The shipper shall be entitled to resume full loyalty status, subject to the fulfilment of conditions established by the conference which shall be specified in the loyalty arrangement;

(d) The loyalty arrangement shall set out:

(i) A list of cargo, which may include bulk cargo shipped without mark or count, which is specifically excluded from the scope of the loyalty arrangement;

(ii) A definition of the circumstances in which cargo other than cargo covered by (i) above is considered to be excluded from the scope of the loyalty arrangement;

chargeurs fidèles doit être compris dans une échelle déterminée de pourcentages du taux de fret applicable aux autres chargeurs. Si une modification de l'écart entre les deux taux entraîne un accroissement des taux appliqués aux chargeurs, elle ne peut entrer en vigueur qu'après un préavis de 150 jours donné aux chargeurs en question ou suivant la pratique régionale et/ou l'accord conclu. Les différends relatifs à une modification de l'écart seront réglés de la manière prévue dans l'accord de fidélité.

3. Un accord de fidélité doit contenir des garanties stipulant explicitement les droits et obligations des chargeurs et ceux des compagnies maritimes membres de la conférence, conformément aux dispositions, entre autres, ci-après:

a) La responsabilité du chargeur jouera pour des cargaisons dont lui-même, la compagnie qui lui est affiliée, sa filiale ou son transitaire contrôle le transport, conformément au contrat de vente des marchandises considérées, sous réserve qu'il n'essaie pas, au moyen d'une échappatoire, d'un subterfuge ou d'un intermédiaire, de détourner des cargaisons en violation de son accord de fidélité;

b) Le contrat de fidélité doit préciser le montant de l'indemnisation effective ou des dommages-intérêts contractuels et/ou de l'amende. Les compagnies membres de la conférence peuvent toutefois décider de fixer les dommages-intérêts à un chiffre plus bas ou de renoncer à demander des dommages-intérêts. En aucun cas, les dommages-intérêts contractuels dus par le chargeur ne dépasseront le montant du fret pour le transport visé, calculé au taux prévu dans le contrat;

c) Le chargeur est en droit de recouvrer intégralement son statut de fidélité, sous réserve de satisfaire aux conditions fixées par la conférence, qui sont spécifiées dans l'accord de fidélité;

d) L'accord de fidélité renfermera:

i) La liste des cargaisons, y compris, le cas échéant, les cargaisons transportées en vrac sans être marquées ni dénombrées, qui sont expressément exclues du champ de l'accord de fidélité;

ii) La définition des conditions dans lesquelles des cargaisons autres que les cargaisons visées à l'alinéa i ci-dessus sont réputées exclues du champ de l'accord de fidélité;

auf treue Verlader anzuwendende Frachtrate innerhalb eines festen Rahmens von Prozentsätzen der auf andere Verlader anwendbaren Frachtrate festgesetzt. Hat eine Änderung der Spanne zwischen den beiden Raten eine Erhöhung der Verladern in Rechnung gestellten Raten zur Folge, so kann die Änderung erst 150 Tage nach einer entsprechenden Benachrichtigung dieser Verlader oder nach Maßgabe regionaler Praxis und/oder Vereinbarungen durchgeführt werden. Streitigkeiten im Zusammenhang mit einer Änderung der Spanne werden nach der Treueabmachung beigelegt.

(3) Die Treueabmachungen müssen Schutzklauseln enthalten, welche die Rechte und Pflichten der Verlader und der der Konferenz angehörenden Linienreedereien deutlich machen; dabei sind unter anderem folgende Bestimmungen zu berücksichtigen:

a) Der Verlader ist hinsichtlich der Ladung gebunden, deren Versand nach dem Kaufvertrag für die betreffenden Güter durch ihn oder seine Tochter- oder Zweiggesellschaft oder seinen Spediteur kontrolliert wird, vorausgesetzt, daß der Verlader nicht durch Umgehung, Täuschung oder eine Mittelsperson versucht, in Verletzung seiner Treuepflicht Ladung umzuleiten.

b) Sofern ein Treuevertrag vorliegt, wird das Ausmaß des tatsächlichen oder des im voraus bestimmten Schadenersatzes und/oder der Strafe in dem Vertrag festgelegt. Die Mitgliedreedereien der Konferenz können jedoch beschließen, den im voraus bestimmten Schadenersatz niedriger zu bemessen oder auf den Anspruch auf einen im voraus bestimmten Schadenersatz zu verzichten. Auf jeden Fall darf der vom Verlader zu zahlende im voraus bestimmte Schadenersatz nicht höher sein als die Frachtgebühren für die betreffende Sendung, die nach der im Vertrag vorgesehenen Rate berechnet werden.

c) Der Verlader ist berechtigt, seinen Treuestatus voll wieder einzunehmen, sofern er die von der Konferenz aufgestellten Bedingungen, die in der Treueabmachung niedergelegt sind, erfüllt.

d) Die Treueabmachung enthält folgendes:

i) ein Verzeichnis der Ladung – gegebenenfalls einschließlich des ohne Kennzeichnung oder Zählung versandten Massenguts –, die ausdrücklich von der Treueabmachung ausgenommen ist;

ii) eine Schilderung der Umstände, unter denen andere als die unter Ziffer i aufgeführte Ladung als von der Treueabmachung ausgenommen gilt;

(iii) The method of settlement of disputes arising under the loyalty arrangement;

(iv) Provision for termination of the loyalty arrangement on request by either a shipper or a conference without penalty, after expiry of a stipulated period of notice, such notice to be given in writing; and

(v) The terms for granting dispensation.

4. If there is a dispute between a conference and a shippers' organization, representatives of shippers and/or shippers about the form or terms of a proposed loyalty arrangement, either party may refer the matter for resolution under appropriate procedures as set out in this Code.

Article 8

Dispensation

1. Conferences shall provide, within the terms of the loyalty arrangements, that requests by shippers for dispensation shall be examined and a decision given quickly and, if requested, the reasons given in writing where dispensation is withheld. Should a conference fail to confirm, within a period specified in the loyalty arrangement, sufficient space to accommodate a shipper's cargo within a period also specified in the loyalty arrangement, the shipper shall have the right, without being penalized, to utilize any vessel for the cargo in question.

2. In ports where conference services are arranged subject to the availability of a specified minimum of cargo (i.e. on inducement), but either the shipping line does not call, despite due notice by shippers, or the shipping line does not reply within an agreed time to the notice given by shippers, shippers shall automatically have the right, without prejudicing their loyalty status, to use any available vessel for the carriage of their cargo.

Article 9

Availability of tariffs and related conditions and/or regulations

Tariffs, related conditions, regulations, and any amendments thereto shall be made available on request to shippers, shippers' organizations and other parties concerned at reasonable cost, and they shall be available for examination at offices of shipping lines and their agents. They shall spell out all conditions concerning the application of freight rates and the carriage of any cargo covered by them.

iii) Le mode de règlement des différends se rapportant à l'application des accords de fidélité;

iv) Une disposition prévoyant que l'accord de fidélité prendra fin à la demande d'un chargeur ou d'une conférence, sans aucune sanction, à l'expiration d'un préavis spécifié qui est donné par écrit;

v) Les conditions d'octroi des dérogations.

4. En cas de différend entre une conférence et une organisation de chargeurs, des représentants de chargeurs et/ou des chargeurs, sur le type ou la teneur d'un projet d'accord de fidélité, l'une ou l'autre des parties peut faire trancher le différend suivant les procédures appropriées instituées dans le présent Code.

Article 8

Dérogations

1. Les conférences prescriront, dans le cadre des accords de fidélité, que les demandes de dérogation des chargeurs seront examinées et qu'une décision sera prise rapidement et, si la dérogation est refusée, que les motifs en seront donnés par écrit, sur demande. Si une conférence ne confirme pas, dans un délai spécifié dans l'accord de fidélité, un espace suffisant pour embarquer les marchandises d'un chargeur dans un délai également spécifié dans ledit accord, le chargeur aura le droit, sans être pénalisé, d'utiliser un navire quelconque pour le transport en question.

2. Dans les ports qui ne sont desservis par les conférences que si la cargaison atteint un minimum spécifié, les chargeurs ont automatiquement le droit, au cas où la compagnie maritime ne fait pas escale malgré l'avis dûment adressé par les chargeurs ou ne répond pas à cet avis dans un délai convenu, d'utiliser tout navire disponible pour le transport de leur cargaison, sans compromettre leur statut de fidélité.

Article 9

Publication des barèmes et des conditions et/ou règlements connexes

Les barèmes, conditions connexes, règlements et toute modification les concernant doivent être, sur demande, mis à la disposition des chargeurs, organisations de chargeurs et autres parties intéressées, à un prix raisonnable, et pourront être consultés dans les bureaux des compagnies maritimes et de leurs agents. Ils doivent énoncer toutes les conditions relatives à l'application des taux de fret et au transport de toutes les cargaisons qu'ils visent.

iii) das Verfahren zur Beilegung der im Rahmen der Treueabmachung entstehenden Streitigkeiten;

iv) eine Bestimmung über die straffreie Beendigung der Treueabmachung entweder auf Verlangen eines Verladers oder der Konferenz nach Ablauf einer festgesetzten Kündigungsfrist, wobei die Kündigung schriftlich zu erfolgen hat, und

v) die Bedingungen für die Gewährung einer Freistellung.

(4) Im Fall einer Streitigkeit zwischen einer Konferenz und einer Verladerorganisation, Verladervertretern und/oder Verladern über die Form oder die Bedingungen einer vorgeschlagenen Treueabmachung kann jede Partei die Sache zwecks Lösung dem in diesem Kodex vorgesehenen einschlägigen Verfahren unterwerfen.

Artikel 8

Freistellung

(1) Die Konferenzen sehen in den Treueabmachungen vor, daß Anträge von Verladern auf Freistellung geprüft und rasch entschieden werden und daß auf Verlangen die Ablehnung der Freistellung schriftlich begründet wird. Bestätigt eine Konferenz nicht innerhalb einer in der Treueabmachung festgesetzten Zeit genügend Schiffsraum zur Aufnahme der Ladung eines Verladers innerhalb einer ebenfalls in der Treueabmachung festgesetzten Zeit, so hat der Verlader das Recht, straffrei jedes Schiff für die betreffende Ladung zu benutzen.

(2) In Häfen, in denen Konferenzdienste nur bei Vorhandensein einer festgelegten Mindestmenge von Ladung (d. h. auf Veranlassung) geleistet werden, haben die Verlader, wenn die Linienreederei entweder den Hafen trotz ordnungsgemäßer Benachrichtigung durch die Verlader nicht anläuft oder innerhalb einer vereinbarten Zeit nicht auf die Nachricht der Verlader antwortet, ohne weiteres das Recht, ohne Beeinträchtigung ihres Treuestatus jedes verfügbare Schiff für die Beförderung ihrer Ladung zu benutzen.

Artikel 9

Verfügbarkeit von Tarifen und damit zusammenhängenden Bedingungen und/oder Vorschriften

Tarife, damit zusammenhängende Bedingungen, Vorschriften und alle Änderungen derselben werden den Verladern, Verladerorganisationen und sonstigen beteiligten Parteien auf Verlangen zu angemessenen Gebühren zur Verfügung gestellt; sie liegen in den Büros der Linienreedereien und bei ihren Agenten zur Einsicht aus. Sie enthalten alle Bedingungen für die Anwendung von Frachtraten und die Beförderung jeder darunter fallenden Ladung.

Article 10

Annual reports

Conferences shall provide annually to shippers' organizations, or to representatives of shippers, reports on their activities designed to provide general information of interest to them, including relevant information about consultations held with shippers and shippers' organizations, action taken regarding complaints, changes in membership, and significant changes in service, tariffs and conditions of carriage. Such annual reports shall be submitted, on request, to the appropriate authorities of the countries whose trade is served by the conference concerned.

Article 11

Consultation machinery

1. There shall be consultations on matters of common interest between a conference, shippers' organizations, representatives of shippers and, where practicable, shippers, which may be designated for that purpose by the appropriate authority if it so desires. These consultations shall take place whenever requested by any of the abovementioned parties. Appropriate authorities shall have the right, upon request, to participate fully in the consultations, but this does not mean that they play a decision-making role.

2. The following matters, inter alia, may be the subject of consultation:

(a) Changes in general tariff conditions and related regulations;

(b) Changes in the general level of tariff rates and rates for major commodities;

(c) Promotional and/or special freight rates;

(d) Imposition of, and related changes in, surcharges;

(e) Loyalty arrangements, their establishment or changes in their form and general conditions;

(f) Changes in the tariff classification of ports;

(g) Procedure for the supply of necessary information by shippers concerning the expected volume and nature of their cargoes; and

(h) Presentation of cargo for shipment and the requirements regarding notice of cargo availability.

3. To the extent that they fall within the scope of activity of a conference, the following matters may also be the subject of consultation:

Article 10

Rapports annuels

Les conférences doivent remettre chaque année aux organisations de chargeurs ou aux représentants de chargeurs des rapports sur leurs activités, destinés à leur donner des renseignements généraux sur toute question présentant un intérêt pour eux, notamment les renseignements pertinents sur les consultations avec les chargeurs et les organisations de chargeurs, la suite donnée aux plaintes, les changements survenus dans la composition de la conférence et les modifications importantes apportées au service, aux barèmes et aux conditions de transport. Ces rapports annuels doivent être communiqués, sur demande, aux autorités compétentes des pays dont la conférence en cause assure le trafic.

Article 11

Mécanisme de consultation

1. Des consultations doivent avoir lieu sur les questions d'intérêt commun entre la conférence, les organisations de chargeurs, les représentants de chargeurs et, dans la mesure possible, les chargeurs, que l'autorité compétente peut désigner à cette fin, si elle le désire. Ces consultations ont lieu toutes les fois qu'elles sont demandées par l'une quelconque des parties susmentionnées. Les autorités compétentes ont le droit, sur demande, de participer pleinement aux consultations, sans que cela signifie qu'elles jouent un rôle dans l'adoption des décisions.

2. Les questions suivantes, entre autres, peuvent faire l'objet de consultations:

a) Modification des conditions générales des barèmes et règlements connexes;

b) Modification du niveau général des barèmes et des taux applicables aux produits importants;

c) Taux de fret promotionnels et/ou spéciaux;

d) Application de surtaxes et modifications les concernant;

e) Accords de fidélité, leur établissement ou les modifications à apporter à leur type et à leurs conditions générales;

f) Modification du classement des barèmes des ports;

g) Méthodes à suivre par les chargeurs pour fournir les renseignements nécessaires sur le volume et la nature probables de leurs cargaisons;

h) Présentation des cargaisons à l'embarquement et conditions relatives au préavis d'espace disponible.

3. Dans la mesure où elles entrent dans le champ d'activité d'une conférence, les questions suivantes peuvent également faire l'objet de consultations:

Artikel 10

Jahresberichte

Die Konferenzen stellen jährlich den Verladerorganisationen oder den Verladervertretern Berichte über ihre Tätigkeit zur Verfügung, die ihnen sie interessierende allgemeine Informationen vermitteln sollen, darunter einschlägige Informationen über Konsultationen mit Verladern und Verladerorganisationen, im Zusammenhang mit Beschwerden getroffene Maßnahmen, Änderungen im Mitgliederbestand und wesentliche Änderungen in den Diensten, Tarifen und Beförderungsbedingungen. Diese Jahresberichte werden auf Verlangen den zuständigen Behörden der Länder übermittelt, deren Handel durch die betreffende Konferenz bedient wird.

Artikel 11

Konsultationsverfahren

(1) Es finden Konsultationen über Fragen von gemeinsamem Interesse statt zwischen einer Konferenz, Verladerorganisationen, Verladervertretern und, wenn durchführbar, Verladern, die von der zuständigen Behörde auf deren Wunsch für diesen Zweck bestimmt werden. Diese Konsultationen finden statt, wenn sie von einer der genannten Parteien verlangt werden. Die zuständigen Behörden haben das Recht, auf Antrag voll an den Konsultationen teilzunehmen; dies bedeutet jedoch nicht, daß ihnen eine Entscheidungsbefugnis zusteht.

(2) Folgende Fragen können unter anderem Gegenstand von Konsultationen sein:

a) Änderungen der allgemeinen Tarifbedingungen und damit zusammenhängender Vorschriften;

b) Änderungen der allgemeinen Höhe der Tarifraten und der Raten für wichtige Warenarten;

c) Förderungs- und/oder Sonderfrachtraten;

d) Einführung von Zuschlägen und damit zusammenhängende Änderungen;

e) Treueabmachungen, ihr Abschluß oder Änderung ihrer Form und ihrer allgemeinen Bedingungen;

f) Änderungen der Einstufung von Häfen für Tarifzwecke;

g) Verfahren für die Bereitstellung der erforderlichen Angaben durch die Verlader über den voraussichtlichen Umfang und die Art ihrer Ladungen und

h) die Art und Weise der Anlieferung der Ladung zum Versand und die Erfordernisse in bezug auf die Meldung verfügbarer Ladung.

(3) Soweit die folgenden Fragen in den Zuständigkeitsbereich einer Konferenz fallen, können sie auch Gegenstand von Konsultationen sein:

(a) Operation of cargo inspection services;

(b) Changes in the pattern of services;

(c) Effects of the introduction of new technology in the carriage of cargo, in particular unitization, with consequent reduction of conventional service or loss of direct services; and

(d) Adequacy and quality of shipping services, including the impact of pooling, berthing or sailing arrangements on the availability of shipping services and freight rates at which shipping services are provided; changes in the areas served and in the regularity of calls by conference vessels.

4. Consultations shall be held before final decisions are taken, unless otherwise provided in this Code. Advance notice shall be given of the intention to take decisions on matters referred to in article 11, paragraphs 2 and 3. Where this is impossible, urgent decisions may be taken pending the holding of consultations.

5. Consultations shall begin without undue delay and in any event within a maximum period specified in the conference agreement or, in the absence of such a provision in the agreement, not later than 30 days after receipt of the proposal for consultations, unless different periods of time are provided in this Code.

6. When holding consultations, the parties shall use their best efforts to provide relevant information, to hold timely discussions and to clarify matters for the purpose of seeking solutions of the issues concerned. The parties involved shall take account of each other's view and problems and strive to reach agreement consistent with their commercial viability.

a) Fonctionnement des services de contrôle des cargaisons;

b) Modification de la structure des services;

c) Effets de l'adoption de techniques nouvelles dans le transport des cargaisons, en particulier de l'unitarisation, avec la réduction des services habituels ou la suppression des services directs qui en résulte;

d) Adéquation et qualité des services de transport maritime, notamment effets des accords de pool, d'accostage ou de desserte sur l'offre de services de transport maritime et les taux de fret auxquels ces services sont assurés, modification des zones desservies et de la régularité de fréquentation des ports par les navires de la conférence.

4. Des consultations doivent avoir lieu avant l'adoption de décisions finales, à moins que le présent Code n'en dispose autrement. Préavis sera donné de l'intention de prendre des décisions sur des questions visées aux paragraphes 2 et 3 de l'article 11. S'il est impossible de donner un préavis, des décisions urgentes pourront être prises en attendant que des consultations aient lieu.

5. Les consultations commenceront sans retard injustifié et, en tout état de cause, dans un délai maximal fixé par l'accord de conférence ou, à défaut de dispositions dans l'accord, dans les 30 jours suivant la réception de la proposition de consultations, à moins que le présent Code ne stipule des délais différents.

6. Dans les consultations, les parties ne ménageront aucun effort pour apporter les renseignements appropriés, procéder à des échanges de vues en temps opportun et élucider les problèmes aux fins d'y chercher des solutions. Les parties en cause tiendront compte des avis et des difficultés les unes des autres et s'efforceront d'aboutir à un accord compatible avec leur viabilité commerciale.

a) Durchführung von Ladungsinspektionsdiensten;

b) Änderungen in der Struktur des Dienstes;

c) die Wirkung der Einführung neuer Techniken bei der Beförderung von Ladung, insbesondere der Schaffung von Einheitsladungen, und daraus folgende Verringerung des herkömmlichen Dienstes oder Verlust direkter Dienste und

d) Angemessenheit und Qualität der Schiffsdienste einschließlich der Auswirkungen von Pool-, Anlauf- oder Abfahrtsabmachungen auf die Verfügbarkeit von Schiffsdiensten und auf die Frachtraten, zu denen Schiffsdienste zur Verfügung gestellt werden; Änderungen der Fahrtgebiete und der Regelmäßigkeit des Anlaufens durch Konferenzschiffe.

(4) Die Konsultationen werden abgehalten, bevor endgültige Beschlüsse gefaßt werden, sofern nicht dieser Kodex etwas anderes vorsieht. Die Absicht, Beschlüsse über die in den Absätzen 2 und 3 genannten Fragen zu fassen, ist im voraus anzukündigen. Ist dies unmöglich, so können dringende Beschlüsse vor Abhaltung der Konsultationen gefaßt werden.

(5) Die Konsultationen beginnen ohne ungebührliche Verzögerung, auf jeden Fall innerhalb einer in dem Konferenzvertrag festgesetzten Höchstfrist oder, falls der Vertrag keine solche Bestimmung enthält, spätestens 30 Tage nach Eingang des Konsultationsvorschlags, sofern nicht in diesem Kodex andere Fristen bestimmt sind.

(6) In den Konsultationen bemühen sich die Parteien nach besten Kräften, die einschlägigen Informationen zur Verfügung zu stellen, rechtzeitig ihre Auffassungen auszutauschen und eine Klärung der Probleme zum Zweck ihrer Lösung durchzuführen. Die beteiligten Parteien berücksichtigen ihre gegenseitigen Ansichten und Probleme und bemühen sich, eine Einigung zu erzielen, die mit ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit vereinbar ist.

Chapter IV
Freight rates

Article 12
Criteria for freight-rate determination

In arriving at a decision on questions of tariff policy in all cases mentioned in this Code, the following points shall, unless otherwise provided, be taken into account:

(a) Freight rates shall be fixed at as low a level as is feasible from the com-

Chapitre IV
Taux de fret

Article 12
Critères à suivre pour la détermination des taux de fret

Pour décider des questions de politique à suivre en matière de barèmes dans tous les cas mentionnés dans le présent Code, il sera tenu compte, sauf disposition contraire, des critères ci-après:

a) Les taux de fret seront fixés au niveau le plus bas qui soit possible du point

Kapitel IV
Frachtraten

Artikel 12
Kriterien für die Bestimmung der Frachtraten

Bei der Herbeiführung eines Beschlusses über Fragen der Tarifpolitik in allen in diesem Kodex genannten Fällen werden, sofern nicht etwas anderes bestimmt ist, folgende Punkte berücksichtigt:

a) Die Frachtraten werden so niedrig festgesetzt, wie dies vom kaufmänni-

mercial point of view and shall permit a reasonable profit for shipowners;

(b) The cost of operations of conferences shall, as a rule, be evaluated for the round voyage of ships, with the outward and inward directions considered as a single whole. Where applicable, the outward and inward voyage should be considered separately. The freight rates should take into account, among other factors, the nature of cargoes, the interrelation between weight and cargo measurement, as well as the value of cargoes;

(c) In fixing promotional freight rates and/or special freight rates for specific goods, the conditions of trade for these goods of the countries served by the conference, particularly of developing and land-locked countries, shall be taken into account.

de vue commercial et permettront aux armateurs de réaliser un profit raisonnable;

b) Les frais d'exploitation des conférences seront, en règle générale, calculés pour le voyage aller et retour, le transport en sortie et en entrée étant considéré comme un tout. Quand il y a lieu, le transport en sortie et le transport en entrée devraient être considérés séparément. Les taux de fret devraient tenir compte, entre autres facteurs, de la nature des marchandises, du rapport entre leur poids et leur volume, ainsi que de leur valeur;

c) Dans la fixation de taux de fret promotionnels et/ou de taux de fret spéciaux pour certaines marchandises, les conditions du commerce de ces marchandises provenant des pays desservis par la conférence, en particulier des pays en voie de développement et des pays sans littoral, seront prises en considération.

schen Standpunkt aus möglich ist; sie müssen den Schiffseigentümern die Erzielung eines angemessenen Gewinns ermöglichen;

b) die Betriebskosten der Konferenzen werden in der Regel für die Rundreise der Schiffe berechnet, wobei die Hin- und die Rückfahrt als Ganzes betrachtet wird. Gegebenenfalls wird die Hin- und die Rückfahrt getrennt betrachtet. Die Frachtraten sollen unter anderem die Art der Ladungen, das Verhältnis zwischen Gewicht und Raummaß der Ladung sowie den Wert der Ladungen berücksichtigen;

c) bei der Festsetzung von Förderungsfrachtraten und/oder Sonderfrachtraten für bestimmte Güter werden die Bedingungen des Handels mit diesen Gütern in den von der Konferenz bedienten Ländern, insbesondere den Entwicklungs- und Binnenländern, berücksichtigt.

Article 13

Conference tariffs and classification of tariff rates

1. Conference tariffs shall not unfairly differentiate between shippers similarly situated. Shipping lines members of a conference shall adhere strictly to the rates, rules and terms shown in the tariffs and other currently valid published documents of the conference and to any special arrangements permitted under this Code.

2. Conference tariffs should be drawn up simply and clearly, containing as few classes/categories as possible, depending on the commodity and, where appropriate, for each class/category; they should also indicate, wherever practicable, in order to facilitate statistical compilation and analysis, the corresponding appropriate code number of the item in accordance with the Standard International Trade Classification, the Brussels Tariff Nomenclature or any other nomenclature that may be internationally adopted; the classification of commodities in the tariffs should, as far as practicable, be prepared in co-operation with shippers' organizations and other national and international organizations concerned.

Article 13

Barèmes des conférences et classement des barèmes

1. Les barèmes des conférences ne doivent pas faire de distinction indue entre chargeurs se trouvant dans une situation similaire. Les compagnies maritimes membres d'une conférence doivent respecter strictement les taux, règles et conditions énoncés dans leurs barèmes et dans les autres documents publiés par la conférence qui sont en cours de validité, ainsi que tous arrangements spéciaux admis par le présent Code.

2. Les barèmes des conférences devraient être rédigés de façon simple et claire, comprendre le moins de classes/catégories possibles, selon les exigences propres à un trafic, et spécifier un taux de fret pour chaque produit et, s'il y a lieu, pour chaque classe/catégorie; ils devraient aussi indiquer, dans la mesure possible, pour faciliter le rassemblement et l'analyse des statistiques, le numéro de la position correspondante du produit dans la Classification type pour le commerce international, dans la Nomenclature douanière de Bruxelles ou dans toute autre nomenclature qui serait adoptée au niveau international; le classement des produits dans les barèmes devrait, autant que possible, être établi en coopération avec les organisations de chargeurs et autres organisations nationales et internationales intéressées.

Artikel 13

Konferenztarife und Einstufung der Tarifraten

(1) Die Konferenztarife dürfen keinen unangemessenen Unterschied zwischen Verladern in ähnlicher Lage machen. Die einer Konferenz angehörenden Linienreedereien haben sich genau an die in den Tarifen und anderen jeweils gültigen veröffentlichten Dokumenten der Konferenz aufgeführten Raten, Regeln und Bedingungen sowie an alle aufgrund dieses Kodexes zulässigen Sonderabmachungen zu halten.

(2) Die Konferenztarife sollen einfach und klar abgefaßt sein und je nach den besonderen Erfordernissen eines Handels möglichst wenige Klassen/Kategorien enthalten; sie sollen eine Frachtrate für jede Warenart und gegebenenfalls für jede Klasse/Kategorie angeben; um die statistische Zusammenstellung und Auswertung zu erleichtern, sollen sie ferner nach Möglichkeit die entsprechende Codenummer der Position nach der Standardklassifikation für den internationalen Handel, der Brüsseler Zollnomenklatur oder einer anderen international anerkannten Nomenklatur angeben; die Einstufung der Warenarten in den Tarifen soll soweit wie möglich in Zusammenarbeit mit den Verladerorganisationen und anderen beteiligten nationalen und internationalen Organisationen ausgearbeitet werden.

Article 14

General freight-rate increases

1. A conference shall give notice of not less than 150 days, or according to regional practice and/or agreement, to shippers' organizations or representa-

Article 14

Augmentations générales des taux de fret

1. Par préavis donné 150 jours au moins d'avance, ou suivant la pratique régionale et/ou l'accord conclu, les conférences avisent les organisations de

Artikel 14

Allgemeine Frachtratenerhöhungen

(1) Eine Konferenz hat mindestens 150 Tage im voraus oder gemäß der regionalen Praxis und/oder Übereinkunft den Verladerorganisationen oder Verlader-

tives of shippers and/or shippers and, where so required, to appropriate authorities of the countries whose trade is served by the conference, of its intention to effect a general increase in freight rates, an indication of its extent, the date of effect and the reasons supporting the proposed increase.

2. At the request of any of the parties prescribed for this purpose in this Code, to be made within an agreed period of time after the receipt of the notice, consultations shall commence, in accordance with the relevant provisions of this Code, within a stipulated period not exceeding 30 days or as previously agreed between the parties concerned; the consultations shall be held in respect of the bases and amounts of the proposed increase and the date from which it is to be given effect.

3. A conference, in an effort to expedite consultations, may or upon the request of any of the parties prescribed in this Code as entitled to participate in consultations on general freight-rate increases shall, where practicable, reasonably before the consultations, submit to the participating parties a report from independent accountants of repute, including, where the requesting parties accept it as one of the bases of consultations, an aggregated analysis of data regarding relevant costs and revenues which in the opinion of the conference necessitate an increase in freight rates.

4. If agreement is reached as a result of the consultations, the freight-rate increase shall take effect from the date indicated in the notice served in accordance with article 14, paragraph 1, unless a later date is agreed upon between the parties concerned.

5. If no agreement is reached within 30 days of the giving of notice in accordance with article 14, paragraph 1, and subject to procedures prescribed in this Code, the matter shall be submitted immediately to international mandatory conciliation, in accordance with chapter VI. The recommendation of the conciliators, if accepted by the parties concerned, shall be binding upon them and shall be implemented, subject to the provisions of article 14, paragraph 9, with effect from the date mentioned in the conciliators' recommendation.

6. Subject to the provisions of article 14, paragraph 9, a general freight-rate increase may be implemented by a conference pending the conciliators' recommendation. When making their recommendation, the conciliators should take into account the extent of the abovementioned increase made by the conference and the period for which it has been

chargeurs ou les représentants des chargeurs et/ou les chargeurs et, quand elles en sont tenues, les autorités compétentes des pays desservis par la conférence, de leur intention d'appliquer une augmentation générale des taux de fret, en indiquant son ordre de grandeur, la date à laquelle elle prendra effet et les raisons qui la motivent.

2. A la demande de l'une quelconque des parties désignées à cette fin dans le présent Code, formulée dans un délai convenu après réception du préavis, des consultations s'ouvriront, conformément aux dispositions pertinentes dudit Code, dans un délai stipulé de 30 jours au plus ou dans le délai préalablement fixé par les parties en cause; les consultations porteront sur les motifs et le montant de l'augmentation envisagée et sur la date à laquelle elle prendra effet.

3. En vue d'accélérer les consultations, une conférence peut, ou, à la demande de l'une quelconque des parties que les dispositions du présent Code autorisent à participer à des consultations sur des augmentations générales des taux de fret, doit soumettre aux participants, si possible dans un délai raisonnable avant les consultations, un rapport de comptables indépendants éminents, y compris, si les parties auteurs de la demande acceptent d'en faire l'un des éléments de base des consultations, une analyse d'ensemble des données concernant les dépenses et les recettes pertinentes qui, de l'avis de la conférence, nécessitent une augmentation des taux de fret.

4. Si les consultations aboutissent à un accord, l'augmentation des taux de fret prend effet à compter de la date indiquée dans le préavis donné conformément au paragraphe 1 de l'article 14, à moins que les parties en cause ne conviennent d'une date ultérieure.

5. Si l'accord ne s'est pas fait dans les 30 jours qui suivent le préavis donné conformément au paragraphe 1 de l'article 14 et sous réserve des procédures prescrites dans le présent Code, la question sera soumise immédiatement à la conciliation obligatoire internationale conformément aux dispositions du chapitre VI. La recommandation des conciliateurs, si elle est acceptée par les parties en cause, sera obligatoire pour elles et elle sera appliquée, sous réserve des dispositions du paragraphe 9 de l'article 14, avec effet à compter de la date mentionnée dans la recommandation des conciliateurs.

6. Sous réserve des dispositions du paragraphe 9 de l'article 14, une conférence peut appliquer une augmentation générale des taux de fret en attendant la recommandation des conciliateurs. En formulant leur recommandation, les conciliateurs devraient tenir compte de l'ampleur de l'augmentation ainsi décidée par la conférence et de la période au

vertretern und/oder Verladern sowie auf Verlangen den zuständigen Behörden der Länder, deren Handel die Konferenz bedient, ihre Absicht anzukündigen, eine allgemeine Erhöhung der Frachtraten vorzunehmen, wobei das Ausmaß der Erhöhung, der Tag des Wirksamwerdens und die Gründe für die geplante Erhöhung anzugeben sind.

(2) Auf Antrag einer der hierzu in diesem Kodex bestimmten Parteien, der innerhalb einer vereinbarten Zeit nach Eingang der Ankündigung zu stellen ist, beginnen Konsultationen nach den einschlägigen Bestimmungen dieses Kodexes innerhalb einer festgesetzten Frist von höchstens 30 Tagen oder nach vorheriger Vereinbarung durch die beteiligten Parteien; die Konsultationen erstrekken sich auf Grundlagen und Betrag der geplanten Erhöhung und den Tag, von dem an sie wirksam werden soll.

(3) Zur Beschleunigung der Konsultationen kann eine Konferenz oder auf Antrag einer der Parteien, die nach diesem Kodex zur Teilnahme an den Konsultationen über allgemeine Frachtratenerhöhungen berechtigt sind, muß eine Konferenz – nach Möglichkeit rechtzeitig vor den Konsultationen – den teilnehmenden Parteien einen Bericht angesehener unabhängiger Rechnungsprüfer vorlegen, der auch eine Gesamtauswertung der Daten über die einschlägigen Kosten und Erlöse enthält, die nach Auffassung der Konferenz eine Erhöhung der Frachtraten erfordern, wenn die antragstellenden Parteien diese Analyse als eine der Grundlagen der Konsultationen anerkennen.

(4) Führen die Konsultationen zu einer Einigung, so wird die Erhöhung der Frachtraten mit dem Tag wirksam, der in der nach Absatz 1 vorgenommenen Ankündigung angegeben ist, sofern nicht zwischen den beteiligten Parteien ein späterer Tag vereinbart wird.

(5) Wird innerhalb von 30 Tagen nach der nach Absatz 1 vorgenommenen Ankündigung gemäß den in diesem Kodex vorgesehenen Verfahren keine Einigung erzielt, so wird die Frage umgehend der internationalen Zwangsschlichtung nach Kapitel VI unterworfen. Die Empfehlung der Schlichter ist, wenn sie von den beteiligten Parteien angenommen wird, für sie verbindlich und wird vorbehaltlich des Absatzes 9 mit Wirkung von dem in der Empfehlung der Schlichter angegebenen Tag an wirksam.

(6) Vorbehaltlich des Absatzes 9 kann eine allgemeine Erhöhung der Frachtraten von einer Konferenz vor der Abgabe der Empfehlung durch die Schlichter vorgenommen werden. Bei der Abgabe ihrer Empfehlung sollen die Schlichter das Ausmaß der genannten von der Konferenz vorgenommenen Erhöhung und die Zeit berücksichtigen, während der sie be-

in force. In the event that the conference rejects the recommendation of the conciliators, shippers and/or shippers' organization shall have the right to consider themselves not bound, after appropriate notice, by any arrangement or other contract with that conference which may prevent them from using non-conference shipping lines. Where a loyalty arrangement exists, shippers and/or shippers' organizations shall give notice within a period of 30 days to the effect that they no longer consider themselves bound by that arrangement, which notice shall apply from the date mentioned therein, and a period of not less than 30 days and not more than 90 days shall be provided in the loyalty arrangement for this purpose.

7. A deferred rebate which is due to the shipper and which has already been accumulated by the conference shall not be withheld by, or forfeited to, the conference as a result of action by the shipper under article 14, paragraph 6.

8. If the trade of a country carried by shipping lines members of a conference on a particular route consists largely of one or few basic commodities, any increase in the freight rate on one or more of those commodities shall be treated as a general freight-rate increase, and the appropriate provisions of this Code shall apply.

9. Conferences should institute any general freight-rate increase effective in accordance with this Code for a period of a stated minimum duration, subject always to the rules regarding surcharges and regarding adjustment in freight rates consequent upon fluctuations in foreign exchange rates. The period over which a general freight-rate increase is to apply is an appropriate matter to be considered during consultations conducted in accordance with article 14, paragraph 2, but unless otherwise agreed between the parties concerned during the consultations, the minimum period of time between the date when one general freight-rate increase becomes effective and the date of notice for the next general freight-rate increase given in accordance with article 14, paragraph 1 shall not be less than 10 months.

Article 15

Promotional freight rates

1. Promotional freight rates for non-traditional exports should be instituted by conferences.

2. All necessary and reasonable information justifying the need for a promotional freight rate shall be submitted to a conference by the shippers, shippers' organizations or representatives of shippers concerned.

cours de laquelle elle a été appliquée. Si la conférence rejette la recommandation des conciliateurs, les chargeurs et/ou les organisations de chargeurs ont le droit de se considérer comme non liés, après un préavis approprié, par tout arrangement ou autre contrat conclu avec cette conférence et de nature à les empêcher de recourir aux services de compagnies maritimes hors conférence. Quand il existe un accord de fidélité, les chargeurs et/ou les organisations de chargeurs notifieront dans les 30 jours qu'ils ne se considèrent plus comme liés par cet accord, la notification prenant effet à compter de la date qui y est mentionnée, et un délai de 30 jours au moins et de 90 jours au plus sera prévu à cet effet dans l'accord de fidélité.

7. Une ristourne qui est due au chargeur et dont le montant a déjà été accumulé par la conférence ne doit pas être retenue par la conférence ou abandonnée à son profit à la suite de décisions prises par le chargeur en application du paragraphe 6 de l'article 14.

8. Si le trafic d'un pays qui est assuré par des compagnies maritimes membres d'une conférence sur une ligne donnée consiste essentiellement en un seul ou en quelques produits principaux, toute augmentation des taux de fret pour un ou plusieurs de ces produits est considérée comme une augmentation générale des taux de fret et les dispositions pertinentes du présent Code sont applicables.

9. Les conférences devraient stipuler que toute augmentation générale des taux de fret devenue effective conformément au présent Code est applicable pendant une période minimale déterminée, compte tenu, dans tous les cas, des règles concernant les surtaxes et les ajustements de taux de fret consécutifs à des fluctuations des taux de change. La question de la durée d'application d'une augmentation générale des taux de fret peut être considérée au cours de consultations engagées conformément au paragraphe 2 de l'article 14, mais, à moins que les parties en cause n'en conviennent autrement au cours des consultations, il doit s'écouler 12 mois au moins entre la date à laquelle une augmentation générale des taux de fret devient effective et la date à laquelle préavis de l'augmentation générale des taux de fret suivante a été donné conformément au paragraphe 1 de l'article 14.

Article 15

Taux de fret promotionnels

1. Les conférences devraient instaurer des taux de fret promotionnels en faveur des exportations non traditionnelles.

2. Tous les renseignements nécessaires et normalement exigibles qui justifient l'application d'un taux de fret promotionnel seront fournis à la conférence par les chargeurs, organisations de chargeurs ou représentants de chargeurs intéressés.

reits in Kraft ist. Lehnt die Konferenz die Empfehlung der Schlichter ab, so haben die Verlader und/oder Verladerorganisationen das Recht, sich nach einer angemessenen Ankündigung durch eine Abmachung oder einen sonstigen Vertrag mit der Konferenz, die sie an der Benutzung von nicht der Konferenz angehörenden Linienreedereien hindern, nicht mehr als gebunden zu betrachten. Liegt eine Treueabmachung vor, so haben die Verlader und/oder Verladerorganisationen innerhalb von 30 Tagen anzuzeigen, daß sie sich durch diese Abmachung nicht mehr als gebunden betrachten; diese Anzeige gilt von dem darin angegebenen Tag an; dafür ist in der Treueabmachung ein Zeitabschnitt von mindestens 30 und höchstens 90 Tagen vorzusehen.

(7) Ein Zeitrabatt, der einem Verlader zusteht und der von der Konferenz bereits angesammelt wurde, wird von dieser als Folge des Vorgehens des Verladers nach Absatz 6 nicht zurückbehalten und fällt ihr nicht zu.

(8) Besteht der von einer Konferenz angehörenden Linienreedereien beförderte Handel eines Landes auf einer bestimmten Strecke weitgehend aus einer oder wenigen Hauptwarenarten, so wird eine Erhöhung der Frachtrate für eine oder mehrere dieser Warenarten als allgemeine Frachtratenerhöhung behandelt, und es finden die entsprechenden Bestimmungen dieses Kodexes Anwendung.

(9) Die Konferenzen sollen jede nach diesem Kodex wirksame allgemeine Frachtratenerhöhung für eine bestimmte Mindestdauer einführen, stets vorbehaltlich der Vorschriften über Zuschläge und über die Anpassung der Frachtraten nach Wechselkursschwankungen. Die Zeit, für die eine allgemeine Frachtratenerhöhung gelten soll, ist bei den nach Absatz 2 geführten Konsultationen zu erörtern; jedoch muß, sofern die beteiligten Parteien während der Konsultationen nichts anderes vereinbaren, die Mindestzeit zwischen dem Tag des Wirksamwerdens einer allgemeinen Frachtratenerhöhung und dem Tag der Ankündigung der nächsten allgemeinen Frachtratenerhöhung nach Absatz 1 mindestens 10 Monate betragen.

Artikel 15

Förderungsfrachtraten

(1) Die Konferenzen sollen für nichtherkömmliche Ausfuhren Förderungsfrachtraten einführen.

(2) Die beteiligten Verlader, Verladerorganisationen oder Verladervertreter legen einer Konferenz alle erforderlichen und angemessenen Angaben zur Begründung der Notwendigkeit einer Förderungsfrachtrate vor.

3. Special procedures shall be instituted providing for a decision within 30 days from the date of receipt of that information, unless mutually agreed otherwise, on applications for promotional freight rates. A clear distinction shall be made between these and general procedures for considering the possibility of reducing freight rates for other commodities or of exempting them from increases.

4. Information regarding the procedures for considering applications for promotional freight rates shall be made available by the conference to shippers and/or shippers' organizations and, on request, to the Governments and/or other appropriate authorities of the countries whose trade is served by the conference.

5. A promotional freight rate shall be established normally for a period of 12 months, unless otherwise mutually agreed between the parties concerned. Prior to the expiry of the period, the promotional freight rate shall be reviewed, on request by the shipper and/or shippers' organization concerned, when it shall be a matter for the shipper and/or shippers' organization, at the request of the conference, to show that the continuation of the rate is justified beyond the initial period.

6. When examining a request for a promotional freight rate, the conference may take into account that, while the rate should promote the export of the non-traditional product for which it is sought, it is not likely to create substantial competitive distortions in the export of a similar product from another country served by the conference.

7. Promotional freight rates are not excluded from the imposition of a surcharge or a currency adjustment factor in accordance with articles 16 and 17.

8. Each shipping line member of a conference serving the relevant ports of a conference trade shall accept, and not unreasonably refuse, a fair share of cargo for which a promotional freight rate has been established by the conference.

Article 16

Surcharges

1. Surcharges imposed by a conference to cover sudden or extraordinary increases in costs or losses of revenue shall be regarded as temporary. They shall be reduced in accordance with improvements in the situation or circumstances which they were imposed to meet and shall be cancelled, subject to article 16, paragraph 6, as soon as the situation or circumstances which prompted their

3. Il sera institué des procédures spéciales permettant de statuer sur les demandes de taux de fret promotionnels dans les 30 jours qui suivent la date de réception des renseignements, à moins que les parties n'en conviennent autrement. Ces procédures seront entièrement distinctes des procédures générales à suivre quand il s'agit d'examiner la possibilité de réduire les taux de fret pour d'autres produits ou de les exempter d'une augmentation des taux.

4. La conférence informera les chargeurs et/ou les organisations de chargeurs et, sur demande, les gouvernements et/ou les autres autorités compétentes des pays dont elle assure le trafic, des procédures suivies pour examiner les demandes de taux de fret promotionnels.

5. Les taux de fret promotionnels seront fixés normalement pour une période de 12 mois, à moins que les parties intéressées n'en conviennent autrement. Avant l'expiration de cette période, le taux de fret promotionnel sera revu à la demande du chargeur et/ou de l'organisation de chargeurs intéressée, et il appartiendra alors au chargeur et/ou à l'organisation de chargeurs de prouver, à la demande de la conférence, que le maintien du taux promotionnel au-delà de la période initiale est justifié.

6. Quand elle examine une demande de taux de fret promotionnel, la conférence peut tenir compte de ce que le taux, tout en favorisant l'exportation du produit non traditionnel pour lequel il est sollicité, n'est pas de nature à fausser notablement la concurrence avec les exportations d'un produit analogue en provenance d'un autre pays desservi par la conférence.

7. Les taux de fret promotionnels ne seront pas exempts de l'imposition d'une surtaxe ou d'un coefficient d'ajustement monétaire établis conformément aux articles 16 et 17.

8. Chaque compagnie maritime membre d'une conférence desservant les ports appropriés dans un trafic assuré par la conférence acceptera, et ne refusera pas sans raisons sérieuses, une part équitable des cargaisons pour lesquelles la conférence a fixé un taux de fret promotionnel.

Article 16

Surtaxes

1. Les surtaxes imposées par une conférence pour tenir compte d'augmentations subites ou extraordinaires des coûts ou de pertes de recettes seront réputées temporaires. Elles seront réduites en fonction des améliorations de la situation ou des circonstances auxquelles elles devaient remédier et seront supprimées, sous réserve des dispositions du paragraphe 6 de l'article 16, dès que la

(3) Es werden besondere Verfahren eingeführt, nach denen innerhalb von 30 Tagen nach Eingang dieser Angaben, sofern nicht etwas anderes vereinbart wurde, eine Entscheidung über Anträge auf Förderungsfrachtraten ergehen muß. Zwischen diesen Verfahren und allgemeinen Verfahren zur Prüfung der Möglichkeit der Herabsetzung der Frachtraten für andere Warenarten oder der Befreiung anderer Warenarten von Erhöhungen ist deutlich zu unterscheiden.

(4) Die Konferenz stellt den Verladern und/oder Verladerorganisationen sowie auf Verlangen den Regierungen und/oder zuständigen Behörden der Länder, deren Handel sie bedient, Informationen über die Verfahren zur Prüfung von Anträgen auf Förderungsfrachtraten zur Verfügung.

(5) Eine Förderungsfrachtrate wird in der Regel für einen Zeitabschnitt von 12 Monaten eingeführt, sofern nicht die beteiligten Parteien etwas anderes vereinbaren. Vor Ablauf dieser Zeit wird die Förderungsfrachtrate auf Verlangen des betreffenden Verladers und/oder der betreffenden Verladerorganisation überprüft; dabei obliegt es dem Verlader und/oder der Verladerorganisation, auf Verlangen der Konferenz darzulegen, daß die Weitergeltung der Rate über die ursprüngliche Zeit hinaus gerechtfertigt ist.

(6) Bei der Prüfung eines Antrags auf eine Förderungsfrachtrate kann die Konferenz berücksichtigen, daß die Rate zwar die Ausfuhr des nicht-herkömmlichen Erzeugnisses, für das sie beantragt wird, fördern soll, jedoch nicht dazu führen darf, erhebliche Wettbewerbsverzerrungen in der Ausfuhr eines ähnlichen Erzeugnisses aus einem anderen von der Konferenz bedienten Land hervorzurufen.

(7) Die Förderungsfrachtraten sind nicht von der Erhebung eines Zuschlags oder eines Währungsanpassungsfaktors nach den Artikeln 16 und 17 ausgenommen.

(8) Jede Linienreederei, die Mitglied einer Konferenz ist, welche die in Frage kommenden Häfen des Fahrtgebiets der Konferenz bedient, hat einen angemessenen Anteil von Ladung aufzunehmen, für welche die Konferenz eine Förderungsfrachtrate eingeführt hat, und darf dies nicht ohne stichhaltige Gründe ablehnen.

Artikel 16

Zuschläge

(1) Zuschläge, die von einer Konferenz zur Deckung plötzlicher oder außergewöhnlicher Kostenerhöhungen oder Erlösverluste erhoben werden, gelten als vorübergehend. Sie werden entsprechend der Verbesserung der Lage oder der Umstände, derentwegen sie eingeführt worden waren, herabgesetzt und vorbehaltlich des Absatzes 6 aufgehoben, sobald die Lage oder die Umstände,

imposition cease to prevail. This shall be indicated at the moment of their imposition, together, as far as possible, with a description of the change in the situation or circumstances which will bring about their increase, reduction or cancellation.

2. Surcharges imposed on cargo moving to or from a particular port shall likewise be regarded as temporary and likewise shall be increased, reduced or cancelled, subject to article 16, paragraph 6, when the situation in that port changes.

3. Before any surcharge is imposed, whether general or covering only a specific port, notice should be given and there shall be consultation, upon request, in accordance with the procedures of this Code, between the conference concerned and other parties directly affected by the surcharge and prescribed in this Code as entitled to participate in such consultations, save in those exceptional circumstances which warrant immediate imposition of the surcharge. In cases where a surcharge has been imposed without prior consultation, consultations, upon request, shall be held as soon as possible thereafter. Prior to such consultations, conferences shall furnish data which in their opinion justify the imposition of the surcharge.

4. Unless the parties agree otherwise, within a period of 15 days after the receipt of a notice given in accordance with article 16, paragraph 3, if there is no agreement on the question of the surcharge between the parties concerned referred to in that article, the relevant provisions for settlement of disputes provided in this Code shall prevail. Unless the parties concerned agree otherwise, the surcharge may, however, be imposed pending resolution of the dispute, if the dispute still remains unresolved at the end of a period of 30 days after the receipt of the abovementioned notice.

5. In the event of a surcharge being imposed, in exceptional circumstances, without prior consultation as provided in article 16, paragraph 3, if no agreement is reached through subsequent consultations, the relevant provisions for settlement of disputes provided in this Code shall prevail.

6. Financial loss incurred by the shipping lines members of a conference as a result of any delay on account of consultations and/or other proceedings for resolving disputes regarding imposition of surcharges in accordance with the provisions of this Code, as compared to the date from which the surcharge was to be imposed in terms of the notice given in accordance with article 16, paragraph 3,

situation ou les circonstances qui en ont motivé l'adoption auront disparu. Ces indications seront données au moment de l'imposition de la surtaxe, et il sera précisé en même temps, autant que possible, quel changement de situation ou de circonstances conduira à relever, à réduire ou à supprimer la surtaxe.

2. Les surtaxes imposées sur les cargaisons entrant dans un port déterminé ou en sortant seront de même réputées temporaires et seront de même augmentées, réduites ou annulées, sous réserve des dispositions du paragraphe 6 de l'article 16, quand les conditions dans ce port changeront.

3. Avant l'imposition d'une surtaxe, qu'elle soit générale ou ne vise qu'un port déterminé, préavis devrait en être donné et les consultations auront lieu sur demande, suivant les procédures prescrites dans le présent Code, entre la conférence intéressée et les autres parties directement touchées par la surtaxe et désignées dans le présent Code comme admises à participer à ces consultations, sauf si des circonstances exceptionnelles justifient l'imposition immédiate de la surtaxe. Si une surtaxe a été imposée sans consultation préalable, des consultations auront lieu sur demande le plus tôt possible après l'imposition de la surtaxe. Avant ces consultations, les conférences produiront les données qui, à leur avis, justifient l'imposition de la surtaxe.

4. A moins que les parties n'en conviennent autrement dans les 15 jours qui suivent la réception d'un préavis donné conformément au paragraphe 3 de l'article 16, s'il n'y a pas accord sur la question de la surtaxe entre les parties en cause visées dans ledit article, il serait fait application des dispositions pertinentes du présent Code relatives au règlement des différends. A moins que les parties intéressées n'en conviennent autrement, la surtaxe peut cependant être imposée en attendant le règlement du différend, si le différend n'est toujours pas réglé à la fin de la période de 30 jours qui suit la réception du préavis susmentionné.

5. Si une surtaxe est imposée dans des circonstances exceptionnelles sans qu'il y ait eu consultation préalable conformément au paragraphe 3 de l'article 16 et que l'accord ne se fasse pas au cours de consultations ultérieures, il sera fait application des dispositions pertinentes du présent Code relatives au règlement des différends.

6. Une perte financière subie par les compagnies maritimes membres d'une conférence en raison d'un retard découlant de consultations et/ou d'autres procédures destinées à régler les différends relatifs à l'imposition de surtaxes, conformément aux dispositions du présent Code, par rapport à la date à laquelle la surtaxe devait être imposée en vertu du préavis donné conformément au paragra-

die zu ihrer Erhebung führten, entfallen sind. Dies ist bei ihrer Erhebung anzugeben; ebenso ist nach Möglichkeit die Änderung der Lage oder der Umstände zu beschreiben, welche ihre Erhöhung, Herabsetzung oder Aufhebung zur Folge haben wird.

(2) Zuschläge, die für nach oder von einem bestimmten Hafen beförderte Ladung erhoben werden, gelten ebenfalls als vorübergehend und werden ebenfalls vorbehaltlich des Absatzes 6 erhöht, herabgesetzt oder aufgehoben, wenn sich die Lage in dem betreffenden Hafen ändert.

(3) Bevor ein Zuschlag erhoben wird, gleichviel ob er allgemein oder nur für einen bestimmten Hafen gilt, soll dies angekündigt werden, und es finden auf Verlangen Konsultationen nach den Verfahren dieses Kodexes zwischen der betreffenden Konferenz und anderen unmittelbar von dem Zuschlag berührten Parteien statt, die nach diesem Kodex zur Teilnahme an den Konsultationen berechtigt sind, es sei denn, daß außergewöhnliche Umstände eine sofortige Erhebung des Zuschlags erfordern. Ist ein Zuschlag ohne vorherige Konsultation erhoben worden, so finden auf Verlangen so bald wie möglich danach Konsultationen statt. Vor diesen Konsultationen stellen die Konferenzen die Unterlagen zur Verfügung, die nach ihrer Auffassung die Erhebung des Zuschlags rechtfertigen.

(4) Sofern nicht die Parteien innerhalb von 15 Tagen nach Eingang einer nach Absatz 3 gemachten Ankündigung etwas anderes vereinbaren, finden, sofern zwischen den in jenem Absatz bezeichneten beteiligten Parteien keine Einigung über die Frage des Zuschlags erzielt wird, die in diesem Kodex vorgesehenen einschlägigen Bestimmungen über die Beilegung von Streitigkeiten Anwendung. Sofern nicht die beteiligten Parteien etwas anderes vereinbaren, kann der Zuschlag jedoch vor Beilegung der Streitigkeit erhoben werden, sofern diese nach Ablauf von 30 Tagen nach Eingang der genannten Ankündigung noch nicht beigelegt ist.

(5) Wird ein Zuschlag unter außergewöhnlichen Umständen ohne vorherige Konsultation nach Absatz 3 erhoben, so finden, wenn keine Einigung durch nachfolgende Konsultationen erzielt wird, die in diesem Kodex vorgesehenen einschlägigen Bestimmungen über die Beilegung von Streitigkeiten Anwendung.

(6) Finanzielle Verluste, die den einer Konferenz angehörenden Linienreedereien durch eine Verzögerung infolge von Konsultationen und/oder anderen Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten über die Erhebung von Zuschlägen nach diesem Kodex gegenüber dem Tag entstehen, von dem an der Zuschlag nach der gemäß Absatz 3 vorgenommenen Ankündigung erhoben werden soll, können

may be compensated by an equivalent prolongation of the surcharge before its removal. Conversely, for any surcharge imposed by the conference and subsequently determined and agreed to be unjustified or excessive as a result of consultations or other procedures prescribed in this Code, the amounts so collected or the excess thereof as determined hereinabove, unless otherwise agreed, shall be refunded to the parties concerned, if claimed by them, within a period of 30 days of such claim.

phe 3 de l'article 16, peut être compensée par une prolongation équivalente de la durée d'application de la surtaxe avant sa suppression. Inversement, dans le cas d'une surtaxe imposée par la conférence et ultérieurement réputée et reconnue injustifiée ou excessive à la suite de consultations ou d'autres procédures prescrites dans le présent Code, les sommes ainsi perçues ou la fraction ainsi réputée excessive sont, sauf accord contraire, remboursées aux parties intéressées, si celles-ci le demandent, dans les 30 jours qui suivent leur demande.

durch eine entsprechende Verlängerung der Zeit, während der der Zuschlag erhoben wird, ausgeglichen werden. Umgekehrt werden für jeden durch die Konferenz erhobenen Zuschlag, der später infolge der Konsultationen oder sonstigen in diesem Kodex vorgeschriebenen Verfahren als ungerechtfertigt oder überhöht festgestellt und anerkannt wird, die dabei eingezogenen Beträge oder die sich nach dieser Feststellung ergebenden Überschußbeträge den beteiligten Parteien auf Antrag innerhalb von 30 Tagen nach diesem Antrag zurückgezahlt, sofern nicht etwas anderes vereinbart wird.

Article 17

Currency changes

1. Exchange rate changes, including formal devaluation or revaluation, which lead to changes in the aggregate operational costs and/or revenues of the shipping lines members of a conference relating to their operations within the conference provide a valid reason for the introduction of a currency adjustment factor or for a change in the freight rates. The adjustment or change shall be such that in the aggregate the member lines concerned neither gain nor lose, as far as possible, as a result of the adjustment or change. The adjustment or change may take the form of currency surcharges or discounts or of increases or decreases in the freight rates.

2. Such adjustments or changes shall be subject to notice, which should be arranged in accordance with regional practice, where such practice exists, and there shall be consultations in accordance with the provisions of this Code between the conference concerned and the other parties directly affected and prescribed in this Code as entitled to participate in consultations, save in those exceptional circumstances which warrant immediate imposition of the currency adjustment factor or freight-rate change. In the event that this has been done without prior consultations, consultations shall be held as soon as possible thereafter. The consultations should be on the application, size and date of implementation of the currency adjustment factor or freight-rate change, and the same procedures shall be followed for this purpose as are prescribed in article 16, paragraphs 4 and 5, in respect of surcharges. Such consultations should take place and be completed within a period not exceeding 15 days from the date when the intention to apply a currency surcharge or to effect a freight-rate change is announced.

3. If no agreement is reached within 15 days through consultations, the relevant

Article 17

Modifications des parités monétaires

1. Les modifications des parités monétaires, y compris la dévaluation ou la réévaluation officielle, quand elles entraînent des modifications dans les coûts et/ou recettes d'exploitation globaux des compagnies maritimes membres d'une conférence se rapportant à leurs opérations dans le cadre de la conférence, sont une raison valable pour appliquer un coefficient d'ajustement monétaire ou modifier les taux de fret. Les ajustements ou les modifications seront tels que, tout compte fait, ils n'entraînent, autant que possible, ni gain ni perte pour les compagnies membres. Ils peuvent prendre la forme de surcotes ou de décotes, ou de relèvements ou d'abaissements des taux de fret.

2. Ces ajustements ou modifications s'entendent sous réserve d'un préavis, qui devra être donné conformément à la pratique régionale, quand il en existe une, et des consultations auront lieu, conformément aux dispositions du présent Code, entre la conférence intéressée et les autres parties directement en cause et désignées dans le présent Code comme admises à participer à des consultations, sauf si des circonstances exceptionnelles justifient l'imposition immédiate du coefficient d'ajustement monétaire ou d'une modification des taux de fret. S'il y a eu ajustement ou modification sans consultation préalable, des consultations auront lieu le plus tôt possible par la suite. Les consultations devraient porter sur l'application, le montant et la date d'entrée en vigueur du coefficient d'ajustement monétaire ou de la modification des taux de fret, et les procédures à suivre seront les mêmes que celles qui sont stipulées aux paragraphes 4 et 5 de l'article 16 concernant les surtaxes. Ces consultations devraient avoir lieu et être terminées dans un délai ne dépassant pas 15 jours à compter de la date à laquelle l'intention d'appliquer une surcote ou d'effectuer une modification des taux de fret est annoncée.

3. Si l'accord n'intervient pas dans les 15 jours, par voie de consultations, il sera

Artikel 17

Währungsänderungen

(1) Wechselkursänderungen einschließlich amtlicher Ab- und Aufwertungen, die zu Änderungen der gesamten Betriebskosten und/oder Erlöse der einer Konferenz angehörenden Linienreedereien in bezug auf ihre Geschäfte innerhalb der Konferenz führen, stellen einen stichhaltigen Grund für die Einführung eines Währungsanpassungsfaktors oder für eine Änderung der Frachtraten dar. Die Anpassung oder Änderung muß so beschaffen sein, daß die betreffenden Mitgliedreedereien dadurch nach Möglichkeit weder Gewinne erzielen noch Verluste erleiden. Die Anpassung oder Änderung kann in Form von Währungszuschlägen oder -abschlägen oder von Erhöhungen oder Herabsetzungen der Frachtraten erfolgen.

(2) Diese Anpassungen oder Änderungen bedürfen der Ankündigung, die nach der regionalen Praxis erfolgen soll, wenn eine solche besteht; zwischen der betreffenden Konferenz und den anderen unmittelbar betroffenen Parteien, die nach diesem Kodex zur Teilnahme an Konsultationen berechtigt sind, finden Konsultationen nach diesem Kodex statt, es sei denn, daß außergewöhnliche Umstände eine sofortige Einführung des Währungsanpassungsfaktors oder der Frachtratenänderung rechtfertigen. Ist dies ohne vorherige Konsultation geschehen, so finden die Konsultationen so bald wie möglich danach statt. Die Konsultationen sollen sich auf die Anwendung, den Umfang und den Zeitpunkt der Einführung des Währungsanpassungsfaktors oder der Frachtratenänderung erstrecken, und es gelten dafür dieselben Verfahren, die in Artikel 16 Absätze 4 und 5 für Zuschläge vorgeschrieben sind. Diese Konsultationen sollen innerhalb von höchstens 15 Tagen nach dem Tag, an dem die Absicht zur Einführung eines Währungszuschlags oder zur Durchführung einer Frachtratenänderung angekündigt wird, stattfinden und abgeschlossen werden.

(3) Wird innerhalb von 15 Tagen durch die Konsultationen keine Einigung erzielt,

provisions for settlement of disputes provided in this Code shall prevail.

4. The provisions of article 16, paragraph 6 shall apply, adapted as necessary to currency adjustment factors and freight-rate changes dealt with in the present article.

fait application des dispositions pertinentes du présent Code relatives au règlement des différends.

4. Les dispositions du paragraphe 6 de l'article 16 s'appliquent, adaptées selon les besoins, aux coefficients d'ajustement monétaire et aux modifications des taux de fret dont il est question dans le présent article.

so finden die in diesem Kodex vorgesehenen einschlägigen Bestimmungen über die Beilegung von Streitigkeiten Anwendung.

(4) Artikel 16 Absatz 6 gilt sinngemäß für Währungsanpassungsfaktoren und Frachtratenänderungen nach dem vorliegenden Artikel.

Chapter V
Other matters

Article 18
Fighting ships

Members of a conference shall not use fighting ships in the conference trade for the purpose of excluding, preventing or reducing competition by driving a shipping line not a member of the conference out of the said trade.

Article 19
Adequacy of service

1. Conferences should take necessary and appropriate measures to ensure that their member lines provide regular, adequate and efficient service of the required frequency on the routes they serve and shall arrange such services so as to avoid as far as possible bunching and gapping of sailings. Conferences should also take into consideration any special measures necessary in arranging services to handle seasonal variations in cargo volumes.

2. Conferences and other parties prescribed in this Code as entitled to participate in consultations, including appropriate authorities if they so desire, should keep under review, and should maintain close co-operation regarding the demand for shipping space, the adequacy and suitability of service, and in particular the possibilities for rationalization and for increasing the efficiency of services. Benefits identified as accruing from rationalization of services shall be fairly reflected in the level of freight rates.

3. In respect of any port for which conference services are supplied only subject to the availability of a specified minimum of cargo, that minimum shall be specified in the tariff. Shippers should give adequate notice of the availability of such cargo.

Chapitre V
Questions diverses

Article 18
Navires d'attaque

Les membres d'une conférence n'utiliseront pas de navires d'attaque, dans son trafic, pour supprimer, empêcher ou réduire la concurrence en forçant une compagnie maritime non membre de la conférence à se retirer dudit trafic.

Article 19
Adéquation des services

1. Les conférences devraient prendre les mesures nécessaires et appropriées pour que les compagnies membres assurent des services réguliers, suffisants et efficaces, aussi fréquents que l'exige le trafic qu'elles desservent, et règlent ces services de manière à éviter, autant que possible, des voyages trop rapprochés ou trop espacés. Les conférences devraient aussi étudier les mesures spéciales qui pourraient être nécessaires pour organiser les services de manière à faire face aux variations saisonnières dans le volume des cargaisons.

2. Les conférences et les autres parties désignées dans le présent Code comme admises à participer aux consultations, y compris les autorités compétentes si elles le désirent, devraient suivre de près la demande de tonnage, l'adéquation et le caractère approprié des services et, en particulier, les possibilités de les rationaliser et d'en accroître l'efficacité, et assurer entre elles une coopération étroite à ces égards. Les avantages découlant manifestement d'une rationalisation des services seront dûment répercutés sur le niveau des taux de fret.

3. Dans les ports qui ne sont desservis par les conférences que si la cargaison atteint un minimum spécifié, ledit minimum sera indiqué dans le barème. Les chargeurs devraient notifier en temps voulu l'existence d'une telle cargaison.

Kapitel V
Sonstige Fragen

Artikel 18
Kampfschiffe

Die Mitglieder einer Konferenz dürfen im Fahrtgebiet der Konferenz keine Kampfschiffe für den Zweck einsetzen, den Wettbewerb durch Vertreibung einer nicht der Konferenz angehörenden Linienreederei aus diesem Gebiet auszuschließen, zu verhindern oder einzuschränken.

Artikel 19
Angemessenheit des Dienstes

(1) Die Konferenzen sollen die notwendigen und geeigneten Maßnahmen treffen, damit ihre Mitgliedreedereien einen regelmäßigen, angemessenen und leistungsfähigen Dienst mit der erforderlichen Häufigkeit auf den von ihnen bedienten Strecken zur Verfügung stellen, und diese Dienste so einrichten, daß die Abstände zwischen den Abfahrten nach Möglichkeit weder zu klein noch zu groß sind. Die Konferenzen sollen ferner alle erforderlichen Sondermaßnahmen bei der Einrichtung der Dienste treffen, um jahreszeitliche Schwankungen im Ladungsaufkommen zu bewältigen.

(2) Die Konferenzen und die anderen nach diesem Kodex zur Teilnahme an Konsultationen berechtigten Parteien einschließlich der zuständigen Behörden, wenn sie dies wünschen, sollen die Nachfrage nach Schiffsraum, die Angemessenheit und Eignung des Dienstes und insbesondere die Möglichkeiten der Rationalisierung und der Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Dienste überwachen und dabei eng zusammenarbeiten. Vorteile, die sich aus der Rationalisierung der Dienste ergeben, müssen in der Höhe der Frachtraten einen angemessenen Niederschlag finden.

(3) Für einen Hafen, für den Konferenzdienste nur bei Vorhandensein eines festgesetzten Mindestaufkommens an Ladung zur Verfügung gestellt werden, wird dieses Mindestaufkommen im Tarif festgesetzt. Die Verlader sollen das Vorhandensein solcher Ladung rechtzeitig melden.

Article 20

Head office of a conference

A conference shall as a rule establish its head office in a country whose trade is served by that conference, unless agreed otherwise by the shipping lines members of that conference.

Article 20

Siège de la conférence

En règle générale, la conférence aura son siège dans un pays dont elle assure le trafic, à moins que les compagnies maritimes membres de la conférence n'en conviennent autrement.

Artikel 20

Hauptbüro einer Konferenz

Eine Konferenz muß in der Regel ihr Hauptbüro in einem Land einrichten, dessen Handel von der Konferenz bedient wird, sofern nicht die der Konferenz angehörenden Linienreedereien etwas anderes vereinbaren.

Article 21

Representation

Conferences shall establish local representation in all countries served, except that where there are practical reasons to the contrary the representation may be on a regional basis. The names and addresses of representatives shall be readily available, and these representatives shall ensure that the views of shippers and conferences are made rapidly known to each other with a view to expediting prompt decisions. When a conference considers it suitable, it shall provide for adequate delegation of powers of decision to its representatives.

Article 21

Représentation

Les conférences instituent une représentation locale dans tous les pays dont elles assurent le trafic, mais, si des raisons pratiques s'y opposent, la représentation pourra se faire au niveau régional. Le nom et l'adresse des représentants devront être faciles à obtenir et ces représentants devront veiller à ce que chargeurs et conférences soient rapidement informés de leurs vues respectives, de façon à accélérer l'adoption de décisions. Quand elle l'estimera utile, la conférence déléguera des pouvoirs de décision suffisants à ses représentants.

Artikel 21

Vertretung

Die Konferenzen richten in allen bedienten Ländern örtliche Vertretungen ein; jedoch kann aus entgegenstehenden praktischen Gründen die Vertretung auf regionaler Grundlage eingerichtet werden. Die Namen und Anschriften der Vertreter müssen ohne weiteres zugänglich sein, und diese Vertreter müssen gewährleisten, daß die Ansichten der Verlader und der Konferenzen rasch ausgetauscht werden, um die Beschlußfassung zu beschleunigen. Hält eine Konferenz dies für zweckmäßig, so sorgt sie für eine angemessene Übertragung von Beschlußvollmachten auf ihre Vertreter.

Article 22

Contents of conference agreements, trade participation agreements and loyalty arrangements

Conference agreements, trade participation agreements and loyalty arrangements shall conform to the applicable requirements of this Code and may include such other provisions as may be agreed which are not inconsistent with this Code.

Article 22

Contenu des accords de conférence, des accords de participation au trafic et des accords de fidélité

Les accords de conférence, les accords de participation au trafic et les accords de fidélité doivent être conformes aux dispositions pertinentes du présent Code et peuvent comprendre toutes autres dispositions dont il pourrait être convenu et qui ne soient pas incompatibles avec ledit code.

Artikel 22

Inhalt der Konferenzverträge, Verkehrsbeteiligungsvereinbarungen und Treueabmachungen

Die Konferenzverträge, Verkehrsbeteiligungsvereinbarungen und Treueabmachungen müssen den einschlägigen Anforderungen dieses Kodexes entsprechen und können alle sonstigen vereinbarten Bestimmungen enthalten, soweit sie mit dem Kodex vereinbar sind.

Part two

Chapter VI

Provisions and Machinery for Settlement of Disputes

A. General provisions

Article 23

1. The provisions of this chapter shall apply whenever there is a dispute relating to the application or operation of the provisions of this Code between the following parties:

(a) A conference and a shipping line;

(b) The shipping lines members of a conference;

(c) A conference or a shipping line member thereof and a shippers' organization or representatives of shippers or shippers; and

(d) Two or more conferences.

Deuxième partie

Chapitre VI

Dispositions et mécanisme en vue du règlement des différends

A. Dispositions générales

Article 23

1. Les dispositions du présent chapitre s'appliquent dans le cas d'un différend relatif à l'application ou à la mise en œuvre des dispositions du présent Code entre les parties ci-après:

a) Une conférence et une compagnie maritime;

b) Les compagnies maritimes membres d'une conférence;

c) Une conférence ou une compagnie maritime membre d'une conférence et une organisation de chargeurs ou des représentants de chargeurs ou des chargeurs;

d) Deux ou plusieurs conférences.

Teil zwei

Kapitel VI

Bestimmungen und Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten

A. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 23

(1) Dieses Kapitel findet Anwendung, sobald eine Streitigkeit über die Anwendung oder Durchführung dieses Kodexes zwischen folgenden Parteien entsteht:

a) einer Konferenz und einer Linienreederei;

b) den einer Konferenz angehörenden Linienreedereien;

c) einer Konferenz oder einer ihr angehörenden Linienreederei und einer Verladerorganisation, Verladervertretern oder Verladern sowie

d) zwei oder mehr Konferenzen.

For the purposes of this chapter the term "party" means the original parties to the dispute as well as third parties which have joined the proceedings in accordance with (a) of article 34.

2. Disputes between shipping lines of the same flag, as well as those between organizations belonging to the same country, shall be settled within the framework of the national jurisdiction of that country, unless this creates serious difficulties in the fulfilment of the provisions of this Code.

3. The parties to a dispute shall first attempt to settle it by an exchange of views or direct negotiations with the intention of finding a mutually satisfactory solution.

4. Disputes between the parties referred to in article 23, paragraph 1 relating to:

(a) Refusal of admission of a national shipping line to a conference serving the foreign trade of the country of that shipping line;

(b) Refusal of admission of a third-country shipping line to a conference;

(c) Expulsion from a conference;

(d) Inconsistency of a conference agreement with this Code;

(e) A general freight-rate increase;

(f) Surcharges;

(g) Changes in freight rates or the imposition of a currency adjustment factor due to exchange rate changes;

(h) Participation in trade; and

(i) The form and terms of proposed loyalty arrangements

which have not been resolved through an exchange of views of direct negotiations shall, at the request of any of the parties to the dispute, be referred to international mandatory conciliation in accordance with the provisions of this chapter.

Article 24

1. The conciliation procedure is initiated at the request of one of the parties to the dispute.

2. The request shall be made:

(a) In disputes relating to membership of conferences: not later than 60 days from the date of receipt by the applicant of the conference decision, including the reasons therefor, in accordance with article 1, paragraph 4 and article 4, paragraph 3;

(b) In disputes relating to general freight-rate increases: not later than the date of expiry of the period of notice specified in article 14, paragraph 1;

Aux fins du présent chapitre, le terme «partie» désigne les parties initiales au différend ainsi que les tierces qui se sont jointes à l'instance conformément à l'alinéa a de l'article 34.

2. Les différends entre compagnies maritimes battant le même pavillon, ainsi qu'entre organisations appartenant au même pays, seront réglés dans le cadre de la juridiction nationale de ce pays, à moins qu'il n'en résulte de sérieuses difficultés dans l'application des dispositions du présent Code.

3. Les parties à un différend s'efforcent d'abord de le régler par un échange de vues ou par des négociations directes dans l'intention de trouver une solution mutuellement satisfaisante.

4. Les différends entre les parties visées au paragraphe 1 de l'article 23 et relatifs:

a) Au refus d'admission d'une compagnie maritime nationale à une conférence assurant le trafic extérieur du pays de cette compagnie maritime;

b) Au refus d'admission à une conférence d'une compagnie maritime d'un pays tiers;

c) A l'expulsion d'une conférence;

d) A l'incompatibilité d'un accord de conférence avec le présent Code;

e) A une augmentation générale des taux de fret;

f) Aux surtaxes;

g) Aux modifications des taux de fret, ou à l'imposition d'un coefficient d'ajustement monétaire par suite de modifications des parités;

h) A la participation au trafic;

i) Au type et à la teneur d'accords de fidélité envisagés,

qui n'ont pas été réglés par un échange de vues ou par des négociations directes sont, à la demande de l'une quelconque des parties au différend, soumis à la conciliation obligatoire internationale conformément aux dispositions du présent chapitre.

Article 24

1. L'instance en conciliation est introduite à la demande de l'une des parties au différend.

2. La demande est faite:

a) Pour les différends relatifs à la participation à une conférence: au plus tard 60 jours à compter de la date à laquelle le postulant a reçu la décision motivée de la conférence, conformément au paragraphe 4 de l'article premier et au paragraphe 3 de l'article 4;

b) Pour les différends relatifs à une augmentation générale des taux de fret: au plus tard à la date d'expiration du préavis spécifié au paragraphe 1 de l'article 14;

Im Sinne dieses Kapitels bezeichnet der Ausdruck „Partei" die ursprünglichen Parteien der Streitigkeit sowie Dritte, die dem Verfahren nach Artikel 34 Buchstabe a beigetreten sind.

(2) Streitigkeiten zwischen Linienreedereien derselben Flagge sowie zwischen Organisationen desselben Landes werden im Rahmen der innerstaatlichen Zuständigkeit dieses Landes beigelegt, sofern dies nicht ernsthafte Schwierigkeiten bei der Anwendung dieses Kodexes mit sich bringt.

(3) Die Streitparteien versuchen zunächst, die Streitigkeit durch einen Meinungsaustausch oder unmittelbare Verhandlungen mit dem Ziel beizulegen, eine beiderseitig zufriedenstellende Lösung zu finden.

(4) Streitigkeiten zwischen den in Absatz 1 genannten Parteien über

a) die Ablehnung der Aufnahme einer nationalen Linienreederei in eine Konferenz, die den Außenhandel des Landes dieser Linienreederei bedient;

b) die Ablehnung der Aufnahme einer Drittland-Linienreederei in eine Konferenz;

c) den Ausschluß aus einer Konferenz;

d) die Unvereinbarkeit eines Konferenzvertrags mit diesem Kodex;

e) eine allgemeine Frachtratenerhöhung;

f) Zuschläge;

g) Änderungen der Frachtraten oder die Einführung eines Währungsanpassungsfaktors wegen Wechselkursänderungen;

h) die Beteiligung am Verkehr und

i) Form und Bedingungen geplanter Treueabmachungen,

die nicht durch einen Meinungsaustausch oder unmittelbare Verhandlungen beigelegt worden sind, werden auf Antrag einer Streitpartei einer internationalen Zwangsschlichtung nach diesem Kapitel unterworfen.

Artikel 24

(1) Das Schlichtungsverfahren wird auf Antrag einer der Streitparteien eingeleitet.

(2) Der Antrag wird gestellt

a) bei Streitigkeiten über die Mitgliedschaft in Konferenzen: spätestens 60 Tage nach Eingang des Konferenzbeschlusses einschließlich Begründung nach Artikel 1 Absatz 4 und Artikel 4 Absatz 3 bei dem Bewerber;

b) bei Streitigkeiten über allgemeine Frachtratenerhöhungen: spätestens mit Ablauf der in Artikel 14 Absatz 1 festgesetzten Ankündigungsfrist;

(c) In disputes relating to surcharges: not later than the date of expiry of the 30-day period specified in article 16, paragraph 4 or, where no notice has been given, not later than 15 days from the date when the surcharge was put into effect; and

(d) In disputes relating to changes in freight rates or the imposition of a currency adjustment factor due to exchange rate changes: not later than five days after the date of expiry of the period specified in article 17, paragraph 3.

3. The provisions of article 24, paragraph 2 shall not apply to a dispute which is referred to international mandatory conciliation in accordance with article 25, paragraph 3.

4. Requests for conciliation in disputes other than those referred to in article 24, paragraph 2, may be made at any time.

5. The time-limits specified in article 24, paragraph 2 may be extended by agreement between the parties.

6. A request for conciliation shall be considered to have been duly made if it is proved that the request has been sent to the other party by registered letter, telegram or teleprinter or has been served on it within the time-limits specified in article 24, paragraphs 2 or 5.

7. Where no request has been made within the time-limits specified in article 24, paragraphs 2 or 5, the decision of the conference shall be final and no proceedings under this chapter may be brought by any party to the dispute to challenge that decision.

c) Pour les différends relatifs aux surtaxes: au plus tard à la date d'expiration de la période de 30 jours spécifiée au paragraphe 4 de l'article 16 ou, si aucun préavis n'a été donné, au plus tard 15 jours à compter de la date à laquelle la surtaxe est entrée en vigueur;

d) Pour les différends relatifs à des modifications des taux de fret ou à l'imposition d'un coefficient d'ajustement monétaire par suite de modifications des parités: au plus tard cinq jours après la date d'expiration de la période spécifiée au paragraphe 3 de l'article 17.

3. Les dispositions du paragraphe 2 de l'article 24 ne s'appliquent pas à un différend soumis à la conciliation obligatoire internationale conformément au paragraphe 3 de l'article 25.

4. Des demandes de conciliation peuvent être présentées à tout moment pour les différends autres que ceux dont il est question au paragraphe 2 de l'article 24.

5. Les délais spécifiés au paragraphe 2 de l'article 24 peuvent être prolongés par entente entre les parties.

6. Une demande de conciliation sera réputée avoir été dûment faite s'il est prouvé qu'elle a été adressée à l'autre partie par lettre recommandée, télégramme ou téléimprimeur ou qu'elle lui a été signifiée dans les délais spécifiés aux paragraphes 2 ou 5 de l'article 24.

7. Si aucune demande n'a été faite dans les délais spécifiés aux paragraphes 2 ou 5 de l'article 24, la décision de la conférence sera définitive et aucune partie au différend ne pourra introduire d'instance en invoquant les dispositions du présent chapitre à l'encontre de cette décision.

c) bei Streitigkeiten über Zuschläge: spätestens mit Ablauf der in Artikel 16 Absatz 4 festgesetzten 30-Tage-Frist oder, wenn keine Ankündigung erfolgte, spätestens 15 Tage nach dem Tag, an dem der Zuschlag wirksam wurde, sowie

d) bei Streitigkeiten über Änderungen der Frachtraten oder die Einführung eines Währungsanpassungsfaktors wegen Wechselkursänderungen: spätestens fünf Tage nach Ablauf der in Artikel 17 Absatz 3 festgesetzten Frist.

(3) Absatz 2 gilt nicht für eine Streitigkeit, die der internationalen Zwangsschlichtung nach Artikel 25 Absatz 3 unterworfen wurde.

(4) Anträge auf Schlichtung bei anderen als den in Absatz 2 genannten Streitigkeiten können jederzeit gestellt werden.

(5) Die in Absatz 2 festgesetzten Fristen können im Einvernehmen zwischen den Parteien verlängert werden.

(6) Ein Schlichtungsantrag gilt als ordnungsgemäß gestellt, wenn bewiesen wird, daß er der anderen Partei durch eingeschriebenen Brief, Telegramm oder Fernschreiben übermittelt oder innerhalb der in Absatz 2 oder 5 festgesetzten Fristen zugestellt worden ist.

(7) Ist innerhalb der in Absatz 2 oder 5 festgesetzten Fristen kein Antrag gestellt worden, so ist der Beschluß der Konferenz endgültig und keine Streitpartei kann ein Verfahren aufgrund dieses Kapitels gegen den Beschluß einleiten.

Article 25

1. Where the parties have agreed that disputes referred to in article 23, paragraph 4 (a), (b), (c), (d), (h) and (i) shall be resolved through procedures other than those established in that article, or agree on procedures to resolve a particular dispute that has arisen between them, such disputes shall, at the request of any of the parties to the dispute, be resolved as provided for in their agreement.

2. The provisions of article 25, paragraph 1 apply also to the disputes referred to in article 23, paragraph 4 (e), (f) and (g), unless national legislation, rules or regulations prevent shippers from having this freedom of choice.

3. Where conciliation proceedings have been initiated, such proceedings shall have precedence over remedies available under national law. If a party seeks remedies under national law in respect of a dispute to which this chapter applies

Article 25

1. Si les parties sont convenues que les différends visés aux alinéas a, b, c, d, h et i du paragraphe 4 de l'article 23 seront réglés suivant des procédures autres que celles qui sont définies dans ledit article ou conviennent de procédures pour régler un différend particulier né entre elles, ces différends sont réglés, à la demande de l'une quelconque des parties au différend, conformément à leur convention.

2. Les dispositions du paragraphe 1 de l'article 25 s'appliquent aussi aux différends mentionnés aux alinéas e, f, et g du paragraphe 4 de l'article 23, à moins que la législation, les règles ou les réglementations nationales n'empêchent les chargeurs d'avoir cette liberté de choix.

3. Si une instance en conciliation a été introduite, elle a la préséance sur les recours existant en droit national. Si une partie invoque les dispositions du droit national à propos d'un différend auquel s'applique le présent chapitre sans

Artikel 25

(1) Haben die Parteien vereinbart, Streitigkeiten nach Artikel 23 Absatz 4 Buchstaben a, b, c, d, h und i durch andere als die in jenem Artikel vorgesehenen Verfahren beizulegen, oder vereinbaren sie Verfahren zur Beilegung einer bestimmten zwischen ihnen entstandenen Streitigkeit, so werden diese Streitigkeiten auf Antrag einer der Streitparteien nach Maßgabe ihrer Vereinbarung beigelegt.

(2) Absatz 1 gilt auch für die in Artikel 23 Absatz 4 Buchstaben e, f und g bezeichneten Streitigkeiten, sofern die Verlader nicht durch innerstaatliche Rechtsvorschriften oder sonstige Vorschriften daran gehindert sind, diese freie Wahl auszuüben.

(3) Ist ein Schlichtungsverfahren eingeleitet worden, so geht es den nach dem innerstaatlichen Recht verfügbaren Rechtsbehelfen vor. Legt eine Partei Rechtsbehelfe nach dem innerstaatlichen Recht in bezug auf eine unter dieses Ka-

without invoking the procedures provided for in this chapter, then, upon the request of a respondent to those proceedings, they shall be stayed and the dispute shall be referred to the procedures defined in this chapter by the court or other authority where the national remedies are sought.

demander qu'il soit recouru aux procédures prévues dans ledit chapitre, l'instance, à la demande d'une partie adverse à cette instance, est suspendue et le différend est soumis aux procédures définies dans le présent chapitre par le tribunal ou l'autorité devant qui les dispositions du droit national avaient été invoquées.

pitel fallende Streitigkeit ein, ohne die hierin vorgesehenen Verfahren in Anspruch zu nehmen, so wird das innerstaatliche Verfahren auf Antrag einer Gegenpartei ausgesetzt, und die Streitigkeit von dem Gericht oder der Behörde, die mit dem innerstaatlichen Rechtsbehelf befaßt ist, den in diesem Kapitel vorgesehenen Verfahren unterworfen.

Article 26

1. The Contracting Parties shall confer upon conferences and shippers' organizations such capacity as is necessary for the application of the provisions of this chapter. In particular:

(a) A conference or a shippers' organization may institute proceedings as a party or be named as a party to proceedings in its collective capacity;

(b) Any notification to a conference or shippers' organization in its collective capacity shall also constitute a notification to each member of such conference or shippers' organization;

(c) A notification to a conference or shippers' organization shall be transmitted to the address of he head office of the conference or shippers' organization. Each conference or shippers' organization shall register the address of its head office with the Registrar appointed in accordance with article 46, paragraph 1. In the event that a conference or a shippers' organization fails to register or has no head office, a notification to any member in the name of the conference or shippers' organization shall be deemed to be a notification to such conference or organization.

2. Acceptance or rejection by a conference or shippers' organization of a recommendation by conciliators shall be deemed to be acceptance or rejection of such a recommendation by each member thereof.

Article 26

1. Les Parties contractantes conféreront aux conférences et aux organisations de chargeurs la capacité nécessaire pour l'application des dispositions du présent chapitre et, en particulier:

a) Une conférence ou une organisation de chargeurs pourra introduire une instance en tant que partie ou être désignée comme partie à une instance à titre collectif;

b) Une notification adressée à une conférence ou à une organisation de chargeurs à titre collectif constituera également une notification à chaque membre de cette conférence ou organisation de chargeurs;

c) Une notification faite à une conférence ou à une organisation de chargeurs sera envoyée à l'adresse du siège de la conférence ou de l'organisation de chargeurs. Chaque conférence ou organisation de chargeurs dépose l'adresse de son siège auprès du Greffier désigné conformément au paragraphe 1 de l'article 46. Si une conférence ou une organisation ne dépose pas l'adresse de son siège ou n'a pas de siège, une notification adressée à un membre quelconque à l'intention de la conférence ou de l'organisation de chargeurs sera réputée être une notification adressée à cette conférence ou organisation.

2. L'acceptation ou le rejet d'une recommandation des conciliateurs par une conférence ou une organisation de chargeurs est réputé constituer acceptation ou rejet de ladite recommandation par chaque membre de la conférence ou organisation.

Artikel 26

(1) Die Vertragsparteien verleihen den Konferenzen und den Verladerorganisationen jede für die Anwendung dieses Kapitels erforderliche rechtliche Eigenschaft. Insbesondere

a) kann eine Konferenz oder eine Verladerorganisation in ihrer Gesamtheit als Partei ein Verfahren einleiten oder als Partei im Verfahren benannt werden;

b) stellt jede Mitteilung an eine Konferenz oder eine Verladerorganisation in ihrer Gesamtheit auch eine Mitteilung an jedes Mitglied der Konferenz oder Verladerorganisation dar;

c) wird eine Mitteilung an eine Konferenz oder Verladerorganisation an die Anschrift des Hauptbüros der Konferenz oder Verladerorganisation übermittelt. Jede Konferenz oder Verladerorganisation meldet die Anschrift ihres Hauptbüros bei dem nach Artikel 46 Absatz 1 ernannten Sekretär an. Meldet eine Konferenz oder Verladerorganisation kein Hauptbüro an oder verfügt sie nicht über ein Hauptbüro, so gilt eine an ein Mitglied für die Konferenz oder Verladerorganisation gerichtete Mitteilung als Mitteilung an diese Konferenz oder Organisation.

(2) Die Annahme oder Ablehnung einer Schlichterempfehlung durch eine Konferenz oder Verladerorganisation gilt als Annahme oder Ablehnung dieser Empfehlung durch jedes ihrer Mitglieder.

Article 27

Unless the parties agree otherwise, the conciliators may decide to make a recommendation on the basis of written submissions without oral proceedings.

Article 27

A moins que les parties n'en conviennent autrement, les conciliateurs pourront décider de faire une recommandation en se fondant sur des communications écrites, sans procédure orale.

Artikel 27

Sofern nicht die Parteien etwas anderes vereinbaren, können die Schlichter beschließen, eine Empfehlung aufgrund schriftlicher Mitteilungen ohne mündliches Verfahren abzugeben.

B. International mandatory conciliation

Article 28

In international mandatory conciliation the appropriate authorities of a Contracting Party shall, if they so request, participate in the conciliation proceedings in support of a party being a national of that Contracting Party, or in support of a party

B. Conciliation obligatoire internationale

Article 28

Dans la conciliation obligatoire internationale, les autorités compétentes d'une Partie contractante participent, sur leur demande, à l'instance en conciliation pour soutenir la cause d'une partie qui est ressortissant de cette Partie contrac-

B. Internationale Zwangsschlichtung

Artikel 28

In einer internationalen Zwangsschlichtung nehmen die zuständigen Behörden einer Vertragspartei, wenn sie dies wünschen, an dem Schlichtungsverfahren teil, um eine Partei, die Staatsangehöriger der betreffenden Vertrags-

having a dispute arising in the context of the foreign trade of that Contracting Party. The appropriate authority may alternatively act as an observer in such conciliation proceedings.

Article 29

1. In international mandatory conciliation the proceedings shall be held in the place unanimously agreed to by the parties or, failing such agreement, in the place decided upon by the conciliators.

2. In determining the place of conciliation proceedings the parties and the conciliators shall take into account, inter alia, countries which are closely connected with the dispute, bearing in mind the country of the shipping line concerned and, especially when the dispute is related to cargo, the country where the cargo originates.

Article 30

1. For the purposes of this chapter an international panel of conciliators shall be established, consisting of experts of high repute or experience in the fields of law, economics of sea transport, or foreign trade and finance, as determined by the Contracting Parties selecting them, who shall serve in an independent capacity.

2. Each Contracting Party may at any time nominate members of the panel up to a total of 12, and shall communicate their names to the Registrar. The nominations shall be for periods of six years each and may be renewed. In the event of the death, incapacity or resignation of a member of the panel, the Contracting Party which nominated such person shall nominate a replacement for the remainder of his term of office. A nomination takes effect from the date on which the communication of the nomination is received by the Registrar.

3. The Registrar shall maintain the panel list and shall regularly inform the Contracting Parties of the composition of the panel.

Article 31

1. The purpose of conciliation is to reach an amicable settlement of the dispute through recommendations formulated by independent conciliators.

2. The conciliators shall identify and clarify the issues in dispute, seek for this purpose any information from the parties, and on the basis thereof, submit to the parties a recommendation for the settlement of the dispute.

3. The parties shall co-operate in good faith with the conciliators in order to enable them to carry out their functions.

tante, ou d'une partie à un différend surgissant dans le cadre du commerce extérieur de ladite Partie contractante. Les autorités compétentes peuvent également participer à cette instance en conciliation en qualité d'observateur.

Article 29

1. Dans la conciliation obligatoire internationale, la procédure a lieu à l'endroit convenu à l'unanimité des parties ou, en l'absence d'unanimité, à l'endroit déterminé par les conciliateurs.

2. Pour déterminer l'endroit où la procédure de conciliation aura lieu, les parties et les conciliateurs tiennent compte notamment des pays que le différend concerne étroitement, eu égard au pays de la compagnie maritime en cause et, spécialement quand le différend porte sur une cargaison, au pays d'où la cargaison provient.

Article 30

1. Aux fins du présent chapitre, il sera constitué un Tableau international de conciliateurs composé d'experts renommés en droit, en économie des transports par mer, ou en commerce extérieur et en finances, au choix des Parties contractantes, lesquels exerceront leur charge en toute indépendance.

2. Chaque Partie contractante pourra à tout moment désigner jusqu'à 12 membres à inscrire au Tableau et elle communiquera leur nom au Greffier. Les désignations seront faites pour des périodes de six ans chacune et seront renouvelables. En cas de décès, d'empêchement ou de démission d'un membre inscrit au Tableau, la Partie contractante qui l'a désigné désignera un remplaçant pour le reste de la durée du mandat. Une désignation prend effet à la date à laquelle le Greffier en reçoit communication.

3. Le Greffier tiendra le Tableau à jour et informera régulièrement les Parties contractantes de la composition dudit Tableau.

Article 31

1. La conciliation a pour but d'arriver à un règlement amiable du différend au moyen de recommandations formulées par des conciliateurs indépendants.

2. Les conciliateurs délimitent et précisent les questions en litige, demandent aux parties des renseignements à cette fin et, sur la base de ces renseignements, soumettent aux parties une recommandation en vue du règlement du différend.

3. Les parties coopèrent de bonne foi avec les conciliateurs afin de les mettre en mesure d'exercer leurs fonctions.

partei ist, oder eine Partei, die in eine im Zusammenhang mit dem Außenhandel der Vertragspartei entstehende Streitigkeit verwickelt ist, zu unterstützen. Die zuständige Behörde kann auch als Beobachter an einem solchen Schlichtungsverfahren teilnehmen.

Artikel 29

(1) In einer internationalen Zwangsschlichtung findet das Verfahren an einem Ort, der von den Parteien einstimmig vereinbart wurde, oder, wenn keine Einigung zustande kommt, an dem von den Schlichtern bestimmten Ort statt.

(2) Bei der Bestimmung des Ortes für das Schlichtungsverfahren berücksichtigen die Parteien und Schlichter unter anderem Länder, welche die Streitigkeit besonders betrifft, vor allem das Land der beteiligten Linienreederei und, wenn sich die Streitigkeit auf Ladung bezieht, das Land, aus dem die Ladung stammt.

Artikel 30

(1) Für die Zwecke dieses Kapitels wird eine internationale Schlichtergruppe gebildet, die aus angesehenen oder erfahrenen Sachverständigen auf dem Gebiet des Rechts, der Seeverkehrswirtschaft oder des Außenhandels und der Finanzen besteht, wie es die sie auswählenden Vertragsparteien bestimmen; die Sachverständigen üben ihr Amt unabhängig aus.

(2) Jede Vertragspartei kann jederzeit bis zu 12 Mitglieder der Gruppe benennen; sie teilt ihre Namen dem Sekretär mit. Die Benennungen gelten für jeweils sechs Jahre und können erneuert werden. Im Fall des Todes, der Verhinderung oder des Rücktritts eines Mitglieds der Gruppe ernennt die Vertragspartei, die es benannt hatte, ein Ersatzmitglied für die restliche Amtszeit. Eine Ernennung wird mit dem Tag wirksam, an dem die Mitteilung über die Ernennung beim Sekretär eingeht.

(3) Der Sekretär führt die Liste der Schlichter und unterrichtet die Vertragsparteien regelmäßig über die Zusammensetzung der Gruppe.

Artikel 31

(1) Zweck der Schlichtung ist es, eine gütliche Beilegung der Streitigkeit durch Empfehlungen unabhängiger Schlichter herbeizuführen.

(2) Die Schlichter bestimmen und klären die Streitfragen, ersuchen die Parteien dazu um Informationen und legen ihnen auf der Grundlage dieser Informationen eine Empfehlung zur Beilegung der Streitigkeit vor.

(3) Die Parteien arbeiten in gutem Glauben mit den Schlichtern zusammen, um ihnen die Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu ermöglichen.

4. Subject to the provisions of article 25, paragraph 2, the parties to the dispute may at any time during the conciliation proceedings decide in agreement to have recourse to a different procedure for the settlement of their dispute. The parties to a dispute which has been made subject to proceedings other than those provided for in this chapter may decide by mutual agreement to have recourse to international mandatory conciliation.

Article 32

1. The conciliation proceedings shall be conducted either by one conciliator or by an uneven number of conciliators agreed upon or designated by the parties.

2. Where the parties cannot agree on the number or the appointment of the conciliators as provided in article 32, paragraph 1, the conciliation proceedings shall be conducted by three conciliators, one appointed by each party in the statement(s) of claim and reply respectively, and the third by the two conciliators thus appointed, who shall act as chairman.

3. If the reply does not name a conciliator to be appointed in cases where article 32, paragraph 2 would apply, the second conciliator shall, within 30 days following the receipt of the statement of claim, be chosen by lot by the conciliator appointed in the statement of claim from among the members of the panel nominated by the Contracting Party or Parties of which the respondent(s) is (are) a national(s).

4. Where the conciliators appointed in accordance with article 32, paragraphs 2 or 3 cannot agree on the appointment of the third conciliator within 15 days following the date of the appointment of the second conciliator, he shall, within the following 5 days, be chosen by lot by the appointed conciliators. Prior to the drawing by lot:

(a) No member of the panel of conciliators having the same nationality as either of the two appointed conciliators shall be eligible for selection by lot;

(b) Each of the two appointed conciliators may exclude from the list of the panel of conciliators an equal number of them subject to the requirement that at least 30 members of the panel shall remain eligible for selection by lot.

Article 33

1. Where several parties request conciliation with the same respondent in re-

4. Sous réserve des dispositions du paragraphe 2 de l'article 25, les parties au différend peuvent à tout moment, au cours de la procédure de conciliation, décider d'un commun accord d'avoir recours à une autre procédure de règlement du différend qui les oppose. Les parties à un différend qui a été soumis à des procédures autres que celles qui sont prévues dans le présent chapitre peuvent décider d'un commun accord d'avoir recours à la conciliation obligatoire internationale.

Article 32

1. La procédure de conciliation est menée par un conciliateur unique ou par un nombre impair de conciliateurs agréés ou désignés par les parties.

2. Si les parties ne peuvent se mettre d'accord sur le nombre ou la désignation des conciliateurs comme prévu au paragraphe 1 de l'article 32, la procédure de conciliation est menée par trois conciliateurs, désignés l'un par une partie dans le mémoire introductif d'instance, l'autre par l'autre partie dans la réplique, le troisième par les deux conciliateurs ainsi désignés, lequel fera fonction de président.

3. Si la réplique ne nomme pas de conciliateur devant être désigné dans les cas où le paragraphe 2 de l'article 32 serait applicable, le deuxième conciliateur, dans les 30 jours qui suivent la réception du mémoire introductif d'instance, est choisi par voie de tirage au sort par le conciliateur désigné dans le mémoire introductif d'instance parmi les membres du Tableau désignés par la Partie contractante ou les Parties contractantes dont le(s) défendeur(s) est (sont) ressortissant(s).

4. Si les conciliateurs désignés conformément aux paragraphes 2 ou 3 de l'article 32 ne peuvent s'entendre, dans les 15 jours qui suivent la désignation du deuxième, sur la désignation du troisième, celui-ci, dans les cinq jours suivants, est choisi par voie de tirage au sort par les conciliateurs désignés. Avant le tirage au sort:

a) Aucun membre du Tableau de conciliateurs ayant la même nationalité que l'un ou l'autre des deux conciliateurs désignés ne peut être choisi par voie de tirage au sort;

b) Chacun des deux conciliateurs désignés peut récuser de la liste du Tableau de conciliateurs un nombre égal de conciliateurs, étant entendu qu'il doit rester au moins 30 membres du Tableau susceptibles d'être choisis par voie de tirage au sort.

Article 33

1. Si plusieurs parties demandent une conciliation avec le même défendeur au

(4) Vorbehaltlich des Artikels 25 Absatz 2 können die Streitparteien jederzeit während des Schlichtungsverfahrens einvernehmlich beschließen, ein anderes Verfahren für die Beilegung ihrer Streitigkeit anzuwenden. Die Parteien einer Streitigkeit, die einem anderen als dem in diesem Kapitel vorgesehenen Verfahren unterworfen worden ist, können einvernehmlich beschließen, die internationale Zwangsschlichtung anzuwenden.

Artikel 32

(1) Das Schlichtungsverfahren wird entweder von einem Schlichter oder von einer ungeraden Zahl von Schlichtern geführt, auf die sich die Parteien geeinigt oder die sie benannt haben.

(2) Können sich die Parteien über Zahl oder Ernennung der Schlichter nach Absatz 1 nicht einigen, so wird das Schlichtungsverfahren von drei Schlichtern durchgeführt, von denen einer von jeder Partei in der Antragsschrift bzw. Erwiderung benannt und der dritte von den beiden so benannten Schlichtern bestimmt wird; dieser wird als Vorsitzender tätig.

(3) Wird in der Erwiderung in Fällen, in denen Absatz 2 anzuwenden wäre, kein Schlichter benannt, so wird der zweite Schlichter innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Antragsschrift von dem darin bestimmten Schlichter durch das Los aus den Mitgliedern der Gruppe bestimmt, welche die Vertragspartei oder -parteien, deren Staatsangehörige(r) der (die) Antragsgegner ist (sind), benannt haben.

(4) Können sich die nach Absatz 2 oder 3 benannten Schlichter innerhalb von 15 Tagen nach Benennung des zweiten Schlichters nicht auf den dritten Schlichter einigen, so wird dieser innerhalb der folgenden 5 Tage von den benannten Schlichtern durch das Los bestimmt. Vor der Auslosung

a) müssen alle Mitglieder der Schlichtergruppe, welche dieselbe Staatsangehörigkeit wie einer der beiden benannten Schlichter haben, aus der für das Los bestimmten Liste gestrichen werden;

b) kann jeder der beiden benannten Schlichter aus der Liste der Schlichter dieselbe Anzahl von Mitgliedern streichen, wobei jedoch mindestens 30 Mitglieder der Gruppe für die Auslosung übrigbleiben müssen.

Artikel 33

(1) Beantragen mehrere Parteien eine Schlichtung mit demselben Antragsgeg-

spect of the same issue, or of issues which are closely connected, that respondent may request the consolidation of those cases.

2. The request for consolidation shall be considered and decided upon by majority vote by the chairmen of the conciliators so far chosen. If such request is allowed, the chairmen will designate the conciliators to consider the consolidated cases from among the conciliators so far appointed or chosen, provided that an uneven number of conciliators is chosen and that the conciliator first appointed by each party shall be one of the conciliators considering the consolidated case.

Article 34

Any party, other than an appropriate authority referred to in article 28, if conciliation has been initiated, may join in the proceedings:

either

(a) As a party, in case of a direct economic interest;

or

(b) As a supporting party to one of the original parties, in case of an indirect economic interest,

unless either of the original parties objects to such joinder.

Article 35

1. The recommendations of the conciliators shall be made in accordance with the provisions of this Code.

2. When the Code is silent upon any point, the conciliators shall apply the law which the parties agree at the time the conciliation proceedings commence or thereafter, but not later than the time of submission of evidence to the conciliators. Failing such agreement, the law which in the opinion of the conciliators is most closely connected with the dispute shall be applicable.

3. The conciliators shall not decide ex aequo et bono upon the dispute unless the parties so agree after the dispute has arisen.

4. The conciliators shall not bring a finding of non liquet on the ground of obscurity of the law.

5. The conciliators may recommend those remedies and reliefs which are provided in the law applicable to the dispute.

Article 36

The recommendations of the conciliators shall include reasons.

sujet du même problème ou de problèmes étroitement liés, le défendeur peut demander la jonction d'instances.

2. La demande de jonctions d'instances est examinée par les présidents des conciliateurs choisis jusque-là, qui statuent à la majorité des voix. Si la demande est déclarée recevable, les présidents désignent les conciliateurs chargés d'examiner les instances jointes parmi les conciliateurs déjà désignés ou choisis, étant entendu que les conciliateurs seront choisis en nombre impair et que le premier conciliateur désigné par chaque partie sera l'un des conciliateurs chargé des instances jointes.

Article 34

Si une instance de conciliation a été introduite, toute partie autre qu'une autorité compétente visée à l'article 28 peut se joindre à l'instance:

Soit

a) En qualité de partie, si elle a un intérêt économique direct dans l'affaire,

Soit

b) Pour soutenir la cause de l'une des parties initiales, si elle a un intérêt économique indirect dans l'affaire,

à moins que l'une ou l'autre des parties initiales ne s'oppose à cette jonction.

Article 35

1. Les recommandations des conciliateurs seront faites conformément aux dispositions du présent Code.

2. En cas de silence du Code sur un point, les conciliateurs appliqueront le droit que les parties détermineront d'un commun accord au moment de l'ouverture de l'instance en conciliation ou en cours d'instance, mais, au plus tard, au moment de la production des preuves. A défaut d'un tel accord, le droit applicable sera celui qui, de l'avis des conciliateurs, se rapporte le plus étroitement au différend.

3. Les conciliateurs ne statueront pas sur le différend ex aequo et bono, à moins que les parties n'en conviennent ainsi après que le différend est né.

4. Les conciliateurs ne peuvent prononcer le non liquet sous prétexte de l'obscurité du droit.

5. Les conciliateurs peuvent recommander les mesures correctives et réparations prescrites par le droit applicable au différend.

Article 36

Les recommandations des conciliateurs seront accompagnées d'un exposé des motifs.

ner in derselben Streitfrage oder in eng verknüpften Streitfragen, so kann der Antragsgegner eine Verbindung der Fälle beantragen.

(2) Der Antrag auf eine Verbindung der Fälle wird von den Vorsitzenden der bisher gewählten Schlichter geprüft und durch Mehrheitsbeschluß entschieden. Wird dem Antrag stattgegeben, so bestimmen die Vorsitzenden die Schlichter für die Prüfung der verbundenen Fälle aus den bisher benannten oder gewählten Schlichtern; dabei muß eine ungerade Zahl von Schlichtern gewählt und der von jeder Partei zuerst benannte Schlichter in die Reihe der Schlichter aufgenommen werden, welche die verbundenen Fälle prüfen sollen.

Artikel 34

Jede Partei mit Ausnahme einer in Artikel 28 bezeichneten zuständigen Behörde kann, wenn die Schlichtung eingeleitet worden ist, dem Verfahren beitreten,

und zwar entweder

a) als Partei im Fall eines unmittelbaren wirtschaftlichen Interesses

oder

b) zur Unterstützung einer der ursprünglichen Parteien im Fall eines mittelbaren wirtschaftlichen Interesses,

sofern nicht eine der ursprünglichen Parteien gegen diesen Beitritt Einspruch erhebt.

Artikel 35

(1) Die Empfehlungen der Schlichter werden nach Maßgabe dieses Kodexes abgegeben.

(2) Ist ein Punkt in dem Kodex nicht behandelt, so wenden die Schlichter das Recht an, auf das sich die Parteien zu Beginn des Schlichtungsverfahrens oder danach, spätestens jedoch im Zeitpunkt der Vorlage von Beweisen an die Schlichter, einigen. Kommt keine Einigung zustande, so ist das Recht anzuwenden, das nach Auffassung der Schlichter am engsten mit der Streitigkeit verbunden ist.

(3) Die Schlichter dürfen nicht nach billigem Ermessen über die Streitigkeit entscheiden, sofern die Parteien dies nicht nach Entstehen der Streitigkeit vereinbaren.

(4) Die Schlichter dürfen keine Feststellung treffen, daß eine Empfehlung wegen Unklarheit des Rechts unmöglich sei.

(5) Die Schlichter können alle Abhilfen und Wiedergutmachungen empfehlen, die in dem auf die Streitigkeit anzuwendenden Recht vorgesehen sind.

Artikel 36

Die Empfehlungen der Schlichter sind zu begründen.

Article 37

1. Unless the parties have agreed before, during or after the conciliation procedure that the recommendation of the conciliators shall be binding, the recommendation shall become binding by acceptance by the parties. A recommendation which has been accepted by some parties to a dispute shall be binding as between those parties only.

2. Acceptance of the recommendation must be communicated by the parties to the conciliators, at an address specified by them, not later than 30 days after receipt of the notification of the recommendation; otherwise, it shall be considered that the recommendation has not been accepted.

3. Any party which does not accept the recommendation shall notify the conciliators and the other parties, within 30 days following the period specified in article 37, paragraph 2 of its grounds for rejection of the recommendation, comprehensively and in writing.

4. When the recommendation has been accepted by the parties, the conciliators shall immediately draw up and sign a record of settlement, at which time the recommendation shall become binding upon those parties. If the recommendation has not been accepted by all parties, the conciliators shall draw up a report with respect to those parties rejecting the recommendation, noting the dispute and the failure of those parties to settle the dispute.

5. A recommendation which has become binding upon the parties shall be implemented by them immediately or at such later time as is specified in the recommendation.

6. Any party may make its acceptance conditional upon acceptance by all or any of the other parties to the dispute.

Article 38

1. A recommendation shall constitute a final determination of a dispute as between the parties which accept it, except of the extent that the recommendation is not recognized and enforced in accordance with the provisions of article 39.

2. "Recommendation" includes an interpretation, clarification or revision of the recommendation made by the conciliators before the recommendation has been accepted.

Article 39

1. Each Contracting Party shall recognize a recommendation as binding between the parties which have accepted it and shall, subject to the provisions of article 39, paragraphs 2 and 3, enforce, at the request of any such party, all obliga-

Article 37

1. A moins que les parties ne conviennent avant, pendant ou après la procédure de conciliation, que la recommandation des conciliateurs aura force obligatoire, la recommandation devient obligatoire du fait de l'acceptation par les parties. Une recommandation qui a été acceptée par quelques parties à un différend est obligatoire entre ces parties seulement.

2. L'acceptation de la recommandation doit être signifiée par les parties aux conciliateurs, à l'adresse indiquée par eux, dans les 30 jours qui suivent la réception de la notification de la recommandation; sinon, la recommandation sera réputée n'avoir pas été acceptée.

3. Toute partie qui n'accepte pas la recommandation signifiera aux conciliateurs et aux autres parties, par écrit et en détail, dans les 30 jours qui suivent le délai mentionné au paragraphe 2 de l'article 37, les moyens qu'elle invoque pour rejeter la recommandation.

4. Si la recommandation a été acceptée par les parties, les conciliateurs dressent et signent un procès-verbal de règlement, la recommandation devenant alors obligatoire pour ces parties. Si la recommandation n'a pas été acceptée par toutes les parties, les conciliateurs établissent un rapport concernant les parties qui rejettent la recommandation, mentionnant le différend et le fait que ces parties ne l'ont pas réglé.

5. Une recommandation qui est devenue obligatoire pour les parties sera exécutée par elles immédiatement ou à une date ultérieure spécifiée dans la recommandation.

6. Une partie peut subordonner son acceptation à celle de toutes les parties ou de l'une quelconque des autres parties au différend.

Article 38

1. Une recommandation constitue un règlement final d'un différend entre les parties qui l'acceptent, sauf dans la mesure où elle n'est pas reconnue et exécutée conformément aux dispositions de l'article 39.

2. Le mot «recommandation» comprend toute interprétation, clarification ou révision de la recommandation par les conciliateurs avant l'acceptation de la recommandation.

Article 39

1. Chaque Partie contractante reconnaîtra une recommandation comme ayant force obligatoire entre les Parties qui l'ont acceptée et, sous réserve des dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 39, elle assurera l'exécution, à la

Artikel 37

(1) Sofern nicht die Parteien vor, in oder nach dem Schlichtungsverfahren vereinbart haben, daß die Empfehlung der Schlichter bindend sein soll, wird die Empfehlung mit ihrer Annahme durch die Parteien bindend. Eine Empfehlung, die von einigen Parteien einer Streitigkeit angenommen worden ist, ist nur zwischen diesen Parteien bindend.

(2) Die Annahme der Empfehlung ist den Schlichtern an eine von ihnen zu bestimmende Anschrift spätestens 30 Tage nach Eingang der Mitteilung der Empfehlung von den Parteien zur Kenntnis zu bringen; andernfalls gilt die Empfehlung als nicht angenommen.

(3) Eine Partei, welche die Empfehlung nicht annimmt, teilt den Schlichtern und den anderen Parteien innerhalb von 30 Tagen nach der in Absatz 2 genannten Frist ausführlich und schriftlich ihre Gründe für die Ablehnung der Empfehlung mit.

(4) Ist die Empfehlung von den Parteien angenommen worden, so verfassen und unterzeichnen die Schlichter sofort eine Niederschrift über die Beilegung, und damit wird die Empfehlung für diese Parteien bindend. Ist die Empfehlung nicht von allen Parteien angenommen worden, so verfassen die Schlichter einen Bericht betreffend die Parteien, welche die Empfehlung ablehnen, wobei sie die Streitigkeit und die Tatsache vermerken, daß diese Parteien die Streitigkeit nicht beigelegt haben.

(5) Eine Empfehlung, die für die Parteien bindend geworden ist, wird von ihnen sofort oder zu einem in der Empfehlung festgesetzten späteren Zeitpunkt ausgeführt.

(6) Eine Partei kann ihre Annahme von der Annahme durch alle oder einige der anderen Streitparteien abhängig machen.

Artikel 38

(1) Eine Empfehlung stellt eine endgültige Beilegung einer Streitigkeit im Verhältnis zwischen den Parteien dar, die sie annehmen, es sei denn, daß sie nicht nach Artikel 39 anerkannt und vollstreckt wird.

(2) Der Ausdruck „Empfehlung" umfaßt jede Auslegung, Erläuterung oder Änderung der Empfehlung, welche die Schlichter vor Annahme derselben vorgenommen haben.

Artikel 39

(1) Jede Vertragspartei erkennt an, daß eine Empfehlung die Parteien, die sie angenommen haben, bindet, und vollstreckt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 auf Verlangen einer dieser Parteien alle durch die Empfehlung auferlegten Ver-

tions imposed by the recommendation as if it were a final judgement of a court of that Contracting Party.

2. A recommendation shall not be recognized and enforced at the request of a party referred to in article 39, paragraph 1 only if the court or other competent authority of the country where recognition and enforcement is sought is satisfied that:

(a) Any party which accepted the recommendation was, under the law applicable to it, under some legal incapacity at the time of acceptance;

(b) Fraud or coercion has been used in the making of the recommendations;

(c) The recommendation is contrary to public policy *(ordre public)* in the country of enforcement; or

(d) The composition of the conciliators, or the conciliation procedure, was not in accordance with the provisions of this Code.

3. Any part of the recommendation shall not be enforced and recognized if the court or other competent authority is satisfied that such part comes within any of the subparagraphs of article 39, paragraph 2 and can be separated from other parts of the recommendation. If such part cannot be separated, the entire recommendation shall not be enforced and recognized.

Article 40

1. Where the recommendation has been accepted by all the parties, the recommendation and the reasons therefor may be published with the consent of all the parties.

2. Where the recommendation has been rejected by one or more of the parties but has been accepted by one or more of the parties:

(a) The party or parties rejecting the recommendation shall publish its or their grounds for rejection, given pursuant to article 37, paragraph 3, and may at the same time publish the recommendation and the reasons therefor;

(b) A party which has accepted the recommendation may publish the recommendation and the reasons therefor; it may also publish the grounds for rejection given by any other party unless such other party has already published its rejection and the grounds therefor in accordance with article 40, paragraph 2 (a).

3. Where the recommendation has not been accepted by any of the parties, each

demande d'une de ces parties, de toutes les obligations imposées par la recommandation comme s'il s'agissait d'un jugement final rendu par un tribunal de ladite Partie contractante.

2. Une recommandation ne sera pas reconnue et exécutée à la demande d'une partie visée au paragraphe 1 de l'article 39 dans le seul cas où le tribunal ou autre autorité compétente du pays où la reconnaissance ou l'exécution est demandée acquiert la certitude que:

a) Une partie qui a accepté la recommandation était, en vertu de la loi à elle applicable, frappée d'une incapacité légale au moment de l'acceptation;

b) Le prononcé de la recommandation a été obtenu par dol ou contrainte;

c) La recommandation est contraire à l'ordre public du pays où elle doit être exécutée; ou

d) La composition du groupe de conciliateurs ou la procédure de conciliation n'était pas conforme aux dispositions du présent Code.

3. Une partie quelconque de la recommandation ne sera pas reconnue et exécutée si le tribunal ou autre autorité compétente acquiert la certitude que cette partie tombe sous le coup de l'un des alinéas du paragraphe 2 de l'article 39 et peut être dissociée du reste de la recommandation. Si la partie en question ne peut être dissociée, la recommandation tout entière ne sera ni reconnue ni exécutée.

Article 40

1. Si la recommandation a été acceptée par toutes les parties, la recommandation et les motifs à l'appui pourront être rendus publics avec le consentement de toutes les parties.

2. Si la recommandation a été rejetée par une ou plusieurs parties, mais a été acceptée par une ou plusieurs parties:

a) La partie ou les parties qui rejettent la recommandation rendent publics les moyens qu'elles ont invoqués à cette fin conformément au paragraphe 3 de l'article 37 et pourront en même temps rendre publics la recommandation et les motifs à l'appui;

b) Une partie qui a accepté la recommandation pourra rendre publics la recommandation et les motifs à l'appui; elle pourra également rendre publics les moyens invoqués par toute autre partie pour rejeter la recommandation, à moins que cette autre partie n'ait déjà rendu publics son rejet et les moyens qu'elle a invoqués conformément à l'alinéa a du paragraphe 2 de l'article 40.

3. Si la recommandation n'a été acceptée par aucune des parties, chaque partie

pflichtungen, als sei sie ein rechtskräftiges Urteil eines Gerichts dieser Vertragspartei.

(2) Eine Empfehlung wird nur dann nicht auf Verlangen einer in Absatz 1 bezeichneten Partei anerkannt und vollstreckt, wenn das Gericht oder die sonstige zuständige Behörde des Landes, in dem die Anerkennung und Vollstreckung verlangt werden, überzeugt ist,

a) daß eine Partei, welche die Empfehlung angenommen hat, nach dem auf sie anzuwendenden Recht zur Zeit der Annahme nicht voll geschäftsfähig war;

b) daß bei der Abfassung der Empfehlung Betrug oder Zwang angewendet wurde;

c) daß die Empfehlung gegen die öffentliche Ordnung in dem Land der Vollstreckung verstößt oder

d) daß die Zusammensetzung des Schlichtergremiums oder das Schlichtungsverfahren diesem Kodex nicht entsprach.

(3) Ein Teil der Empfehlung wird nicht anerkannt und vollstreckt, wenn das Gericht oder die zuständige Behörde überzeugt ist, daß dieser Teil unter einen der Buchstaben des Absatzes 2 fällt und von den anderen Teilen der Empfehlung getrennt werden kann. Kann dieser Teil nicht getrennt werden, so wird die gesamte Empfehlung nicht anerkannt und vollstreckt.

Artikel 40

(1) Ist die Empfehlung von allen Parteien angenommen worden, so kann sie samt Begründung veröffentlicht werden, wenn alle Parteien dem zustimmen.

(2) Ist die Empfehlung von einer oder mehreren Parteien abgelehnt, aber von einer oder mehreren Parteien angenommen worden,

a) so müssen die Partei oder Parteien, welche die Empfehlung ablehnen, ihre nach Artikel 37 Absatz 3 vorgebrachten Ablehnungsgründe veröffentlichen und können gleichzeitig die Empfehlung und ihre Begründung veröffentlichen;

b) so kann eine Partei, welche die Empfehlung angenommen hat, die Empfehlung und ihre Begründung veröffentlichen; sie kann auch die von einer anderen Partei vorgebrachten Ablehnungsgründe veröffentlichen, sofern diese andere Partei ihre Ablehnung und deren Begründung nicht bereits nach Buchstabe a veröffentlicht hat.

(3) Ist die Empfehlung von keiner Partei angenommen worden, so kann jede Par-

party may publish the recommendation and the reasons therefor and also its own rejection and the grounds therefor.

Article 41

1. Documents and statements containing factual information supplied by any party to the conciliators shall be made public unless that party or a majority of the conciliators agrees otherwise.

2. Such documents and statements supplied by a party may be tendered by that party in support of its case in subsequent proceedings arising from the same dispute and between the same parties.

Article 42

Where the recommendation has not become binding upon the parties, no views expressed or reasons given by the conciliators, or concessions or offers made by the parties for the purpose of the conciliation procedure, shall affect the legal rights and obligations of any of the parties.

Article 43

1. (a) The costs of the conciliators and all costs of the administration of the conciliation proceedings shall be borne equally by the parties to the proceedings, unless they agree otherwise.

(b) When the conciliation proceedings have been initiated, the conciliators shall be entitled to require an advance or security for the costs referred to in article 43, paragraph 1 (a).

2. Each party shall bear all expenses it incurs in connexion with the proceedings, unless the parties agree otherwise.

3. Notwithstanding the provisions of article 43, paragraphs 1 and 2, the conciliators may, having decided unanimously that a party has brought a claim vexatiously or frivolously, assess against that party any or all of the costs of other parties to the proceedings. Such decision shall be final and binding on all the parties.

Article 44

1. Failure of a party to appear or to present its case at any stage of the proceedings shall not be deemed an admission of the other party's assertions. In that event, the other party may, at its choice, request the conciliators to close the proceedings or to deal with the questions presented to them and submit

peut rendre publics la recommandation et les motifs à l'appui, ainsi que son propre rejet et les moyens qu'elle a invoqués.

Article 41

1. Les documents et exposés contenant des renseignements de fait remis par l'une quelconque des parties aux conciliateurs seront rendus publics à moins que cette partie ou une majorité des conciliateurs n'en convienne autrement.

2. Les documents et exposés ainsi remis par une partie pourront être produits par elle à l'appui de sa thèse dans toute instance ultérieure découlant du même différend et introduite entre les mêmes parties.

Article 42

Si la recommandation n'est pas devenue obligatoire pour les parties, aucune des vues exprimées ou aucun des motifs donnés par les conciliateurs, ou aucune des concessions ou offres faites par les parties aux fins de l'instance en conciliation ne portera atteinte aux droits et obligations d'ordre juridique de l'une quelconque des parties.

Article 43

1. a) Les frais des conciliateurs et tous les frais relatifs au déroulement de l'instance en conciliation seront supportés à parts égales par les parties à l'instance, à moins qu'elles n'en conviennent autrement.

b) Une fois que l'instance en conciliation a été introduite, les conciliateurs pourront demander une avance ou une garantie pour les frais visés à l'alinéa a du paragraphe 1 de l'article 43.

2. Chaque partie prend à sa charge toutes les dépenses qu'elle encourt aux fins de l'instance, à moins que les parties n'en conviennent autrement.

3. Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2 de l'article 43, les conciliateurs peuvent, s'ils ont décidé à l'unanimité qu'une partie a introduit une instance à des fins vexatoires ou à la légère, mettre à la charge de cette partie une fraction ou la totalité des frais encourus par les autres parties à l'instance. Cette décision sera définitive et obligatoire pour toutes les parties.

Article 44

1. Le défaut de comparaître ou de conclure d'une partie, à un moment quelconque de la procédure, ne sera pas réputé reconnaissance des prétentions de l'autre partie. En pareil cas, l'autre partie aura le choix de prier les conciliateurs de clore la procédure ou de statuer sur les questions qui leur ont été soumises et de

tei die Empfehlung und deren Begründung sowie ihre eigene Ablehnung und deren Begründung veröffentlichen.

Artikel 41

(1) Die Schriftstücke und Erklärungen, die von einer Partei den Schlichtern übermittelte tatsächliche Informationen enthalten, werden veröffentlicht, sofern nicht die betreffende Partei oder eine Mehrheit der Schlichter etwas anderes vereinbart.

(2) Diese von einer Partei vorgelegten Schriftstücke und Erklärungen können von dieser Partei in späteren Verfahren, die sich aus derselben Streitigkeit und zwischen denselben Parteien ergeben, zur Begründung ihrer Sache vorgelegt werden.

Artikel 42

Ist eine Empfehlung nicht für die Parteien bindend geworden, so lassen die von den Schlichtern vorgebrachten Ansichten oder Gründe oder die von den Parteien für die Zwecke des Schlichtungsverfahrens gemachten Zugeständnisse oder Angebote die gesetzlichen Rechte und Pflichten der Parteien unberührt.

Artikel 43

(1) a) Die Kosten der Schlichter und alle Verwaltungskosten des Schlichtungsverfahrens werden zu gleichen Teilen von den Parteien des Verfahrens getragen, sofern sie nicht etwas anders vereinbaren.

b) Sobald das Schlichtungsverfahren eingeleitet worden ist, sind die Schlichter berechtigt, einen Vorschuß oder eine Sicherheit für die unter Buchstabe a bezeichneten Kosten zu verlangen.

(2) Jede Partei trägt alle ihr im Zusammenhang mit dem Verfahren entstehenden Auslagen, sofern nicht die Parteien etwas anderes vereinbaren.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 können die Schlichter, wenn sie einstimmig festgestellt haben, daß eine Partei einen Antrag böswillig oder leichtfertig gestellt hat, einzelne oder alle Kosten der anderen Parteien des Verfahrens dieser Partei auferlegen. Diese Entscheidung ist endgültig und für alle Parteien bindend.

Artikel 44

(1) Versäumt es eine Partei, während irgendeines Stadiums des Verfahrens zu erscheinen oder ihre Sache zu vertreten, so gilt dies nicht als Anerkennung des Vorbringens der anderen Partei. In diesem Fall kann die andere Partei nach Wahl die Schlichter ersuchen, das Verfahren abzuschließen oder die ihnen vor-

a recommendation in accordance with the provisions for making recommendations set out in this Code.

2. Before closing the proceedings, the conciliators shall grant the party failing to appear or to present its case a period of grace, not exceeding 10 days, unless they are satisfied that the party does not intend to appear or to present its case.

3. Failure to observe procedural time-limits laid down in this Code or determined by the conciliators, in particular time-limits relating to the submission of statements or information, shall be considered a failure to appear in the proceedings.

4. Where the proceedings have been closed owing to one party's failure to appear or to present its case, the conciliators shall draw up a report noting that party's failure.

Article 45

1. The conciliators shall follow the procedures stipulated in this Code.

2. The rules of procedure annexed to the present Convention shall be considered as model rules for the guidance of conciliators. The conciliators may, by mutual consent, use, supplement or amend the rules contained in the annex or formulate their own rules of procedure to the extent that such supplementary, amended or other rules are not inconsistent with the provisions of this Code.

3. If the parties agree that it may be in the interest of achieving an expeditious and inexpensive solution of the conciliation proceedings, they may mutually agree to rules of procedure which are not inconsistent with the provisions of this Code.

4. The conciliators shall formulate their recommendation by consensus or failing that shall decide by majority vote.

5. The conciliation proceedings shall finish and the recommendation of the conciliators shall be delivered not later than six months from the date on which the conciliators are appointed, except in the cases referred to in article 23, paragraph 4 (e), (f), and (g), for which the time limits in article 14, paragraph 1 and article 16, paragraph 4 shall be valid. The period of six months may be extended by agreement of the parties.

formuler une recommandation conformément aux dispositions énoncées dans le présent Code.

2. Avant de clore la procédure, les conciliateurs accorderont à la partie qui n'a pas comparu ou conclu un délai de grâce ne dépassant pas 10 jours, à moins qu'ils n'aient acquis la certitude que ladite partie n'a pas l'intention de comparaître ou de conclure.

3. L'inobservation des délais de procédure prévus dans le présent Code ou fixés par les conciliateurs, en particulier des délais relatifs à la présentation des exposés ou des renseignements, sera réputée défaut de conclure.

4. Si l'instance a été close en raison du défaut de l'une des parties de comparaître ou de conclure, les conciliateurs dresseront un procès-verbal constatant ce défaut.

Article 45

1. Les conciliateurs suivront les procédures stipulées dans le présent Code.

2. Les règles de procédure annexées à la présente Convention seront considérées comme des règles types destinées à guider les conciliateurs. Les conciliateurs pourront d'un commun accord utiliser, compléter ou modifier les règles énoncées dans l'annexe ou formuler leurs propres règles de procédure, pourvu que ces règles complémentaires, les règles modifiées ou autres règles, ne soient pas incompatibles avec les dispositions du présent Code.

3. Les parties, si elles conviennent que ce peut être favorable à un règlement rapide et peu onéreux de l'instance en conciliation, pourront arrêter d'un commun accord des règles de procédure qui ne soient pas incompatibles avec les dispositions du présent Code.

4. Les conciliateurs formuleront les recommandations par consensus ou, à défaut, statueront à la majorité.

5. L'instance en conciliation prendra fin et la recommandation des conciliateurs sera formulée au plus tard six mois après la date à laquelle les conciliateurs ont été désignés, exception faite des cas visés aux alinéas e, f et g du paragraphe 4 de l'article 23, pour lesquels les délais fixés au paragraphe 1 de l'article 14 et au paragraphe 4 de l'article 16 sont valables. Cette période de six mois peut être prolongée par accord entre les parties.

gelegten Fragen zu behandeln und nach den in diesem Kodex für die Abgabe von Empfehlungen vorgesehenen Bestimmungen eine Empfehlung abzugeben.

(2) Vor Abschluß des Verfahrens gewähren die Schlichter der Partei, die es versäumt, zu erscheinen oder ihre Sache zu vertreten, eine Nachfrist von höchstens 10 Tagen, sofern sie nicht überzeugt sind, daß die Partei nicht beabsichtigt, zu erscheinen oder ihre Sache zu vertreten.

(3) Die Nichteinhaltung von Verfahrensfristen, die in diesem Kodex niedergelegt oder von den Schlichtern festgesetzt sind, insbesondere Fristen für die Vorlage von Erklärungen oder Informationen, gilt als Nichterscheinen im Verfahren.

(4) Ist das Verfahren wegen des Versäumnisses einer Partei, zu erscheinen oder ihre Sache zu vertreten, abgeschlossen worden, so verfassen die Schlichter einen Bericht, in dem sie das Versäumnis dieser Partei vermerken.

Artikel 45

(1) Die Schlichter halten die in diesem Kodex niedergelegten Verfahrensvorschriften ein.

(2) Die diesem Übereinkommen als Anlage beigefügte Verfahrensordnung gilt als Musterverfahrensordnung für die Schlichter. Die Schlichter können im gegenseitigen Einvernehmen die in der Anlage enthaltene Verfahrensordnung anwenden, ergänzen oder ändern oder ihre eigene Verfahrensordnung aufstellen, soweit diese ergänzende, geänderte oder neue Verfahrensordnung mit diesem Kodex nicht unvereinbar ist.

(3) Die Parteien können einvernehmlich eine Verfahrensordnung aufstellen, die mit diesem Kodex nicht unvereinbar ist, wenn sie dies im Interesse einer raschen und kostensparenden Lösung des Schlichtungsverfahrens für zweckmäßig halten.

(4) Die Schlichter geben ihre Empfehlung einvernehmlich oder, wenn kein Einvernehmen erzielt wird, mit Stimmenmehrheit ab.

(5) Spätestens sechs Monate nach dem Tag, an dem die Schlichter ernannt sind, endet das Schlichtungsverfahren und wird die Empfehlung der Schlichter abgegeben, außer in den Fällen des Artikels 23 Absatz 4 Buchstaben e, f und g, für welche die Fristen in Artikel 14 Absatz 1 und Artikel 16 Absatz 4 gelten. Die Frist von sechs Monaten kann durch Vereinbarung der Parteien verlängert werden.

C. Institutional machinery

Article 46

1. Six months before the entry into force of the present Convention, the Secretary-General of the United Nations shall, subject to the approval of the General Assembly of the United Nations, and taking into account the views expressed by the Contracting Parties, appoint a Registrar, who may be assisted by such additional staff as may be necessary for the performance of the functions listed in article 46, paragraph 2. Administrative services for the Registrar and his assistants shall be provided by the United Nations Office at Geneva.

2. The Registrar shall perform the following functions in consultation with the Contracting Parties as appropriate:

(a) Maintain the list of conciliators of the international panel of conciliators and regularly inform the Contracting Parties of the composition of the panel;

(b) Provide the names and addresses of the conciliators to the parties concerned on request;

(c) Receive and maintain copies of requests for conciliation, replies, recommendation, acceptances, or rejections, including reasons therefor;

(d) Furnish on request, and at their cost, copies of recommendations and reasons for rejection to the shippers' organizations, conferences and Governments, subject to the provisions of article 40;

(e) Make available information of a non-confidential nature on completed conciliation cases, and without attribution to the parties concerned, for the purposes of preparation of material for the Review Conference referred to in article 52; and

(f) The other functions prescribed for the Registrar in article 26, paragraph 1 (c) and article 30, paragraphs 2 and 3.

C. Mécanisme institutionnel

Article 46

1. Six mois avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, sous réserve de l'approbation par l'Assemblée générale des Nations Unies et compte tenu des vues exprimées par les Parties contractantes, désignera un Greffier qui pourra être assisté du personnel supplémentaire nécessaire à l'exercice des fonctions énumérées au paragraphe 2 de l'article 46. L'Office des Nations Unies à Genève assurera les services administratifs dont le Greffier et le personnel qui l'assiste auront besoin.

2. Le Greffier exercera les fonctions ci-après en consultation, le cas échéant, avec les Parties contractantes:

a) Tenir à jour la liste des conciliateurs du Tableau international de conciliateurs et informer régulièrement les Parties contractantes de la composition du Tableau;

b) Communiquer sur leur demande aux parties intéressées le nom et l'adresse des conciliateurs;

c) Recevoir et garder copie des demandes de conciliation, répliques, recommandations, acceptations ou rejets des recommandations et des motifs invoqués à l'appui;

d) Fournir sur leur demande et à leurs frais aux organisations de chargeurs, conférences et gouvernements, copie des recommandations et des motifs invoqués pour les rejeter, sous réserve des dispositions de l'article 40;

e) Rendre disponibles des renseignements de caractère non confidentiel sur les instances en conciliation terminées, et sans attribution aux parties intéressées, aux fins de la préparation de matériaux pour la Conférence de révision mentionnée à l'article 52;

f) Les autres fonctions que l'alinéa c du paragraphe 1 de l'article 26 et les paragraphes 2 et 3 de l'article 30 assignent au Greffier.

C. Institutioneller Rahmen

Artikel 46

(1) Sechs Monate vor Inkrafttreten dieses Übereinkommens ernennt der Generalsekretär der Vereinten Nationen vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlung der Vereinten Nationen und unter Berücksichtigung der Auffassungen der Vertragsparteien einen Sekretär, dem zusätzliches Personal beigegeben werden kann, soweit es zur Wahrnehmung der in Absatz 2 aufgeführten Aufgaben erforderlich ist. Die Verwaltungsdienste für den Sekretär und seine Mitarbeiter stellt das Büro der Vereinten Nationen in Genf.

(2) Der Sekretär nimmt, gegebenenfalls in Konsultation mit den Vertragsparteien, die folgenden Aufgaben wahr:

a) Führung der Schlichterliste für die Internationale Schlichtergruppe und regelmäßige Unterrichtung der Vertragsparteien über die Zusammensetzung der Gruppe;

b) Mitteilung der Namen und Anschriften der Schlichter an die beteiligten Parteien auf deren Verlangen;

c) Entgegennahme und Aufbewahrung von Abschriften der Anträge auf Schlichtung, Erwiderungen, Empfehlungen, Annahmen oder Ablehnungen samt Begründungen;

d) Übermittlung von Abschriften der Empfehlungen und Ablehnungsgründe an die Verladerorganisationen, Konferenzen und Regierungen auf deren Verlangen und auf deren Kosten vorbehaltlich des Artikels 40;

e) Bereitstellung von nichtvertraulichen Informationen über abgeschlossene Schlichtungsfälle – ohne Nennung der beteiligten Parteien – zwecks Vorbereitung von Material für die in Artikel 52 vorgesehene Revisionskonferenz und

f) alle sonstigen Aufgaben, die in Artikel 26 Absatz 1 Buchstabe c und Artikel 30 Absätze 2 und 3 für den Sekretär vorgesehen sind.

Chapter VII
Final Clauses

Article 47
Implementation

1. Each Contracting Party shall take such legislative or other measures as may be necessary to implement the present Convention.

2. Each Contracting Party shall communicate to the Secretary-General of the United Nations, who shall be the deposi-

Chapitre VII
Clauses finales

Article 47
Mise en application

1. Chaque Partie contractante adoptera les dispositions législatives ou autres mesures qui peuvent être nécessaires pour la mise en application de la présente Convention.

2. Chaque Partie contractante communiquera au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui sera le

Kapitel VII
Schlußbestimmungen

Artikel 47
Durchführung

(1) Jede Vertragspartei trifft alle gesetzgeberischen oder sonstigen Maßnahmen, die zur Durchführung dieses Übereinkommens erforderlich sind.

(2) Jede Vertragspartei übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, der Verwahrer ist, den Wortlaut der zur

tary, the text of the legislative or other measures which it has taken in order to implement the present Convention.

Article 48

Signature, ratification, acceptance, approval and accession

1. The present Convention shall remain open for signature as from 1 July 1974 until and including 30 June 1975 at United Nations Headquarters and shall thereafter remain open for accession.

2. All States [a]) are entitled to become Contracting Parties to the present Convention by:

(a) Signature subject to and followed by ratification, acceptance or approval; or

(b) Signature without reservation as to ratification, acceptance or approval; or

(c) Accession.

3. Ratification, acceptance, approval or accession shall be effected by the deposit of an instrument to this effect with the depositary.

Article 49

Entry into force

1. The present Convention shall enter into force six months after the date on which not less than 24 States, the combined tonnage of which amounts to at least 25 per cent of world tonnage, have become Contracting Parties to it in accordance with article 48. For the purpose of the present article the tonnage shall be deemed to be that contained in Lloyd's Register of Shipping – Statistical Tables 1973, table 2 "World Fleets – Analysis by Principal Types", in respect to general cargo (including passenger/cargo) ships and container (fully cellular) ships, exclusive of the United States reserve fleet and the American and Canadian Great Lakes fleets[b]).

a) At its 9th plenary meeting on 6 April 1974, the Conference adopted the following understanding recommended by its Third Main Committee:

"In accordance with its terms, the present Convention will be open to participation by all States, and the Secretary-General of the United Nations will act as depositary. It is the understanding of the Conference that the Secretary-General, in discharging his functions as depositary of a convention or other multilateral legally binding instrument with an "All-States" clause, will follow the practice of the General Assembly of the United Nations in implementing such a clause and, whenever advisable, will request the opinion of the General Assembly before receiving a signature or an instrument of ratification, acceptance, approval or accession."

b) The tonnage requirements for the purposes of article 49, paragraph 1 are set out in the report of the United Nations Conference of Plenipotentiaries on a Code of Conduct for Liner Conferences on the second part of its session (TD/CODE/10), annex I.

dépositaire, le texte des dispositions législatives ou autres mesures qu'elle a adoptées pour mettre en application la présente Convention.

Article 48

Signature, ratification, acceptation, approbation et adhésion

1. La présente Convention restera ouverte à la signature du 1er juillet 1974 au 30 juin 1975 inclus au Siège de l'Organisation des Nations Unies et restera ensuite ouverte à l'adhésion.

2. Tous les Etats [a]) ont le droit de devenir Parties contractantes à la présente Convention par:

a) Signature, sous réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, suivie de ratification, d'acceptation ou d'approbation; ou

b) Signature, sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation; ou

c) Adhésion.

3. La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion s'effectueront par le dépôt d'un instrument à cet effet auprès du dépositaire.

Article 49

Entrée en vigueur

1. La présente Convention entrera en vigueur six mois après la date à laquelle 24 Etats au moins dont le tonnage global représente au moins 25 p. 100 du tonnage mondial seront devenus Parties contractantes à ladite Convention conformément à l'article 48. Aux fins du présent article, le tonnage retenu sera celui qui figure dans le Lloyd's Register of Shipping – Statistical Tables 1973, tableau 2, «World Fleets – Analysis by Principal Types», en ce qui concerne les navires de charge classiques (y compris les bâtiments mixtes) et porte-conteneurs (entièrement cellulaires), à l'exclusion de la flotte de réserve des Etats-Unis d'Amérique et des flottes des Grands Lacs du Canada et des Etats-Unis d'Amérique [b]).

a) A sa 9e séance plénière, le 6 avril 1974, la Conférence, sur la recommandation du troisième grand Comité, a adopté l'entente ci-après:

«Aux termes de ses dispositions, la présente Convention sera ouverte à la participation de tous les Etats et le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies fera fonction de dépositaire. Il est entendu par la Conférence que le Secrétaire général, en s'acquittant de ses fonctions de dépositaire d'une convention ou autre instrument multilatéral ayant force obligatoire et contenant la clause «Tous les Etats», suivra la pratique de l'Assemblée générale des Nations Unies dans l'application de cette clause et que, chaque fois que cela sera opportun, il sollicitera l'avis de l'Assemblée générale avant de recevoir une signature ou un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion».

b) Les tonnages requis aux fins du paragraphe 1 de l'article 49 sont indiqués dans l'annexe I du rapport de la Conférence de plénipotentiaires des Nations Unies sur un code de conduite des conférences maritimes sur sa deuxième partie (TD/CODE/10).

Durchführung dieses Übereinkommens getroffenen gesetzgeberischen oder sonstigen Maßnahmen.

Artikel 48

Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen liegt vom 1. Juli 1974 bis zum 30. Juni 1975 am Sitz der Vereinten Nationen zur Unterzeichnung und danach zum Beitritt auf.

(2) Alle Staaten [a]) sind berechtigt, Vertragsparteien dieses Übereinkommens zu werden,

a) indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und danach ratifizieren, annehmen oder genehmigen;

b) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen oder

c) indem sie ihm beitreten.

(3) Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Verwahrer.

Artikel 49

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt sechs Monate nach dem Tag in Kraft, an dem mindestens 24 Staaten, deren gemeinsame Tonnage mindestens 25 v. H. der Welttonnage ausmacht, nach Artikel 48 Vertragsparteien geworden sind. Für die Zwecke dieses Artikels gilt als Tonnage diejenige, die in Lloyd's Register of Shipping, Statistical Tables 1973, Tabelle 2 „World Fleets – Analysis by Principal Types" für allgemeine Fracht- (einschließlich Fahrgast/Fracht-) schiffe und Container- (Vollzellen-)schiffe ausschließlich der Reserveflotte der Vereinigten Staaten und der Große-Seen-Flotten der Vereinigten Staaten und Kanadas [b]) angegeben ist.

a) Auf ihrer 9. Vollsitzung am 6. April 1974 nahm die Konferenz folgende von ihrem Dritten Hauptausschuß empfohlene Vereinbarung an:

„Nach seinem Wortlaut steht dieses Übereinkommen allen Staaten zur Beteiligung offen, und der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird als Verwahrer tätig. Die Konferenz geht davon aus, daß der Generalsekretär bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben als Verwahrer eines Übereinkommens oder einer sonstigen mehrseitigen rechtlich bindenden Übereinkunft mit einer „All-Staaten"-Klausel die Übung der Generalversammlung der Vereinten Nationen bei der Durchführung einer solchen Klausel befolgen und, soweit zweckmäßig, die Meinung der Generalversammlung einholen wird, bevor er eine Unterschrift oder eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde entgegennimmt."

b) Die Tonnageerfordernisse für die Zwecke des Artikels 49 Absatz 1 sind in dem Bericht der Bevollmächtigtenkonferenz der Vereinten Nationen über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen betreffend den zweiten Teil ihrer Tagung (TD/CODE/10), Anlage I, wiedergegeben.

2. For each State which thereafter ratifies, accepts, approves or accedes to it, the present Convention shall come into force six months after deposit by such State of the appropriate instrument.

3. Any State which becomes a Contracting Party to the present Convention after the entry into force of an amendment shall, failing an expression of a different intention by that State:

(a) Be considered as a Party to the present Convention as amended; and

(b) Be considered as a Party to the unamended Convention in relation to any Party to the present Convention not bound by the amendment.

2. Pour chaque Etat qui le ratifie, l'accepte, l'approuve ou y adhère par la suite, la présente Convention entrera en vigueur six mois après le dépôt, par cet Etat, de l'instrument approprié.

3. Tout Etat qui devient Partie contractante à la présente Convention après l'entrée en vigueur d'un amendement est, faute d'avoir exprimé une intention différente, réputé:

a) Partie à la présente Convention telle qu'elle aura été amendée; et

b) Partie à la Convention non amendée au regard de toute partie à la présente Convention qui n'est pas liée par l'amendement.

(2) Für jeden Staat, der dieses Übereinkommen später ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beitritt, tritt es sechs Monate nach Hinterlegung der entsprechenden Urkunde durch diesen Staat in Kraft.

(3) Ein Staat, der nach Inkrafttreten einer Änderung Vertragspartei dieses Übereinkommens wird, gilt, sofern er nicht eine abweichende Absicht zum Ausdruck bringt,

a) als Vertragspartei des Übereinkommens in seiner geänderten Fassung und

b) als Vertragspartei des Übereinkommens in nicht geänderter Fassung im Verhältnis zu jeder Vertragspartei des Übereinkommens, die nicht durch die Änderung gebunden ist.

Article 50

Denunciation

1. The present Convention may be denounced by any Contracting Party at any time after the expiration of a period of two years from the date on which the Convention has entered into force.

2. Denunciation shall be notified to the depositary in writing, and shall take effect one year, or such longer period as may be specified in the instrument of denunciation, after the date of receipt by the depositary.

Article 50

Dénonciation

1. La présente Convention pourra être dénoncée par l'une quelconque des Parties contractantes à tout moment après l'expiration d'une période de deux ans à compter de la date à laquelle la Convention est entrée en vigueur.

2. La dénonciation s'effectuera par notification écrite adressée au dépositaire et elle prendra effet un an après la date de réception par le dépositaire ou à l'expiration de toute période plus longue qui serait spécifiée dans l'instrument de dénonciation.

Artikel 50

Kündigung

(1) Dieses Übereinkommen kann von einer Vertragspartei jederzeit nach Ablauf von zwei Jahren nach dem Tag seines Inkrafttretens gekündigt werden.

(2) Die Kündigung wird dem Verwahrer schriftlich notifiziert; sie wird nach Ablauf eines Jahres oder einer etwa in der Kündigungsurkunde bestimmten längeren Frist nach dem Tag ihres Eingangs beim Verwahrer wirksam.

Article 51

Amendments

1. Any Contracting Party may propose one or more amendments to the present Convention by communicating the amendments to the depositary. The depositary shall circulate such amendments among the Contracting Parties, for their acceptance, and among States entitled to become Contracting Parties to the present Convention which are not Contracting Parties, for their information.

2. Each proposed amendment circulated in accordance with article 51, paragraph 1 shall be deemed to have been accepted if no Contracting Party communicates an objection thereto to the depositary within 12 months following the date of its circulation by the depositary. If a Contracting Party communicates an objection to the proposed amendment, such amendment shall not be considered as accepted and shall not be put into effect.

3. If no objection has been communicated, the amendment shall enter into force for all Contracting Parties six months after the expiry date of the period of 12 months referred to in article 51, paragraph 2.

Article 51

Amendements

1. Toute Partie contractante pourra proposer un ou plusieurs amendements à la présente Convention en les communiquant au dépositaire. Le dépositaire transmettra ces amendements aux Parties contractantes, pour acceptation, ainsi que, pour information, aux Etats ayant le droit de devenir Parties contractantes à la présente Convention qui ne sont pas Parties contractantes.

2. Chaque amendement proposé qui est transmis conformément au paragraphe 1 de l'article 51 sera réputé accepté si aucune Partie contractante ne communique au dépositaire d'objection à cet amendement dans les 12 mois qui suivent la date de sa transmission par le dépositaire. Si une Partie contractante communique une objection à l'amendement proposé, cet amendement ne sera pas réputé accepté et ne sera pas mis en vigueur.

3. Si aucune objection n'a été communiquée, l'amendement entrera en vigueur pour toutes les Parties contractantes six mois après l'expiration de la période de 12 mois mentionnée au paragraphe 2 de l'article 51.

Artikel 51

Änderungen

(1) Eine Vertragspartei kann eine oder mehrere Änderungen dieses Übereinkommens vorschlagen, indem sie die Änderungen dem Verwahrer mitteilt. Der Verwahrer übermittelt die Änderungen zur Annahme den Vertragsparteien und zur Unterrichtung den Staaten, die berechtigt sind, Vertragsparteien dieses Übereinkommens zu werden, aber nicht Vertragsparteien sind.

(2) Jeder nach Absatz 1 übermittelte Änderungsvorschlag gilt als angenommen, wenn dem Verwahrer nicht innerhalb von 12 Monaten nach dem Tag seiner Übermittlung ein Einspruch einer Vertragspartei zugeht. Teilt eine Vertragspartei einen Einspruch gegen den Änderungsvorschlag mit, so gilt die Änderung nicht als angenommen und wird nicht in Kraft gesetzt.

(3) Ist kein Einspruch mitgeteilt worden, so tritt die Änderung für alle Vertragsparteien sechs Monate nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Zwölfmonatsfrist in Kraft.

Article 52

Review conferences

1. A Review Conference shall be convened by the depositary five years from the date on which the present Convention comes into force to review the working of the Convention, with particular reference to its implementation, and to consider and adopt appropriate amendments.

2. The depositary shall, four years from the date on which the present Convention comes into force, seek the views of all States entitled to attend the Review Conference and shall, on the basis of the views received, prepare and circulate a draft agenda as well as amendments proposed for consideration by the Conference.

3. Further review conferences shall be similarly convened every five years, or at any time after the first Review Conference, at the request of one-third of the Contracting Parties to the present Convention, unless the first Review Conference decides otherwise.

4. Notwithstanding the provisions of article 52, paragraph 1, if the present Convention has not entered into force five years from the date of the adoption of the Final Act of the United Nations Conference of Plenipotentiaries on a Code of Conduct for Liner Conferences, a Review Conference shall, at the request of one-third of the States entitled to become Contracting Parties to the present Convention, be convened by the Secretary-General of the United Nations, subject to the approval of the General Assembly, in order to review the provisions of the Convention and its annex and to consider and adopt appropriate amendments.

Article 52

Conférences de révision

1. Une Conférence de révision sera convoquée par le dépositaire cinq ans après la date à laquelle la présente Convention entrera en vigueur, aux fins de passer en revue le fonctionnement de la Convention, eu égard en particulier à son application et d'examiner et adopter les amendements appropriés.

2. Le dépositaire, quatre ans après la date à laquelle la présente Convention entrera en vigueur, sollicitera les vues de tous les Etats ayant le droit d'assister à la Conférence de révision et, sur la base des opinions reçues, établira et fera distribuer un projet d'ordre du jour ainsi que les amendements proposés à l'examen de la Conférence.

3. D'autres Conférences de révision seront de même réunies tous les cinq ans, ou à tout autre moment après la première Conférence de révision, à la demande du tiers des Parties contractantes à la présente Convention, à moins que la première Conférence de révision n'en décide autrement.

4. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 de l'article 52, si la présente Convention n'est pas entrée en vigueur dans les cinq années qui suivront la date d'adoption de l'Acte final de la Conférence de plénipotentiaires des Nations Unies sur un code de conduite des conférences maritimes, une conférence de révision sera, à la demande d'un tiers des Etats ayant le droit de devenir Parties contractantes à la présente Convention, convoquée par le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, sous réserve de l'approbation de l'Assemblée générale, aux fins de passer en revue les dispositions de la Convention et de son annexe et d'examiner et adopter les amendements appropriés.

Artikel 52

Revisionskonferenzen

(1) Der Verwahrer beruft fünf Jahre nach dem Tag, an dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt, eine Revisionskonferenz zur Überprüfung der Wirkungsweise des Übereinkommens unter besonderer Berücksichtigung seiner Durchführung und zur Prüfung und Annahme geeigneter Änderungen ein.

(2) Der Verwahrer holt vier Jahre nach dem Tag, an dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt, die Ansichten aller zur Teilnahme an der Revisionskonferenz berechtigten Staaten ein und arbeitet auf der Grundlage dieser Ansichten den Entwurf einer Tagesordnung sowie von der Konferenz zu prüfende Änderungsvorschläge aus und verteilt sie.

(3) Weitere Revisionskonferenzen werden in ähnlicher Weise alle fünf Jahre oder jederzeit nach der ersten Revisionskonferenz auf Antrag eines Drittels der Vertragsparteien dieses Übereinkommens einberufen, sofern nicht die erste Revisionskonferenz etwas anderes beschließt.

(4) Ist dieses Übereinkommen fünf Jahre nach dem Tag der Annahme der Schlußakte der Bevollmächtigtenkonferenz der Vereinten Nationen über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen nicht in Kraft getreten, so wird ungeachtet des Absatzes 1 auf Antrag eines Drittels der Staaten, die berechtigt sind, Vertragsparteien des Übereinkommens zu werden, vom Generalsekretär der Vereinten Nationen vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlung eine Revisionskonferenz einberufen, um dieses Übereinkommen und seine Anlage zu revidieren und geeignete Änderungen zu prüfen und anzunehmen.

Article 53

Functions of the depositary

1. The depositary shall notify the signatory and acceding States of:

(a) Signatures, ratifications, acceptances, approvals and accessions in accordance with article 48;

(b) The date on which the present Convention enters into force in accordance with article 49;

(c) Denunciations of the present Convention in accordance with article 50;

(d) Reservations to the present Convention and the withdrawal of reservations;

(e) The text of the legislative or other measures which each Contracting Party has taken in order to implement the present Convention in accordance with article 47;

Article 53

Fonctions du dépositaire

1. Le dépositaire notifiera aux Etats signataires et adhérents:

a) Les signatures, ratifications, acceptations, approbations et adhésions conformément à l'article 48;

b) La date d'entrée en vigueur de la présente Convention conformément à l'article 49;

c) Les dénonciations de la présente Convention conformément à l'article 50;

d) Les réserves à la présente Convention et le retrait de réserves;

e) Le texte des dispositions législatives ou autres mesures que chaque Partie contractante a adoptées pour mettre la présente Convention en application conformément à l'article 47;

Artikel 53

Aufgaben des Verwahrers

(1) Der Verwahrer notifiziert den Unterzeichnerstaaten und den beitretenden Staaten

a) Unterzeichnungen, Ratifikationen, Annahmen, Genehmigungen und Beitritte nach Artikel 48;

b) den Tag, an dem dieses Übereinkommen nach Artikel 49 in Kraft tritt;

c) Kündigungen dieses Übereinkommens nach Artikel 50;

d) Vorbehalte zu diesem Übereinkommen und die Zurücknahme von Vorbehalten;

e) den Wortlaut der gesetzgeberischen oder sonstigen Maßnahmen, die jede Vertragspartei zur Durchführung dieses Übereinkommens nach Artikel 47 getroffen hat;

(f) Proposed amendments and objections to proposed amendments in accordance with article 51; and

(g) Entry into force of amendments in accordance with article 51, paragraph 3.

2. The depositary shall also undertake such actions as are necessary under article 52.

f) Les amendements proposés et les objections aux amendements proposés conformément à l'article 51; et

g) L'entrée en vigueur des amendements conformément au paragraphe 3 de l'article 51.

2. Le dépositaire prendra aussi les dispositions qui seront nécessaires en application de l'article 52.

f) Änderungsvorschläge und Einsprüche gegen Änderungsvorschläge nach Artikel 51 sowie

g) das Inkrafttreten von Änderungen nach Artikel 51 Absatz 3.

(2) Der Verwahrer trifft auch die nach Artikel 52 erforderlichen Maßnahmen.

Article 54

Authentic texts – Deposit

The original of the present Convention, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, will be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 54

Textes faisant foi – dépôt

L'original de la présente Convention, dont les textes anglais, chinois, espagnol, français et russe font également foi, sera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Artikel 54

Verbindliche Wortlaute – Hinterlegung

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

In witness whereof the undersigned, having been duly authorized to this effect by their respective Governments, have signed the present Convention, on the dates appearing opposite their signatures.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leur Gouvernement, ont signé la présente Convention, à la date qui figure en regard de leur signature.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen an dem neben ihrer Unterschrift angegebenen Tag unterschrieben.

Anlage zu dem Übereinkommen über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen

Annex to the Convention on a Code of Conduct for Liner Conferences

Annexe à la Convention relative à un Code de conduite des conférences maritime

Model rules of procedure for international mandatory conciliation

Rule 1

1. Any party wishing to institute conciliation proceedings under the Code shall address a request to that effect in writing, accompanied by a statement of claim to the other party, and copied to the Registrar.

2. The statement of claim shall:

(a) Designate precisely each party to the dispute and state the address of each;

(b) Contain a summary statement of pertinent facts, the issues in dispute and the claimant's proposal for the settlement of the dispute;

(c) State whether an oral hearing is desired and, if so, and to the extent then known, the names and addresses of persons to give evidence, including experts' evidence, for the claimant;

Règles de procédure type pour la conciliation obligatoire internationale

Règle 1

1. Toute partie qui veut introduire une instance en conciliation conformément au Code adressera à l'autre partie, avec copie au Greffier, une demande à cet effet accompagnée d'un mémoire introductif d'instance.

2. Le mémoire introductif devra:

a) Désigner exactement chaque partie au différend et son adresse;

b) Contenir un bref exposé des faits pertinents, des questions en litige et de la proposition du demandeur en vue du règlement du différend;

c) Préciser si une procédure orale est souhaitée et, dans l'affirmative, indiquer, dans la mesure où ils sont connus à ce moment, les nom et adresse des personnes appelées à témoigner, y compris les experts, en faveur du demandeur;

Muster-Verfahrensordnung für die internationale Zwangsschlichtung

Regel 1

(1) Eine Partei, die ein Schlichtungsverfahren nach diesem Kodex einzuleiten wünscht, richtet einen entsprechenden schriftlichen Antrag mit einer Antragsschrift an die andere Partei und abschriftlich an den Sekretär.

(2) Die Antragsschrift

a) bezeichnet genau jede Streitpartei unter Angabe ihrer Anschrift;

b) enthält eine Kurzdarstellung der sachdienlichen Tatsachen, der strittigen Fragen und des Vorschlags des Antragstellers für eine Beilegung der Streitigkeit;

c) gibt an, ob eine mündliche Verhandlung gewünscht wird und bejahendenfalls die Namen und Anschriften der Personen einschließlich der Sachverständigen, die für den Antragsteller als Zeugen auftreten sollen, soweit diese Namen und Anschriften derzeit bekannt sind;

(d) Be accompanied by such supporting documentation and relevant agreements and arrangements entered into by the parties as the claimant may consider necessary at the time of making the claim;

(e) Indicate the number of conciliators required, any proposal concerning the appointment of conciliators, or the name of the conciliator appointed by the claimant in accordance with article 32, paragraph 2; and

(f) Contain proposals, if any, regarding rules of procedure.

3. The statement of claim shall be dated and shall be signed by the party.

Rule 2

1. If the respondent decides to reply to the claim, he shall, within 30 days following the date of his receipt of the statement of claim, transmit a reply to the other party and copied to the Registrar.

2. The reply shall:

(a) Contain a summary statement of pertinent facts opposed to the contentions in the statement of claim, the respondent's proposal, if any, for the settlement of the dispute and any remedy claimed by him with a view to the settlement of the dispute;

(b) State whether an oral hearing is desired and, if so, and to the extent then known, the names and addresses of persons to give evidence, including experts' evidence, for the respondent;

(c) Be accompanied by such supporting documentation and relevant agreements and arrangements entered into by the parties as the respondent may consider necessary at the time of making the reply;

(d) Indicate the number of conciliators required, any proposal concerning the appointment of conciliators, or the name of the conciliator appointed by the respondent in accordance with article 32, paragraph 2; and

(e) Contain proposals, if any, regarding rules of procedure.

3. The reply shall be dated and shall be signed by the party.

Rule 3

1. Any person or other interest desiring to participate in conciliation proceedings under article 34 shall transmit a written request to the parties to the dispute, with a copy to the Registrar.

d) Etre accompagné de la documentation à l'appui, y compris les accords et arrangements pertinents conclus entre les parties, dans la mesure où le demandeur l'estime nécessaire au moment du dépôt du mémoire;

e) Indiquer le nombre de conciliateurs requis, toute proposition relative à la désignation des conciliateurs ou le nom du conciliateur désigné par le demandeur conformément au paragraphe 2 de l'article 32;

f) Contenir, le cas échéant, des propositions quant aux règles de procédure.

3. Le mémoire sera daté; il sera signé par la partie.

Règle 2

1. S'il décide de répondre au mémoire, le défendeur devra, dans les 30 jours qui suivent la date de la réception par lui du mémoire introductif, adresser à l'autre partie, avec copie au Greffier, une réplique.

2. La réplique devra:

a) Contenir un bref exposé des faits pertinents opposés aux affirmations du mémoire, la proposition éventuelle du défendeur pour le règlement du différend et la réparation demandée par lui, le cas échéant, en vue du règlement du différend;

b) Préciser si une procédure orale est souhaitée et, dans l'affirmative, indiquer, dans la mesure où ils sont connus à ce moment, les nom et adresse des personnes appelées à témoigner, y compris les experts, en faveur du défendeur;

c) Etre accompagné de la documentation à l'appui, y compris les accords et les arrangements pertinents conclus entre les parties, dans la mesure où le défendeur l'estime nécessaire au moment de l'envoi de la réplique;

d) Indiquer le nombre de conciliateurs requis, toute proposition relative à la désignation des conciliateurs ou le nom du conciliateur désigné par le défendeur conformément au paragraphe 2 de l'article 32;

e) Contenir, le cas échéant, des propositions quant aux règles de procédure.

3. La réplique sera datée; elle sera signée par la partie.

Règle 3

1. Toute personne physique ou morale intéressée qui souhaite se joindre à une instance en conciliation en application de l'article 34 adressera aux parties au différend une demande écrite, avec copie au Greffier.

d) umfaßt alle Unterlagen und einschlägigen Vereinbarungen und Abmachungen zwischen den Parteien, die der Antragsteller zur Zeit der Antragstellung für erforderlich hält;

e) gibt die Zahl der erforderlichen Schlichter an, enthält etwaige Vorschläge für die Benennung der Schlichter oder den Namen des vom Antragsteller nach Artikel 32 Absatz 2 zu benennenden Schlichters und

f) enthält etwaige Vorschläge für eine Verfahrensordnung.

(3) Die Antragsschrift ist mit dem Datum zu versehen und von der Partei zu unterschreiben.

Regel 2

(1) Beschließt der Antragsgegner, auf den Antrag zu erwidern, so übermittelt er der anderen Partei und abschriftlich dem Sekretär innerhalb von 30 Tagen nach Empfang der Antragsschrift eine Erwiderung.

(2) Die Erwiderung

a) enthält eine Kurzdarstellung der den Behauptungen in der Antragsschrift entgegengehaltenen sachdienlichen Tatsachen, gegebenenfalls den Vorschlag des Antragsgegners für eine Beilegung der Streitigkeit und jede von ihm zur Beilegung der Streitigkeit beanspruchte Abhilfe;

b) gibt an, ob eine mündliche Verhandlung gewünscht wird, und bejahendenfalls die Namen und Anschriften der Personen einschließlich der Sachverständigen, die für den Antragsgegner als Zeugen auftreten sollen, soweit diese Namen und Anschriften derzeit bekannt sind;

c) umfaßt alle Unterlagen und einschlägigen Vereinbarungen und Abmachungen zwischen den Parteien, die der Antragsgegner zur Zeit der Abgabe der Erwiderung für erforderlich hält;

d) gibt die Zahl der erforderlichen Schlichter an, enthält etwaige Vorschläge über die Benennung der Schlichter oder den Namen des von dem Antragsgegner nach Artikel 32 Absatz 2 zu benennenden Schlichters und

e) enthält etwaige Vorschläge für eine Verfahrensordnung.

(3) Die Erwiderung ist mit dem Datum zu versehen und von der Partei zu unterschreiben.

Regel 3

(1) Jede natürliche oder juristische Person, die einem Schlichtungsverfahren nach Artikel 34 beizutreten wünscht, übermittelt den Streitparteien und abschriftlich dem Sekretär einen schriftlichen Antrag.

2. If participation in accordance with (a) of article 34 is desired, the request shall set forth the grounds therefor, including the information required under rule 1, paragraph 2 (a), (b) and (d).

3. If participation in accordance with (b) of article 34 is desired, the request shall state the grounds therefor and which of the original parties would be supported.

4. Any objection to a request for joinder by such a party shall be sent by the objecting party, with a copy to the other party, within seven days of receipt of the request.

5. In the event that two or more proceedings are consolidated, subsequent requests for third-party participation shall be transmitted to all parties concerned, each of which may object in accordance with the present rule.

Rule 4

By agreement between the parties to a dispute, on motion by either party, and after affording the parties an opportunity of being heard, the conciliators may order the consolidation or separation of all or any claims then pending between the same parties.

Rule 5

1. Any party may challenge a conciliator where circumstances exist that cause justifiable doubts as to his independence.

2. Notice of challenge, stating reasons therefor, should be made prior to the date of the closing of the proceedings, before the conciliators have rendered their recommendation. Any such challenge shall be heard promptly and shall be determined by majority vote of the conciliators in the first instance, as a preliminary point, in cases where more than one conciliator has been appointed. The decision in such cases shall be final.

3. A conciliator who has died, resigned, become incapacitated or disqualified shall be replaced promptly.

4. Proceedings interrupted in this way shall continue from the point where they were interrupted, unless it is agreed by the parties or ordered by the conciliators that a review or rehearing of any oral testimony take place.

Rule 6

The conciliators shall be judges of their own jurisdiction and/or competence within the provisions of the Code.

2. Si la jonction est souhaitée en application de l'alinéa a de l'article 34, la demande exposera les motifs à l'appui et contiendra les renseignements requis aux termes des alinéas a, b et d du paragraphe 2 de la règle 1.

3. Si la jonction est souhaitée en application de l'alinéa b de l'article 34, la demande exposera les motifs à l'appui et indiquera laquelle des parties initiales au différend sera soutenue.

4. Toute opposition à cette demande de jonction sera notifiée par la partie qui s'y oppose, avec copie à l'autre partie, dans les sept jours de la réception de la demande.

5. Si deux ou plusieurs instances sont jointes, les demandes ultérieures en tierce intervention seront adressées à toutes les parties intéressées, et chacune d'elles pourra s'y opposer conformément à la présente règle.

Règle 4

Par accord entre les parties à un différend, à la demande de l'une ou l'autre des parties et après avoir donné aux parties l'occasion d'être entendues, les conciliateurs peuvent ordonner la jonction ou la disjonction de toutes les instances alors pendantes entre les mêmes parties ou de certaines d'entre elles.

Règle 5

1. Chacune des parties peut récuser un conciliateur si des circonstances suscitent des doutes justifiables quant à son indépendance.

2. Il doit être donné avis de la récusation, y compris des motifs invoqués, avant la date de la clôture de l'instance, avant que les conciliateurs aient rendu leur recommandation. Cette récusation sera instruite sans délai et tranchée en tout premier lieu par les conciliateurs à la majorité des voix, en tant qu'exception préliminaire, quand il a été désigné plus d'un conciliateur. La décision rendue en pareil cas est définitive.

3. Un conciliateur qui vient à décéder, démissionne, est frappé d'incapacité ou récusé, sera remplacé sans délai.

4. Une instance interrompue comme il vient d'être dit sera reprise au point où elle avait été interrompue, à moins que les parties ne conviennent ou que les conciliateurs n'ordonnent de réexaminer ou de réentendre toute déposition orale.

Règle 6

Les conciliateurs sont juges de leur juridiction et/ou compétence dans le cadre des dispositions du Code.

(2) Wird ein Beitritt zum Verfahren nach Artikel 34 Buchstabe a gewünscht, so hat der Antrag die Gründe dafür einschließlich der nach Regel 1 Absatz 2 Buchstaben a, b und d erforderlichen Informationen zu enthalten.

(3) Wird der Beitritt zum Verfahren nach Artikel 34 Buchstabe b gewünscht, so hat der Antrag die Gründe dafür und die ursprüngliche Partei anzugeben, die unterstützt werden soll.

(4) Ein Einspruch gegen einen Beitrittsantrag dieser Partei wird ihr und abschriftlich der anderen Partei von der Einspruch erhebenden Partei innerhalb von sieben Tagen nach Eingang des Antrags übermittelt.

(5) Werden zwei oder mehr Verfahren verbunden, so werden spätere Anträge auf Beitritt Dritter allen beteiligten Parteien übermittelt, von denen jede nach dieser Regel Einspruch erheben kann.

Regel 4

Aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Streitparteien können auf Veranlassung einer von ihnen die Schlichter, nachdem sie den Parteien Gelegenheit gegeben haben, gehört zu werden, die Verbindung oder Trennung aller oder einzelner derzeit zwischen denselben Parteien anhängiger Verfahren anordnen.

Regel 5

(1) Jede Partei kann einen Schlichter ablehnen, wenn Umstände vorliegen, die zu berechtigten Zweifeln hinsichtlich seiner Unabhängigkeit Anlaß geben.

(2) Die Ablehnung samt Begründung soll vor dem Tag des Abschlusses des Verfahrens mitgeteilt werden, bevor die Schlichter ihre Empfehlung abgegeben haben. Diese Ablehnung ist umgehend zu behandeln und wird mit den Stimmen der Mehrheit der Schlichter zunächst als Vorfrage entschieden, sofern mehr als ein Schlichter benannt worden ist. Die Entscheidung in derartigen Fällen ist endgültig.

(3) Ein Schlichter, der gestorben, zurückgetreten, verhindert oder abgelehnt worden ist, wird umgehend ersetzt.

(4) Ein auf diese Weise unterbrochenes Verfahren wird an dem Punkt fortgesetzt, an dem es unterbrochen wurde, sofern nicht die Parteien vereinbaren oder die Schlichter anordnen, daß eine mündliche Zeugenaussage überprüft oder wiederholt wird.

Regel 6

Die Schlichter entscheiden selbst über ihre örtliche und/oder sachliche Zuständigkeit im Rahmen des Kodexes.

Rule 7

1. The conciliators shall receive and consider all written statements, documents, affidavits, publications or any other evidence, including oral evidence, which may be submitted to them by or on behalf of any of the parties, and shall give such weight thereto as in their judgement such evidence merits.

2. (a) Each party may submit to the conciliators any material it considers relevant, and at the time of such submission shall deliver certified copies to any other party to the proceedings, which party shall be given a reasonable opportunity to reply thereto;

(b) The conciliators shall be the sole judges of the relevance and materiality of the evidence submitted to them by the parties;

(c) The conciliators may ask the parties to produce such additional evidence as they may deem necessary to an understanding and determination of the dispute, provided that, if such additional evidence is produced, the other parties to the proceedings shall have a reasonable opportunity to comment thereon.

Règle 7

1. Les conciliateurs admettront et examineront tous mémoires écrits, pièces, affirmations sous serment et publications et tous autres éléments de preuve, même oraux, qui leur seraient soumis par l'une quelconque des parties ou en son nom, et leur reconnaîtront la valeur probante qu'ils estimeront devoir leur attribuer.

2. a) Chacune des parties peut soumettre au conciliateur tous éléments qu'elle juge pertinents; en même temps, elle en remettra des copies certifiées conformes à toutes autres parties à l'instance, qui disposeront d'un délai raisonnable de réplique.

b) Les conciliateurs seront seuls juges de la pertinence et de l'importance des éléments de preuve qui leur seront soumis par les parties.

c) Les conciliateurs pourront demander aux parties de produire tous éléments complémentaires de preuve qu'ils estimeront nécessaires à la compréhension et à l'appréciation du différend, étant entendu que, si de tels éléments complémentaires de preuve sont produits, les autres parties à l'instance auront une possibilité raisonnable de présenter leurs observations à ce sujet.

Regel 7

(1) Die Schlichter nehmen alle schriftlichen Äußerungen, Urkunden, eidesstattlichen Erklärungen, Veröffentlichungen oder sonstigen Beweismittel einschließlich mündlicher Zeugenaussagen, die ihnen von oder namens einer Partei vorgelegt werden, entgegen und prüfen sie; sie messen ihnen die Bedeutung bei, die sie nach ihrer Auffassung verdienen.

(2) a) Jede Partei kann den Schlichtern Material vorlegen, das sie für zweckdienlich hält; gleichzeitig übermittelt sie jeder anderen Partei des Verfahrens beglaubigte Abschriften und diese erhält eine angemessene Frist für ihre Erwiderung.

b) Die Schlichter beurteilen allein die Erheblichkeit und Bedeutung der ihnen von den Parteien vorgelegten Beweismittel.

c) Die Schlichter können die Parteien ersuchen, alle zusätzlichen Beweismittel vorzulegen, die sie für erforderlich halten, um die Streitigkeit verstehen und entscheiden zu können; dabei müssen, wenn solche zusätzlichen Beweismittel vorgelegt werden, die anderen Parteien des Verfahrens eine angemessene Möglichkeit erhalten, dazu Stellung zu nehmen.

Rule 8

1. Whenever a period of days for the doing of any act is provided for in the Code or in these rules, the day from which the period begins to run shall not be counted, and the last day of the period shall be counted, except where that last day is a Saturday, Sunday or a public holiday at the place of conciliation, in which case the last day shall be the next business day.

2. When the time provided for is less than seven days, intermediate Saturdays, Sundays and public holidays shall be excluded from the computation.

Règle 8

1. Quand un délai pour l'accomplissement d'un acte est prévu dans le Code ou dans les présentes règles, le jour à partir duquel le délai commence à courir n'est pas compté, mais le dernier jour du délai est compté, à moins qu'il ne tombe un samedi, un dimanche ou un jour qui est férié à l'endroit où a lieu la conciliation auquel cas, le dernier jour en question est le prochain jour ouvrable.

2. Quand le délai est inférieur à sept jours, les samedis, dimanches et jours fériés qui tomberont pendant ce délai ne sont pas compris dans le calcul.

Regel 8

(1) Ist für eine Handlung in dem Kodex oder in dieser Verfahrensordnung eine Frist vorgesehen, so wird der Tag, an dem die Frist beginnt, nicht gezählt, und der letzte Tag der Frist wird gezählt, es sei denn, der letzte Tag ist ein Sonnabend, Sonntag oder öffentlicher Feiertag am Schlichtungsort; in diesem Fall ist der letzte Tag der nächste Werktag.

(2) Beträgt die vorgesehene Zeit weniger als sieben Tage, so werden in dieser Frist liegende Sonnabende, Sonntage und öffentliche Feiertage aus der Berechnung ausgenommen.

Rule 9

Subject to the provisions relating to procedural time-limits in the Code, the conciliators may, on a motion by one of the parties or pursuant to agreement between them, extend any such time-limit which has been fixed by the conciliators.

Règle 9

Sous réserve des dispositions relatives aux délais de procédure fixés dans le Code, les conciliateurs pourront, à la requête de l'une des parties ou en application d'un accord intervenu entre elles, proroger tout délai qu'ils auront fixé.

Regel 9

Vorbehaltlich der Bestimmungen über Verfahrensfristen in dem Kodex können die Schlichter auf Veranlassung einer der Parteien oder aufgrund einer Vereinbarung zwischen ihnen jede solche von den Schlichtern bestimmte Frist verlängern.

Rule 10

1. The conciliators shall fix the order of business and, unless otherwise agreed, the date and hour of each session.

2. Unless the parties otherwise agree, the proceedings shall take place in private.

3. The conciliators shall specifically inquire of all the parties whether they

Règle 10

1. Les conciliateurs régleront l'ordonnance de l'instance et, à moins qu'il n'en soit convenu autrement, fixeront la date et l'heure de chaque séance.

2. A moins que les parties n'en conviennent autrement, les débats auront lieu à huis clos.

3. Avant de prononcer la clôture de l'instance, les conciliateurs demanderont

Regel 10

(1) Die Schlichter legen die Geschäftsordnung und, sofern nichts anderes vereinbart ist, Tag und Uhrzeit jeder Sitzung fest.

(2) Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, ist das Verfahren nicht öffentlich.

(3) Die Schlichter befragen alle Parteien ausdrücklich, ob sie weitere Beweis-

have any further evidence to submit before declaring the proceedings closed, and a noting thereof shall be recorded.

Rule 11

Conciliators' recommendations shall be in writing and shall include:

(a) The precise designation and address of each party;

(b) A description of the method of appointing conciliators, including their names;

(c) The dates and place of the conciliation proceedings;

(d) A summary of the conciliation proceedings, as the conciliators deem appropriate;

(e) A summary statement of the facts found by the conciliators;

(f) A summary of the submissions of the parties;

(g) Pronouncements on the issues in dispute, together with the reasons therefor;

(h) The signatures of the conciliators and the date of each signature; and

(i) An address for the communication of the acceptance or rejection of the recommendation.

Rule 12

The recommendation shall, so far as possible, contain a pronouncement on costs in accordance with the provisions of the Code. If the recommendation does not contain a full pronouncement on costs, the conciliators shall, as soon as possible after the recommendation, and in any event not later than 60 days thereafter, make a pronouncement in writing regarding costs as provided in the Code.

Rule 13

Conciliators' recommendations shall also take into account previous and similar cases whenever this would facilitate a more uniform implementation of the Code and observance of conciliators' recommendations.

expressément à toutes les parties si elles ont d'autres éléments de preuve à produire, et il en sera pris acte dans le procès-verbal.

Règle 11

Les recommandations des conciliateurs seront faites par écrit et contiendront:

a) La désignation et l'adresse exacte de chaque partie;

b) L'énoncé de la méthode suivie pour désigner les conciliateurs, avec leur nom;

c) La date ou les dates et le lieu de la procédure de conciliation;

d) Un résumé de la procédure de conciliation, comme les conciliateurs l'estimeront approprié;

e) Un exposé succinct des faits retenus par les conciliateurs;

f) Un résumé des conclusions présentées par les parties;

g) Les décisions rendues sur les questions en litige, avec l'exposé des motifs;

h) La signature des conciliateurs et la date de chaque signature;

i) Une adresse aux fins de la communication de l'acceptation ou du rejet de la recommandation.

Règle 12

La recommandation renfermera, autant que possible, une décision relative aux dépens, conformément aux dispositions du Code. Si la recommandation ne comporte pas de décision quant aux dépens, les conciliateurs devront, le plus tôt possible après la date de la recommandation et, en tout cas, au plus tard dans les 60 jours qui suivront cette date, rendre par écrit une décision relative aux dépens comme il est prévu dans le Code.

Règle 13

Les recommandations des conciliateurs tiendront aussi compte des cas antérieurs analogues, chaque fois que cela faciliterait une application plus uniforme du Code et le respect des recommandations des conciliateurs.

mittel vorzulegen haben, bevor sie das Verfahren für abgeschlossen erklären, und dies wird im Protokoll vermerkt.

Regel 11

Die Empfehlungen der Schlichter bedürfen der Schriftform und müssen enthalten

a) die genaue Bezeichnung und Anschrift jeder Partei;

b) eine Beschreibung des Verfahrens zur Benennung der Schlichter einschließlich ihrer Namen;

c) die Daten und den Ort des Schlichtungsverfahrens;

d) eine Zusammenfassung des Schlichtungsverfahrens, wie es die Schlichter für angemessen halten;

e) eine Kurzdarstellung des von den Schlichtern festgestellten Sachverhalts;

f) eine Zusammenfassung des Vorbringens der Parteien;

g) die Erklärungen über die Streitfragen samt Begründung;

h) die Unterschriften der Schlichter und den Tag jeder Unterschrift

sowie

i) eine Anschrift für die Mitteilung der Annahme oder Ablehnung der Empfehlung.

Regel 12

Die Empfehlung enthält nach Möglichkeit eine Entscheidung über die Kosten nach Maßgabe dieses Kodexes. Enthält die Empfehlung keine ausführliche Entscheidung über die Kosten, so geben die Schlichter so bald wie möglich nach der Empfehlung, spätestens jedoch 60 Tage danach, eine schriftliche Entscheidung über die Kosten nach Maßgabe dieses Kodexes ab.

Regel 13

Die Empfehlungen der Schlichter berücksichtigen auch frühere und ähnliche Fälle, wenn dies eine einheitlichere Anwendung des Kodexes und die Befolgung der Empfehlungen der Schlichter erleichtern würde.

Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 20. Januar 1983

In Bangui ist am 10. Dezember 1982 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 10. Dezember 1982

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 20. Januar 1983

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Ehmann

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Zentralafrikanischen Republik,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Zentralafrikanischen Republik,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Zentralafrikanischen Republik beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Zentralafrikanischen Republik, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 11 Millionen DM (in Worten: elf Millionen Deutsche Mark) zu erhalten:

a) bis zu 8 Millionen DM (in Worten: acht Millionen Deutsche Mark) für das Vorhaben „Ausbau von Regionalstraßen in Ouham-Pendé", wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist;

b) bis zu 3 Millionen DM (in Worten: drei Millionen Deutsche Mark) zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage.

Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Lieferverträge beziehungsweise Leistungsverträge nach der Unterzeichnung des nach Artikel 2 zu schließenden Vertrages abgeschlossen worden sind.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Zentralafrikanischen Republik zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des Vorhabens „Ausbau von Regionalstraßen in Ouham-Pendé" von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Das in Absatz 1 Buchstabe a bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge sowie die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Zentralafrikanischen Republik stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Zentralafrikanischen Republik erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Zentralafrikanischen Republik überläßt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für das in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a bezeichnete Vorhaben, das aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert wird, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Zentralafrikanischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bangui am 10. Dezember 1982 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Otto Roever

Für die Regierung der Zentralafrikanischen Republik
Guy Darlan

Anlage
zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 des Regierungsabkommens vom 10. Dezember 1982 aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden können:
   a) Industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate,
   b) industrielle Ausrüstungen sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte,
   c) Ersatz- und Zubehörteile aller Art,
   d) Erzeugnisse der chemischen Industrie, insbesondere Düngemittel, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Arzneimittel,
   e) sonstige gewerbliche Erzeugnisse, die für die Entwicklung der Zentralafrikanischen Republik von Bedeutung sind,
   f) Beratungsleistungen, Patente und Lizenzgebühren.
2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Finanzierungsbeitrag ausgeschlossen.

e) Es besteht Übereinstimmung, daß durch diese Vereinbarung der Gesetzgeber beider Vertragsparteien nicht gehindert wird, abweichende Gesetze zu erlassen und daß, falls eine der beiden Regierungen ein solches Gesetz einzuführen beabsichtigt, sie die andere Regierung sobald wie möglich davon unterrichtet und erforderlichenfalls Verhandlungen über die Änderung dieser Vereinbarung aufnehmen wird.

2. Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Tonga innerhalb von 3 Monaten nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Falls sich die Regierung des Königreichs Tonga mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt, beehrt sich die Botschaft vorzuschlagen, daß diese Note und die das Einverständnis der Regierung des Königreichs Tonga zum Ausdruck bringende Antwortnote eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum der Antwortnote der Regierung von Tonga in Kraft tritt.

L. S.

An das
Amt des Premierministers
des Königreichs Tonga
Nuku'alofa

(Übersetzung)

30. März 1979

Das Amt des Premierministers des Königreichs Tonga beehrt sich, unter Bezugnahme auf die Note der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland vom 23. August 1978 – RK 531.41 TON – das Einverständnis der Regierung des Königreichs Tonga mit den in der Note gemachten Vorschlägen über die Weiteranwendung des deutsch-britischen Auslieferungsvertrags vom 14. Mai 1872 in der Fassung der Vereinbarung vom 23. Februar 1960 mit den in der oben erwähnten Note vom 23. August 1978 – RK 531.41 TON – vorgeschlagenen weiteren Änderungen zum Ausdruck zu bringen.

Das Amt des Premierministers des Königreichs Tonga beehrt sich ferner, sich damit einverstanden zu erklären, daß diese Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Tonga mit dem Datum dieser Note in Kraft tritt.

(Es folgt die Schlußformel.)

L. S.

An die
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland
Wellington, Neuseeland

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über sichere Container

Vom 21. Januar 1983

Das Internationale Übereinkommen vom 2. Dezember 1972 über sichere Container (CSC) – BGBl. 1977 II S. 41 – wird nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für

Südafrika am 25. Juni 1983

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. Januar 1982 (BGBl. II S. 77).

Bonn, den 21. Januar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-kenianischen Luftverkehrsabkommens

Vom 24. Januar 1983

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 9. Februar 1982 zu dem Abkommen vom 24. Juli 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kenia über den Fluglinienverkehr zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus (BGBl. 1982 II S. 121) wird bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 19 Abs. 1

am 19. November 1982

in Kraft getreten ist.

Bonn, den 24. Januar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung zu dem Europäischen Übereinkommen über die Adoption von Kindern

Vom 24. Januar 1983

Einer Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats vom 28. Juni 1982 zufolge hat Italien seine Vorbehalte zu dem Europäischen Übereinkommen vom 24. April 1967 über die Adoption von Kindern (BGBl. 1980 II S. 1093), die es anläßlich der Ratifikation dieses Übereinkommens eingelegt hatte (Bekanntmachung vom 21. Januar 1981/BGBl. II S. 72), mit Wirkung vom 26. August 1981 für weitere fünf Jahre erneuert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. November 1981 (BGBl. II S. 1020).

Bonn, den 24. Januar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
zu dem Übereinkommen Nr. 3
der Internationalen Arbeitsorganisation
betreffend die Beschäftigung der Frauen
vor und nach der Niederkunft**

Vom 24. Januar 1983

Auf Grund einer am 29. Juni 1982 bei dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes registrierten Erklärung des Vereinigten Königreichs wird das

Übereinkommen Nr. 3 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 29. November 1919 betreffend die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft (RGBl. 1927 II S. 497)

mit Wirkung vom 29. Juni 1982 in Hongkong nach Maßgabe folgender Abänderungen angewendet:

"Article 2:

(i) The term "woman" signifies:

(a) outside the civil service, a female employee within the coverage of the Employment Ordinance and who satisfies the conditions laid down under Part III of the ordinance; and

(b) in the civil service, for the purpose of determining maternity leave pay entitlement, a woman officer who satisfies the conditions laid down under Civil Service Regulation 1250.

(ii) The term "child" signifies:

(a) outside the civil service and in the context of the Employment Ordinance, a child born to a female employee defined at (i) (a) above; and

(b) in the civil service, for the the purpose of determining maternity leave pay entitlement, a child born to a woman officer satisfying conditions laid down under Civil Service Regulation 1250.

Article 3 (a):

(i) Outside the civil service, maternity leave is granted, under the Employment Ordinance, to a woman who has been employed by the same employer under a continuous contract for a period of not less than 26 weeks.

(ii) Outside the civil service, a woman is not prohibited by law from working during the six weeks following her confinement.

(iii) In the civil service, a woman is not prohibited by regulation from working during the fifth and sixth weeks following her confinement.

Article 3 (c):

(i) Maternity leave pay outside the civil service is provided, under the Employment Ordinance, by an employer for a female employee for the periods of four weeks before the

(Übersetzung)

„Artikel 2:

i) Als „Frau" gilt

a) außerhalb des öffentlichen Dienstes: eine Arbeitnehmerin, die unter die Beschäftigungsverordnung (Employment Ordinance) fällt und die Voraussetzungen nach Teil III der Verordnung erfüllt, und

b) im öffentlichen Dienst zum Zweck der Feststellung des Anspruchs auf bezahlten Mutterschaftsurlaub: eine Bedienstete, welche die Voraussetzungen der Verwaltungsvorschrift 1250 für den öffentlichen Dienst (Civil Service Regulation 1250) erfüllt.

ii) Als „Kind" gilt

a) außerhalb des öffentlichen Dienstes und im Rahmen der Beschäftigungsverordnung: das leibliche Kind einer Arbeitnehmerin im Sinne der Ziffer i Buchstabe a und

b) im öffentlichen Dienst zum Zweck der Feststellung des Anspruchs auf bezahlten Mutterschaftsurlaub: das leibliche Kind einer Bediensteten, welche die Voraussetzungen der Verwaltungsvorschrift 1250 für den öffentlichen Dienst erfüllt.

Artikel 3 Buchstabe a:

i) Außerhalb des öffentlichen Dienstes erhält aufgrund der Beschäftigungsverordnung eine Frau Mutterschaftsurlaub, die in einem ununterbrochenen Arbeitsverhältnis mindestens 26 Wochen bei demselben Arbeitgeber beschäftigt gewesen ist.

ii) Außerhalb des öffentlichen Dienstes ist es einer Frau nicht durch Gesetz verboten, während der sechs Wochen nach ihrer Niederkunft zu arbeiten.

iii) im öffentlichen Dienst ist es einer Frau nicht durch eine Vorschrift verboten, während der fünften und sechsten Woche nach ihrer Niederkunft zu arbeiten.

Artikel 3 Buchstabe c:

i) Außerhalb des öffentlichen Dienstes ist nach der Beschäftigungsverordnung vorgesehen, daß ein Arbeitgeber einer Arbeitnehmerin für die Dauer von vier Wochen

expected date of confinement and six weeks after confinement if she –

(a) has been employed by that employer under a continuous contract for a period of not less than 40 weeks before the expected date of her commencement of maternity leave;

(b) has no children or no more than two children born to her at the time she gives notice of her intention to take maternity leave and has produced to her employer a statutory declaration to that effect; and

(c) has given notice as required under the Employment Ordinance and produced medical certificates as required by the employer under the ordinance.

(ii) In the civil service, a female officer who has completed 40 weeks of resident service is granted, for three surviving children only, full pay during maternity leave to cover a total absence from duty of up to ten weeks.

Article 3 (d):

There is no provision for a woman to nurse her child during working hours.

Article 4:

There is no provision under Civil Service Regulations prohibiting the dismissal of a woman officer during her absence on account of maternity leave or illness medically certified to arise out of pregnancy or confinement although in practice women officers have never been dismissed under such circumstances."

vor dem mutmaßlichen Tag der Niederkunft und sechs Wochen nach der Niederkunft bezahlten Mutterschaftsurlaub gewährt, falls sie

a) in einem ununterbrochenen Arbeitsverhältnis mindestens 40 Wochen vor dem mutmaßlichen Tag des Beginns ihres Mutterschaftsurlaubs bei dem betreffenden Arbeitgeber beschäftigt gewesen ist;

b) zu dem Zeitpunkt, in dem sie ihre Absicht mitteilt, Mutterschaftsurlaub zu nehmen, noch kein leibliches Kind oder nicht mehr als zwei leibliche Kinder hat und ihrem Arbeitgeber eine dahingehende eidesstattliche Erklärung abgegeben hat, und

c) die nach der Beschäftigungsverordnung verlangte Mitteilung gemacht und die vom Arbeitgeber aufgrund der Verordnung verlangten ärztlichen Zeugnisse beigebracht hat.

ii) Im öffentlichen Dienst erhält eine Bedienstete, die 40 Wochen lang eine ständige dienstliche Tätigkeit (resident service) ausgeübt hat, für nur drei überlebende Kinder volle Dienstbezüge während des Mutterschaftsurlaubs für eine Abwesenheit von insgesamt bis zu zehn Wochen.

Artikel 3 Buchstabe d:

Es gibt keine Vorschrift, daß eine Frau ihr Kind während ihrer Arbeitszeit stillen darf.

Artikel 4:

Nach den Verwaltungsvorschriften für den öffentlichen Dienst ist es nicht verboten, einer Bediensteten während ihrer Abwesenheit infolge von Mutterschaftsurlaub oder einer Krankheit, die durch ärztliches Zeugnis als Folge ihrer Schwangerschaft oder Niederkunft erklärt worden ist, zu kündigen, obgleich in der Praxis weibliche Bedienstete unter solchen Umständen nie entlassen worden sind."

Das Vereinigte Königreich selber hat das Übereinkommen Nr. 3 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 29. November 1919 betreffend die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft nicht ratifiziert, hatte sich aber anläßlich seiner Ratifikation des

Übereinkommens Nr. 83 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 11. Juli 1947 über die Durchführung der internationalen Arbeitsnormen in den außerhalb des Mutterlandes gelegenen Gebieten

am 27. März 1950 nach Artikel 1 Abs. 2 Buchstabe d dieses Übereinkommens unter anderem auch die Entscheidung darüber vorbehalten, in welchen abhängigen Gebieten das Übereinkommen Nr. 3 durchgeführt wird. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht Vertragspartei des vorstehend zitierten Übereinkommens Nr. 83.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. Oktober 1972 (BGBl. II S. 1503).

Bonn, den 24. Januar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Vertrags
über die Nichtverbreitung von Kernwaffen

Vom 25. Januar 1983

Der Vertrag vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (BGBl. 1974 II S. 785) ist nach seinem Artikel IX Abs. 4 für

Uganda am 20. Oktober 1982

in Kraft getreten. Uganda hat seine Beitrittsurkunde am 20. Oktober 1982 in Washington hinterlegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. September 1982 (BGBl. II S. 840).

Bonn, den 25. Januar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen

Vom 26. Januar 1983

Das Abkommen vom 14. September 1963 über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen (BGBl. 1969 II S. 121) ist nach seinem Artikel 22 Abs. 2 für

Uganda am 23. September 1982

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. Februar 1982 (BGBl. II S. 152).

Bonn, den 26. Januar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der vier Genfer Rotkreuz-Abkommen

Vom 26. Januar 1983

Das I. Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde,

das II. Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See,

das III. Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen

und

das IV. Genfer Abkommen zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten,

sämtlich vom 12. August 1949 (BGBl. 1954 II S. 781, 783, 813, 838, 917),

werden für

Vanuatu am 27. April 1983

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. November 1981 (BGBl. II S. 1074).

Bonn, den 26. Januar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
zu den Artikeln 25 und 46 der Konvention
zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
und zum Protokoll Nr. 4 zu dieser Konvention**

Vom 26. Januar 1983

Italien hat mit Erklärung vom 2. Dezember 1982 nach Artikel 6 Abs. 2 des Protokolls Nr. 4 vom 16. September 1963 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 1968 II S. 422) erklärt, daß es die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 25 und die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nach Artikel 46 der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 1952 II S. 685, 953) – letztere unter der Bedingung der Gegenseitigkeit –

mit Wirkung vom 1. Januar 1983
für die Zeit bis einschließlich 31. Juli 1984

mit der Maßgabe anerkennt, daß sich diese Unterwerfungserklärungen auch auf die Artikel 1 bis 4 des Protokolls Nr. 4 erstrecken.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 25. September 1981 (BGBl. II S. 923), vom 10. September 1982 (BGBl. II S. 860) und vom 3. November 1982 (BGBl. II S. 977).

Bonn, den 26. Januar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung zu dem deutsch-amerikanischen Verwaltungsabkommen über die Rechtsstellung von Kreditgenossenschaften der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland

Vom 26. Januar 1983

Die nachstehend angegebenen, in Nummer 3 des Verwaltungsabkommens vom 24. Oktober 1967 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtsstellung von Kreditgenossenschaften der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (BAnz. Nr. 213 vom 11. November 1967) erwähnten Kreditgenossenschaften haben ihre Tätigkeit innerhalb amerikanischer Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland eingestellt:

die „Lackland Federal Credit Union,"
die „Redstone Federal Credit Union".

In Anwendung der Nummer 4 des Verwaltungsabkommens vom 24. Oktober 1967 hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland durch Verbalnote vom 18. Oktober 1982 einem entsprechenden Vorschlag der amerikanischen Regierung vom 7. September 1982 zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Kreditgenossenschaft

„Pentagon Credit Union"

zugestimmt.

Bonn, den 26. Januar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation

Vom 26. Januar 1983

Das Europäische Übereinkommen vom 7. Juni 1968 zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation (BGBl. 1971 II S. 85) wird nach seinem Artikel 6 Abs. 3 für

Portugal	am 14. März 1983

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. Juni 1982 (BGBl. II S. 639).

Bonn, den 26. Januar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls vom 7. Februar 1970 zu den Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr (CIM) und den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV)

Vom 27. Januar 1983

Das Zusatzprotokoll vom 7. Februar 1970 zu den Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr (CIM) und den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) – BGBl. 1974 II S. 357 in Verbindung mit S. 381, 493, 552 – ist für

Spanien	am	1. Juli 1975
Syrien	am	1. Januar 1975

in Kraft getreten.

Die in der Bekanntmachung vom 7. Juli 1975 (BGBl. II S. 1130) gemachten Angaben zu Spanien werden insoweit berichtigt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 7. Mai 1976 (BGBl. II S. 586), vom 21. März 1978 (BGBl. II S. 399) und vom 7. Februar 1980 (BGBl. II S. 183).

Bonn, den 27. Januar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie nebst Zusatzvereinbarungen

Vom 28. Januar 1983

Das Vereinigte Königreich, für das das Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie nebst Zusatzprotokoll vom 28. Januar 1964 (BGBl. 1976 II S. 310) am 1. April 1968 und das Übereinkommen vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie nebst Zusatzprotokoll vom 28. Januar 1964 (BGBl. 1976 II S. 310, 318) am 4. Dezember 1974 in Kraft getreten sind (BGBl. 1976 II S. 308), hat mit einer Erklärung vom 8. April 1982 den Verwahrer davon unterrichtet, daß die Ausdehnung der genannten Übereinkommen auf die

Vogtei Guernsey am 8. April 1982

in Kraft getreten ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. Dezember 1979 (BGBl. 1980 II S. 8).

Bonn, den 28. Januar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 31. Januar 1983

In Antananarivo ist am 24. Dezember 1982 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 24. Dezember 1982

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 31. Januar 1983

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Arnolds

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Republik Madagaskar,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Demokratischen Republik Madagaskar beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Studien- und Expertenfonds II" einen Finanzierungsbeitrag bis zu DM 1,0 Million (in Worten: eine Million Deutsche Mark) zu erhalten.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages sowie die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrages zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrages in der Demokratischen Republik Madagaskar erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Das bei der Vergabe der Aufträge für die Durchführung des in Artikel 1 bezeichneten Vorhabens anzuwendende Verfahren wird in dem zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger zu schließenden Finanzierungsvertrag geregelt.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmung des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Akbommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Antananarivo am 24. Dezember 1982 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Peter Scholz

Für die Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar

Ramasinaivo

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung

Vom 25. Januar 1983

I.

Das Internationale Übereinkommen vom 7. März 1966 zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (BGBl. 1969 II S. 961) ist nach seinem Artikel 19 Abs. 2 für

Portugal	am 23. September 1982
Vietnam	am 9. Juli 1982

in Kraft getreten.

Vietnam hat bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde folgenden Vorbehalt eingelegt:

(Translation)

"The Government of the Socialist Republic of Viet Nam does not consider itself bound by the provisions of article 22 of the Convention and holds that, for any dispute with regard to the interpretation or application of the Convention to be brought before the International Court of Justice, the consent of all parties to the dispute is necessary."

(Übersetzung)

„Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam betrachtet sich durch Artikel 22 des Übereinkommens nicht als gebunden und vertritt die Ansicht, daß die Zustimmung aller Streitparteien erforderlich ist, damit eine Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens dem Internationalen Gerichtshof vorgelegt werden kann."

Hiergegen ist kein Einspruch eingelegt worden; die nach Artikel 20 Abs. 2 Satz 2 des Übereinkommens zur Feststellung der Unzulässigkeit des vietnamesischen Vorbehalts erforderlichen Voraussetzungen sind nicht erfüllt.

II.

Frankreich hat am 16. August 1982 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen folgende Erklärung nach Artikel 14 Abs. 1des Übereinkommens abgegeben:

«Le Gouvernement de la République française déclare, conformément à l'article 14 de la Convention internationale pour l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale, ouverte à la signature le 7 mars 1966, reconnaître à dater du 15 août 1982, la compétence du comité pour l'élimination de la discrimination raciale pour recevoir et examiner des communications émanant de personnes ou de groupes de personnes relevant de la juridiction de la République française qui, soit en raison d'actes ou d'omissions, de faits ou d'événements postérieurs au 15 août 1982, soit en raison d'une décision portant sur des actes ou omissions, faits ou événements postérieurs à cette date, se plaindraient d'être victimes d'une violation, par la République française, de l'un des droits énoncés dans la Convention.»

(Übersetzung)

„Die Regierung der Französischen Republik erklärt nach Artikel 14 des am 7. März 1966 zur Unterzeichnung aufgelegten Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, daß sie vom 15. August 1982 an die Zuständigkeit des Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung für die Entgegennahme und Erörterung von Mitteilungen einzelner der Hoheitsgewalt der Französischen Republik unterstehender Personen oder Personengruppen anerkennt, die entweder aufgrund von Handlungen oder Unterlassungen, Tatsachen oder Ereignissen nach dem 15. August 1982 oder aufgrund einer Entscheidung betreffend Handlungen oder Unterlassungen, Tatsachen oder Ereignisse nach diesem Zeitpunkt vorgeben, Opfer einer Verletzung eines in dem Übereinkommen vorgesehenen Rechts durch die Französische Republik zu sein."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. Juli 1982 (BGBl. II S. 723).

Bonn, den 25. Januar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung

Vom 1. Februar 1983

Das Übereinkommen vom 2. Februar 1971 über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung (BGBl. 1976 II S. 1265) wird nach seinem Artikel 10 Abs. 2 für

Mauretanien	am	22. Februar 1983
Österreich	am	16. April 1983

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. August 1982 (BGBl. II S. 767).

Bonn, den 1. Februar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung
von Änderungen des Übereinkommens zur Errichtung der Interamerikanischen Entwicklungsbank

Vom 1. Februar 1983

Der Gouverneursrat der Interamerikanischen Entwicklungsbank hat am 27. Januar 1977 mit Entschließung AG-1/77 Änderungen des Artikels III des Übereinkommens vom 8. April 1959 zur Errichtung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BGBl. 1976 II S. 37) beschlossen. Die Änderungen sind

am 27. April 1977

in Kraft getreten; sie werden nachstehend veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 9. März 1977 (BGBl. II S. 278) und vom 8. März 1982 (BGBl. II S. 278).

Bonn, den 1. Februar 1983

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Albert

Entschließung AG-1/77
Kreditgewährung an die Karibische Entwicklungsbank

Resolution AG-1/77
Lending to the Caribbean Development Bank

Résolution AG-1/77
Financement de la Banque de Développement des Caraïbes

The Board of Governors resolves:

To make the following amendments to the Agreement Establishing the Bank:

(a) To amend Section 1 of Article III, as follows:

"The resources and facilities of the Bank shall be used exclusively to implement the purpose and functions enumerated in Article I of this Agreement, as well as to finance the development of any of the members of the Caribbean Development Bank by providing loans and technical assistance to that institution."

(b) To amend Section 4 of Article III, as follows:

"Subject to the conditions stipulated in this article, the Bank may make or guarantee loans to any member, or any agency or political subdivision thereof, to any enterprise in the territory of a member, and to the Caribbean Development Bank, in any of the following ways:"

(c) Subsection (b) of Article III, Section 6, as follows:

"(b) By providing financing to meet expenses related to the purposes of the loan in the territories of the country in which the project is to be carried out. Only in special cases, particularly when the project indirectly gives rise to an increase in the demand for foreign exchange in that country, shall the financing granted by the Bank to meet local expenses be provided in gold or in currencies other than that of such country; in such cases, the amount of the financing granted by the Bank for this purpose shall not exceed a reasonable portion of the local expenses incurred by the borrower."

L'Assemblée des gouverneurs, décide:

D'apporter les amendements suivants à l'Accord constitutif de la Banque:

(a) La Section 1 de l'Article III est ainsi modifiée:

«Les ressources et les services de la Banque seront utilisés exclusivement pour réaliser les objectifs et répondre aux attributions énumérés à l'Article I du présent Accord, ainsi que pour financer le développement de tout membre de la Banque de Développement des Caraïbes, au moyen de l'octroi de prêts et d'assistance technique à cette institution.»

(b) La Section 4 de l'Article III est ainsi modifiée:

«Sous réserve des conditions stipulées dans le présent article, la Banque pourra accorder ou garantir des prêts en faveur de tout pays membre, de toute subdivision politique ou de tout organisme gouvernemental de ce pays, de toute entreprise dans le territoire du pays membre, ainsi qu'en faveur de la Banque de Développement des Caraïbes, en adoptant l'une des méthodes suivantes:»

(c) La Section 6 (b) de l'Article III est ainsi modifiée:

«(b) Assurer le financement des dépenses afférentes aux objectifs du prêt effectuées dans les territoires mêmes du pays où le projet doit être exécuté. Toutefois, seulement dans des cas spéciaux, en particulier lorsque le projet donne lieu indirectement à un accroissement de la demande en devises étrangères dans ledit pays, le financement accordé par la Banque pour défrayer les dépenses locales pourra être fourni soit en or, soit dans des monnaies autres que celle du pays intéressé. Dans un tel cas, le montant du financement ne devra pas excéder une portion raisonnable des dépenses locales encourues par l'emprunteur.»

(Übersetzung)

Der Gouverneursrat beschließt,

folgende Änderungen an dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank vorzunehmen:

a) Artikel III Abschnitt 1 wird wie folgt geändert:

„Die Bestände und Einrichtungen der Bank werden ausschließlich zur Erfüllung des in Artikel I bezeichneten Zwecks und zur Wahrnehmung der dort genannten Aufgaben sowie zur Finanzierung der Entwicklung von Mitgliedern der Karibischen Entwicklungsbank durch die Gewährung von Darlehen und technischer Hilfe an diese Institution verwendet."

b) Artikel III Abschnitt 4 wird wie folgt geändert:

„Vorbehaltlich der in diesem Artikel festgesetzten Bedingungen kann die Bank jedem Mitglied, jeder seiner Dienststellen oder Gebietskörperschaften und jedem Unternehmen im Hoheitsgebiet eines Mitglieds sowie der Karibischen Entwicklungsbank auf folgende Weise Darlehen gewähren oder garantieren:"

c) Artikel III Abschnitt 6 Buchstabe b wird wie folgt geändert:

„b) indem sie Finanzierungsmittel für die mit den Zwecken des Darlehens zusammenhängenden Ausgaben im Hoheitsgebiet des Staates, in dem das Vorhaben durchgeführt werden soll, zur Verfügung stellt. Nur in Sonderfällen, insbesondere wenn das Vorhaben mittelbar eine Erhöhung der Devisennachfrage in jenem Staat nach sich zieht, werden die von der Bank gewährten Finanzierungsmittel zur Deckung örtlicher Ausgaben in Gold oder in anderen Währungen als der Landeswährung des betreffenden Staates zur Verfügung gestellt; in diesem Fall dürfen die von der Bank für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Finanzierungsmittel einen vertretbaren Teil der dem Darlehensnehmer entstehenden örtlichen Ausgaben nicht übersteigen."

**Bekanntmachung
zu dem Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen
der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen**

Vom 7. Februar 1983

Gabun hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert, daß es die Bestimmungen des am 21. November 1947 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen (BGBl. 1954 II S. 639; 1971 II S. 129; 1979 II S. 812) nach dessen Artikel XI § 43

mit Wirkung vom 30. November 1982

auf folgende weitere Sonderorganisationen anwendet:

Internationale Arbeitsorganisation (Anlage I)

Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (2. revidierte Fassung der Anlage II)

Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (Anlage III)

Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Anlage IV)

Internationaler Währungsfonds (Anlage V)

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Anlage VI)

Weltgesundheitsorganisation (3. revidierte Fassung der Anlage VII)

Weltpostverein (Anlage VIII)

Weltorganisation für Meteorologie (Anlage XI)

Internationale Seeschiffahrts-Organisation (revidierte Fassung der Anlage XII)

Internationale Finanz-Corporation (Anlage XIII)

Internationale Entwicklungsorganisation (Anlage XIV)

Weltorganisation für geistiges Eigentum (Anlage XV).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 16. April 1966 (BGBl. II S. 288, 327) und vom 4. November 1982 (BGBl. II S. 978).

Bonn, den 7. Februar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ghana über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 10. Februar 1983

In Accra ist am 17. Dezember 1982 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ghana über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 17. Dezember 1982

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 10. Februar 1983

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Arnolds

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ghana über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Ghana –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ghana,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechthaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Ghana beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Ghana, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Brunnenprogramm II", ein Darlehen bis zu 21,0 Millionen DM (in Worten: einundzwanzig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Ghana zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des Vorhabens „Brunnenprogramm II" von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen gemäß Absatz 2 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages sowie die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Darlehens zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Ghana stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Ghana erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Ghana überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Perso-

nen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus dem Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Ghana innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Accra am 17. Dezember 1982 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Fischer

Für die Regierung der Republik Ghana
Dr. Kwesi Botchway

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens

Vom 12. Februar 1983

Das Abkommen vom 15. Dezember 1950 über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens (BGBl. 1952 II S. 1, 19) ist nach seinem Artikel XVIII Buchstabe c für

Libyen am 11. Januar 1983

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. August 1982 (BGBl. II S. 795).

Bonn, den 12. Februar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 50,40 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,50 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1982 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 7,10 DM (6,– DM zuzüglich 1,10 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 7,90 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt